Fg
2001a

n.b.

Fg 2001 a

f.g 16
n.m

Handelspolitik

und

Sozialdemokratie

Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen

von

Karl Kautsky

1921.

836.

Berlin 1901

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts

(Th. Glocke in Berlin).

ÖFFENTLICHE
WISSENSCHAFTLICHE
BIBLIOTHEK
* BERLIN *

Inhalt.

Seite

Einleitung 5

1. Die Finanzzölle 6

2. Die Handelsbilanz 10

3. Das alte Schutzzollsystem 14

4. Der alte Freihandel 17

a. Industriestaat und Agrarstaat 17

b. Der Freihandel in England. Haltung der Arbeiter 21

c. Der Freihandel in Frankreich. Der Handelsvertrag von 1860 und die Meistbegünstigung 22

d. Der Freihandel in Deutschland. Der Zollverein. Die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft 24

5. Der Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll 31

a. Die politischen Gründe von Bismarcks Schwenkung 31

b. Die Schwenkung der Junker zum Agrarzoll 32

c. Der Uebergang von Agrarstaat zum Industriestaat 33

d. Die Krisis 35

e. Die zwiespältige Haltung der Bourgeoisie 36

f. Die kartellirten Industrien. 38

g. Die Eisenindustrie 39

g. Die neue Gewaltpolitik 40

6. Der neue und der alte Schutzzoll 42

a. Abstraktion und Wirklichkeit 42

b. Erziehungszoll und privilegirender Zoll 43

c. Export von Konsummitteln und von Produktionsmitteln . . 44

d. Die Hemmung der industriellen Entwickelung durch den Schutzzoll 48

e. Handelspolitik und Klassenkampf 56

7. Die Agrarzölle 58

a. Käufer und Verkäufer von Lebensmitteln auf dem flachen Lande 58

b. Die Nothlage der Landwirthschaft 59

Seite

c. Die wirksame Bekämpfung des landwirthschaftlichen Nothstandes 63
d. Die Belastung der Arbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle . 64
e. Die Belastung der Industrie durch Agrarzölle 67
f. Agrarzölle und Industriezölle 68
8. Die Handelsverträge 69
a. Der Weg zum Freihandel 69
b. Autonome Zollpolitik 70
c. Die Caprivi'sche Handelspolitik 72
d. Doppeltarif. Zollkrieg. Werthzölle. Reziprozität. Ausfuhrprämien 77
e. Schutzzoll und politische Korruption 81
9. Welthandel und Sozialdemokratie 83
a. Der Kampf gegen das Schutzsystem 83
b. Das nahende Ende der Arbeitstheilung von Agrarstaat und Industriestaat 85
c. Neuere Zollvereinsbestrebungen 89
d. Weltkrieg oder Sozialismus 90
e. Export von Waaren oder von Menschen 92

Einleitung.

Der Ablauf der wichtigsten Handelsverträge des Deutschen Reichs im Jahre 1903 ermöglicht es, die Richtung der Zoll- und Handelspolitik, die es vor zehn Jahren eingeschlagen, zu ändern. Ihre Aenderung im Sinne eines grundsätzlichen Freihandels ist bei den heutigen Machtverhältnissen allerdings nicht zu verwerten. Dagegen ist ihre Aenderung im Sinne einer Verstärkung des Schutzzollsystems und namentlich einer Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle zur großen Wahrscheinlichkeit geworden, angesicht der Haltung der Mehrheit des Reichstags und der Haltung der Regierung.

Für und wider diese Aenderung wird in den Parlamenten und in der Bevölkerung gekämpft; es sind die stärksten politischen und wirthschaftlichen Mächte, die für die Verschärfung des Schutzsystems eintreten, und es wird der energischsten Anstrengungen aller Vertheidiger eines freien Handelsverkehrs bedürfen, soll der Sturm abgeschlagen werden.

Die einzige kraftvolle Macht, die den Schutzzöllnern entgegengestellt werden kann, ist aber das in der Sozialdemokratie organisirte, zielbewußte Proletariat.

Nothwendigerweise hat sich seine Agitation bisher auf den Kampf gegen die Getreidezölle konzentrirt, die den Gipfel des modernen Schutzzollsystems bilden, dessen Geist am schärfsten kennzeichnen und für die Masse der Bevölkerung am gefährlichsten sind.

Andere Fragen der Handelspolitik sind darüber in den Hintergrund getreten, sie werden jedoch erhöhte Bedeutung erlangen, sobald die Neugestaltung des Zolltarifs und der Handelsverträge greifbare Formen annimmt. Manche von ihnen sind komplizirter und strittiger als die der Getreidezölle, aber sie gehen das Proletariat nicht weniger an, als diese, und sie alle hängen unter einander aufs Engste zusammen. Es hat in die Kämpfe um diese Fragen nicht minder einzugreifen, als in die um den Getreidezoll.

An Einzeluntersuchungen über manche dieser Fragen ist kein Mangel. Aber das Proletariat hat keine Zeit, Monographien zu studiren, auch will es sich nicht in Einzelheiten verlieren, um darüber den Sinn für die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge zu verlieren. Was in der jetzigen Situation beruht, das ist eine kurze, zusammenfassende Darstellung der modernen Handelspolitik, ihrer Aufgaben und Wirkungen in ihrer Gesammtheit und in

ihren Zusammenhängen mit der ganzen gesellschaftlichen Entwickelung. Eine solche Darstellung ist ungemein schwierig, namentlich wenn sie auf einen beschränkten Raum rasch gegeben werden muß — und diesmal hieß es, besonders rasch sein, handelt es sich doch darum, ein Kampfesmittel unmittelbar vor der entscheidenden Schlacht zu liefern. Die Lösung der Aufgabe war schwierig, aber nothwendig, und so haben wir sie versucht.

Der Standpunkt, von dem wir hier ausgehen, ist derselbe, den die deutsche Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Kongresse von 1898 einstimmig akzeptirt hat. Fällt dem Verfasser selbstverständlich die Verantwortung für die Einzelheiten seiner Ausführungen allein zu, so weiß er sich doch in Bezug auf den von ihm verfochtenen allgemeinen Standpunkt mit seiner Partei einig.

Was aber die Methode unserer Darstellung anbelangt, so halten wir die entwickelungsgeschichtliche für diejenige, welche das Verständniß einer Erscheinung am leichtesten vermittelt. Indem wir die Entstehung der heutigen Bestrebungen und Schlagworte der Handelspolitik untersuchen und ihre Zusammenhänge mit der früheren Handelspolitik, aber auch ihre Unterschiede von dieser beleuchten, werden wir ihre Eigenart und ihre Ziele am besten begreifen lernen.

Wir werden dabei anscheinend weit ausholen müssen, aber rascher zum Verständniß der Gegenwart gelangen, als wenn wir uns auf eine Zergliederung der letzteren allein beschränken würden.

---

1. Die Finanzzölle.

Die einzige Art des Handels, die uns hier beschäftigt, ist der auswärtige Handel, der Handel zwischen verschiedenen Gemeinwesen, nicht der innerhalb eines Gemeinwesens. Diese Art Handel ist uralt, ihre Anfänge liegen in der vorhistorischen Zeit; sie ist viel älter, als der innere Handel. Der auswärtige Handel entwickelt sich überall, wo Gemeinwesen mit einander in Berührung treten, von denen das eine Produkte erzeugt, die das andere nicht oder nur in ungenügenden Quantitäten oder Qualitäten hervorbringt, etwa Zinn, Kupfer, Salz, Bernstein, Elfenbein, Purpur, Pelze u. s. w.

Die Grundlage dieses Handels bildet die auf natürlichen Verschiedenheiten beruhende Verschiedenheit der Produkte der verschiedenen Gegenden. Er ist ein Kulturelement ersten Ranges und für die gesellschaftliche Entwickelung unentbehrlich. Er hat alle gesellschaftlichen Veränderungen überdauert und wird alle gesellschaftlichen Veränderungen überdauern bis zu jenem fernen

Zeitpunkt, in dem die gesammte Menschheit der Erde zu einem einzigen gesellschaftlichen Organismus zusammengewachsen ist. Auch ein sozialistisches Gemeinwesen, das naturgemäß nach Aufhebung des inneren Waarenhandels trachten würde, müßte bestrebt sein, den aus den natürlichen Unterschieden der verschiedenen Produktionsstätten entspringenden auswärtigen Handel zu pflegen, ja, im Interesse der Wohlfahrt und der Kultur seiner Bevölkerung noch zu erweitern. Es werden dann aber wohl die Gemeinwesen selbst die Träger dieses Handels sein.

Ob in seinen Anfängen der Handel von den Gemeinwesen oder von einzelnen Individuen betrieben wurde, darüber können wir nur Vermuthungen äußern, die für unsere Zwecke sehr gleichgiltig sind. Frühzeitig aber bildete sich eine eigene Klasse von Menschen, die den Handel nicht gelegentlich neben ihren sonstigen Beschäftigungen trieb, sondern davon lebte, die Klasse der Kaufleute.

So unentbehrlich für eine höhere Kultur der äußere Handel ist, so sind dagegen die Kaufleute nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen nothwendig: Die Grundlage ihrer Wirksamkeit ist das Privateigenthum an den Waaren, mit denen sie handeln. Je mehr sich das Privateigenthum entwickelt, desto mehr entwickelt sich der durch Kaufleute betriebene Handel.

Seine Triebkraft aber bildet der Profit, der daraus entsteht, daß der Kaufmann Waaren dort kauft, wo ihre Herstellungskosten beziehungsweise ihr Preis gering ist und dort verkauft, wo Kosten und Preis hoch sind, so daß ihm über die Transportkosten noch ein Ueberschuß übrig bleibt. Dieser Profit ist die erste Form arbeitslosen Einkommens, die nicht aus direkter gewaltsamer Erpressung stammt; das Geld, das der Kaufmann in seinem Unternehmen anwendet, ist die erste Form des Kapitals.

Sein Profit hängt nicht ab von seiner persönlichen Arbeitskraft, sondern er wird unter sonst gleichen Umständen bestimmt durch die Größe seines Kapitals. Kann er um 10000 Mk. Waaren verkaufen, so wird sein Profit unter sonst gleichen Umständen zehnmal so groß sein, als wenn er nur um 1000 Mk. verkaufte. Daher der Drang, Geld anzusammeln, um den Profit vergrößern zu können, daher aber auch mit wachsendem Vermögen ein Wachsen des Profits, das es wieder ermöglicht, mehr Geld im Handel anzulegen.

Die wachsenden Reichthümer der Kaufleute erweckten bald die Gier der Machthaber. Frühzeitig begannen sie von den Kaufleuten zu fordern, diese sollten mit ihnen theilen; im Auslande verlangte man von ihnen einen Tribut, einen Zoll, einen Antheil an ihrer Beute.

So sind die ersten Zölle entstanden. Schon im grauen Alterthum finden wir sie, aber wir bemerken das nicht etwa zu den Zwecken einer antiquarischen Untersuchung, sondern um ein Licht zu werfen auf die Barbarei der heutigen Finanzzölle.

Diese, eines der primitivsten Mittel der Bereicherung der staatlichen Machthaber, bilden heute noch in allen Kulturstaaten eines der wichtigsten, wo nicht das wichtigste Mittel, die Kosten der Staatsverwaltung aufzubringen. Wohl hat sich der Charakter der Finanzzölle seit dem Alterthum geändert, aber nicht in sehr erfreulicher Weise.

Ehedem waren die Zölle ein Tribut, den man den Kaufleuten auflegte. Je kraftvoller der Handel wird, desto mehr versteht er es, diese Last von sich abzuwälzen; der Zoll wird zu einer Steuer, welche die Bevölkerung zu bezahlen hat.

In den Anfängen des auswärtigen Handels umfaßte aber dieser vornehmlich leicht transportable Luxuswaaren der Reichen; heute treten im Welthandel immer mehr die wichtigsten Lebensmittel der Armen an die erste Stelle. So werden die Finanzzölle aus einer Steuer auf die Reichen, die sie ehedem gewesen, immer mehr eine Steuer auf die Armen.

Wie alle indirekten Steuern, werden also mit Recht auch die Finanzzölle von der Sozialdemokratie entschieden verworfen.

Neben der Belastung der ärmeren Theile der Bevölkerung ist es auch ihre politische Wirkung, welche uns zu ihren Gegnern stempeln muß. Finanzzölle sind eine Einnahmsquelle der Regierungen, die sie unabhängig macht von den Parlamenten; sie sind auch eine Einnahmsquelle, die der Bevölkerung ihr Geld auf indirektem Wege aus den Taschen zieht, wodurch der finanzielle Druck verschleiert aber nicht verringert wird, den sie üben. Je reichlicher und ungehinderter sie fließen, desto mehr verführen sie die Regierungen zu Geldausgaben, vor denen sie sich sonst hüten würden.

Jeder Zoll, auch der Schutzzoll, wirkt aber in dieser Beziehung wie ein Finanzzoll.

In Amerika wurden die reichen Ueberschüsse, welche die hohen Zölle erzielten und den herrschenden Parteien zur Verfügung stellten, eine der Hauptursachen der politischen Korruption, welche die transatlantische Republick schändet.

In Europa wieder hätte das Wettrüsten der Regierungen des europäischen Festlands seit dem Ende der achtziger Jahre sich nicht in dem wahnsinnigen Tempo entfalten können, das es seitdem angenommen hat, ohne die reiche Quelle erhöhter Zölle, die sie sich erschlossen haben. Das Tempo wäre ein viel langsameres geworden, wenn die Regierungen sich gezwungen gesehen hätten,

die Bewilligung der Gelder für die wachsenden Armee- und Marinekosten durch direkte Steuern aufzubringen und darum mit den Parlamenten zu kämpfen.

1878/79 betrugen die Einahmen aus den Zöllen im Deutschen Reich 101140000 Mk., dagegen 1898 475771000 Mk. Diese Vermehrung der Einnahmen um fast 400 Millionen binnen 20 Jahren wurde völlig verschlungen vom Militarismus, der (mit Marine, Pensionsfonds und Verzinsung der Staatsschulden) 1879/80 428338400 Mk., 1899 dagegen 926198100 Mk. erforderte, um 500 Millionen mehr.

Von den Zolleinnahmen des Deutschen Reichs entfällt der Löwenantheil auf die Getreidezölle, die 1899 128 Millionen Mark einbrachten, ein Viertel des gesammten Zollbetrags,*) 2,32 Mk. pro Kopf, 11,50 Mk. pro Familie von fünf Köpfen. Gleich danach aber kommen zwei reine Finanzzölle, der Petroleumzoll, der 1899 68 Millionen einbrachte, 13 pCt. des Zollertrags, 1,22 Mk. pro Kopf, und der Kaffeezoll, der 62 Millionen trug, 12 pCt. des gesammten Zollertrags, 1,13 Mk. pro Kopf. Diese beiden reinen Finanzzölle allein belasten zusammen jede Familie im Durchnitt mit 12 Mk.

Für diese beiden Zölle ist gar keine Entschuldigung und kein Vorwand vorhanden. Keine Industrie, keine Landwirthschaft wird durch sie geschützt — höchstens wird die Allmacht der Kohlenmagnaten durch den Petroleumzoll noch etwas gesteigert. Sie entspringen nur dem Bedürfniß, für den Militarismus Geld herauszupressen. Ueber dem Kampf gegen die Getreidezölle dürfen die Finanzzölle nicht vergessen werden. Neben den beiden obengenannten kommen da noch die folgenden in Betracht:

Es ertrugen 1899 die Zölle auf:

	absolut Mk	pro Kopf Pf.
Südfrüchte	7 826 000	14,1
Kakao	6 207 000	11,2
Reis	5 388 000	9,7
Thee	2 744 000	5,0

Die Gesammtheit der Zölle ergiebt eine Belastung der Bevölkerung von 10 Mk. pro Kopf, 50 Mk. pro Familie.

---

*) 1896 brachten sie 146 Millionen, ein Drittel des gesammten Zollertrags, 2,76 Mk. pro Kopf

2. Die Handelsbilanz.

Wir haben gesehen, wie die Reichthümer, die der Handel den Kaufleuten eintrug, in den staatlichen Machthabern die Gier erweckte, mit ihnen zu theilen. Aber sie konnten dabei nicht stehen bleiben. Je größer ihre Geldbedürfnisse und ihre Geldgier — und die Einen wie die Anderen wuchsen immer mehr — um so mehr mußten die Weiterblickenden unter ihnen bedacht sein, nicht das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legte, sondern es recht zu pflegen und groß werden zu lassen.

Andererseits erlangten die Kaufleute um so größere Macht im Staate, je reicher sie wurden; namentlich durch das Mittel der Staatsanleihen brachten sie die Staatsgewalt, mochte es eine republikanische oder monarchische sein, in größte Abhängigkeit von sich.

Kein Wunder, daß die Förderung des Handels und des Handelsprofits eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Politik wurde und daß daraus eine systematische Handelspolitik entstand, deren wissenschaftliche Begründung durch das Merkantilsystem im 17. Jahrhundert den Ursprung der wissenschaftlichen Nationalökonomie bedeutet.

Der Handel mit dem Ausland sollte gefördert werden, aber selbstverständlich nur der profitable Handel, derjenige, der einen Ueberschuß an Geld ins Land bringt. Wodurch erzielt man aber diesen Ueberschuß? Ganz einfach dadurch, daß man viel verkauft und wenig kauft.

Das war damals der private geschäftliche Grundsatz des Bourgeois, der so sparsam als möglich lebte und dabei Reichthümer aufhäufte, im Gegensatz zu dem Feudaladel, der in sinnlosem Genußleben mehr kaufte, als er verkaufte, dadurch verschuldete und verarmte. Eine vernünftige Handelspolitik durfte nur nach dem bürgerlichen Muster ihre Grundsätze ordnen, auch für sie wurde das Bestreben Regel: mehr verkaufen als kaufen, also mehr Waaren ausführen als einführen. Der Maßstab, an dem die Wirkungen der Handelspolitik gemessen wurden, war die Handelsbilanz, das heißt, das Verhältniß zwischen dem Werth der Einfuhr und Ausfuhr. War die Einfuhr größer als die Ausfuhr, dann betrachtete man das als eine ungünstige, passive Handelsbilanz, die das Land der Verarmung entgegenführte.

Diese Lehre kam, wie schon bemerkt, im 17. Jahrhundert zur Ausbildung, aber sie findet heute noch ihre Anhänger in schutzzöllnerischen Kreisen, die z. B. ein höchst bedenkliches Zeichen in

der passiven Handelsbilanz Deutschlands sehen, das 1900 für 5833 Millionen Mark Waaren einführte, aber nur für 4555 Millionen ausführte, also nach der Logik der Handelsbilanz um fast anderthalb Milliarden ärmer wurde.

Im Allgemeinen hat aber die Lehre von der Handelsbilanz doch sehr an Kredit verloren, mehr als uns gerechtfertigt erscheint. Heute ist sie durch die Thatsachen ad absurdum geführt, das beweist aber keineswegs, daß sie zur Zeit ihrer Entstehung nicht berechtigt war. Sie entsprach einer Periode, in der die verschiedenen Staaten einander noch als unabhängige Waarenproduzenten gegenüberstanden, die kapitalistische Herrschaft der einen über die anderen noch wenig entwickelt war, in der jede Waare, die man vom Ausland empfing, auch bezahlt werden mußte. Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung besteht dagegen darin, daß der Kapitalist Mehrwerth einsteckt, den er nicht bezahlt. Das gilt für das Verhältniß des Kapitalisten zum Lohnarbeiter, es gilt aber auch für das Verhältniß von Staaten untereinander, wenn der eine dem anderen als Kapitalist gegenübersteht. Der kapitalistische Staat wird dann von dem anderen Waaren erhalten, die er nicht bezahlt, zu deren Bezahlung er also keine Waaren zu verkaufen, auszuführen, braucht. Durch den Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr wird er nun nicht ärmer, sondern reicher; die sogenannte ungünstige, passive Handelsbilanz wird nun zum Maßstabe seiner Ausbeutung des Auslandes.

Um die Darstellung nicht zu kompliziren, sehen wir ab von dem Einfluß der Frachtspesen, sowie der Ungenauigkeiten bei den statistischen Aufnahmen, die bei den Handelsbilanzen auch eine Rolle spielen.

Unter den Ländern, die eine solche Fülle von Kapitalien angehäuft haben, daß diese nicht vollständig in der Heimath ein Unterkommen finden, die also eine stets wachsende Menge von Kapitalien ins Ausland schicken, steht in erster Linie England. Ungeheure Summen englischen Kapitals sind in Staatsanleihen der Kolonien und fremder Staaten, sowie in auswärtigen Aktiengesellschaften angelegt; daneben besitzen zahlreiche einzelne Kapitalisten Unternehmungen industrieller oder kommerzieller Natur im Ausland. Alle die Zinsen, Dividenden und Unternehmergewinne, die daraus erwachsen, fließen als Edelmetall oder als Zahlungsanweisungen nach England und werden zum Theil zum Ankauf von ausländischen Waaren benutzt. Der dadurch erzeugte Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr wäre noch größer, wenn nicht auch jahraus, jahrein von dem neu aufgespeicherten Kapital wieder ein Theil zur Anlage in Staatspapieren, Aktien, privaten Unternehmungen ins Ausland flöße, ebenfalls meist als Zahlungs-

anweisungen, die zum Theil wieder benutzt werden, englische Waaren für das Ausland zu kaufen. Weder die Einfuhr noch die Ausfuhr Englands würden ihre jetzige Höhe erreichen ohne den ständigen Kapitalienexport, ohne die stets wachsende ökonomische Ausbeutung des Auslands durch englisches Kapital.

In nicht so hohem, aber in stets wachsendem Maße gilt dies von allen alten kapitalistischen Ländern. Gerade die reichsten unter ihnen haben daher ständig sogenannte passive Handelsbilanzen.

Es betrug im Spezialhandel (ohne Edelmetalle) der Betrag (in Millionen Mark) der

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
England (1899) . . .	9 910,6	5 407,0	4 503,6
Frankreich (1898) . . .	3 622,7	2 843,0	779,7
Belgien (1898) . . .	1 656,2	1 447,5	208,7
Niederlande (1898) . . .	2 974,4	2 543,3	431,1
Schweiz (1899) . . .	894,0	644,7	249,3

Die jüngste Zahl für Deutschland haben wir oben gegeben. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß gerade in der letzten Periode des wirthschaftlichen Aufschwunges, in der Deutschland entschieden reicher geworden ist, seine Handelsbilanz immer passiver wurde.

Sie stellte sich folgendermaßen (in Millionen Mark):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
1895	4 246,1	3 424,1	822,0
1896	4 558,0	3 753,8	804,2
1897	4 864,6	3 786,2	1 078,4
1898	5 439,7	4 010,6	1 429,1
1899	5 783,6	4 368,4	1 415,2
Prozentuelle Steigerung von 1895—1899 . . .	26,6 %	21,6 %	

Die Ausfuhr ist also nicht so schnell gewachsen wie die Einfuhr, was wesentlich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß der industrielle Aufschwung alles neuaufgehäufte Kapital in Deutschland festhielt, die Ausfuhr von Kapitalien hinderte, indeß er gleichzeitig das Bedürfniß nach ausländischen Rohmaterialien steigerte.

Nun aber die Kehrseite der Medaille: Einige Staaten mit sogenannter günstiger, aktiver Handelsbilanz:

		Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr
		Millionen Mark		
Rußland	(1897) . . .	1 138,7	1 642,1	503,4
Serbien	(1899) . . .	37,1	52,6	5,5
Br.-Indien	(1898) . . .	930,0	1 553,0	623,0
Aegypten	(1899) . . .	232,8	318,3	85,5
Brasilien	(1897) . . .	436,6	540,7	104,1

Man sieht, wie wenig eine „günstige" Handelsbilanz zu bedeuten hat. Wir finden sie in ganz verschuldeten und vom Ausland ausgebeuteten Staaten.

Es heißt jedoch zu weit gehen, wenn man mehrfach behauptet, gerade die anscheinend günstige Handelsbilanz sei auf alle Fälle die thatsächlich ungünstige und umgekehrt. Neben den reichsten finden wir auch die ärmsten Staaten mit passiver Handelsbilanz, wie folgende Zahlen zeigen:

		Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
		Millionen Mark		
Portugal	(1898) . . .	220,8	141,3	79,0
Italien	(1899) . . .	1 220,4	1 159,4	61,0
Griechenld.	(1898) . . .	123,2	72,4	50,8
Türkei	(1897/98) . . .	445,3	254,4	190,9

Hier ist die passive Handelsbilanz offenbar nach der alten Theorie zu erklären — so weit sie nicht etwa auf schlechter Statistik oder auf großen Einkünften aus der Rhederei beruht.

Anderseits wieder wird Niemand die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten für eine thatsächlich ungünstige erklären wollen. Ihre Einfuhr betrug 1898/99 2927,8 Millionen Mark, die Ausfuhr dagegen fast das Doppelte, 5057,2 Millionen. Zum Theil kann diese Bilanz durch das Fehlen einer ausreichenden Handelsflotte und durch starken Abfluß von Werthen nach Europa als Zinsen und Dividenden aus amerikanischen Papieren in europäischem Besitz, sowie als Reisekosten amerikanischer Vergnügungsreisender im Ausland betrachtet werden. Aber das genügt allein nicht, den ungeheuren Ueberschuß zu erklären, der zum Theil wohl daher rührt, daß Amerika sich nach der alten Methode bereichert: sich vom Ausland für verkaufte Waaren mehr zahlen zu lassen, als es ihm zahlt. Zu dieser alten Methode hat es allerdings auch schon begonnen, die neue zu setzen und Kapitalien im Aus-

land anzulegen. Es bleibt abzuwarten, wie diese neue Methode der Bereicherung durch das Ausland die amerikanische Handelsbilanz beeinflussen wird.

So viel steht fest: Die bloßen Zahlen der Handelsbilanz sagen uns garnichts darüber ob die Handelspolitik des Landes eine richtige oder eine verkehrte. Die Verhältnisse sind viel zu komplizirt geworden, als daß diese Bilanz einen verläßlichen Maßstab ihrer Beurtheilung abgeben könnte. Die Berufung auf sie allein ist werthlos.

---

3. Das alte Schutzzollsystem.

Eine „günstige" Handelsbilanz zu erzielen, das war das Ziel aller Handelspolitik seit Jahrhunderten und es bildet mehrfach heute noch ihr Ziel. Die handelspolitische Aufgabe bestand also darin, die Ausfuhr möglichst zu fördern, die Einfuhr zu hindern.

Wenn aber alle Staaten diese Politik verfolgten, dann mußte diese schließlich sich selbst ad absurdum führen; denn wenn allenthalben die Einfuhr gehindert ist, wird jede Ausfuhr unmöglich.

Den Ausweg aus diesem Zirkel boten die Kolonien, Landstriche, deren Einwohnerschaft wehrlos den europäischen Mächten gegenüberstand. Jeder europäische Staat, der dazu im Stande war, suchte solche Landstriche zu erobern, anfangs blos um sie zu plündern, später auch, um sie zu einem Markt für seine Industrie zu gestalten. Die Industrie der Kolonien wurde gewaltsam niedergehalten und zerstört, damit sie gezwungen würden, alle ihre Bedürfnisse durch die Industrie des Mutterlandes — richtiger Stiefmutterlandes — zu befriedigen. Dabei erhielt dessen Kaufmannschaft das Monopol des Handels mit der Kolonie, von dem die fremden Länder ausgeschlossen wurden. Meist waren es einzelne Kaufmannsgesellschaften, denen dieses Monopol verliehen wurde.

Die natürliche Folge des gewaltsamen Ausschlusses der anderen Mächte von profitablen Märkten war der gewaltsame Widerstand dagegen — der Handelskrieg. Dieser entsprang ebenso nothwendig aus dem Streben nach einer günstigen Handelsbilanz, wie die Kolonialpolitik mit ihren Grausamkeiten. Die Zeit, von der wir hier handeln, ist erfüllt von solchen Kriegen, die mit dynastischen Kriegen verbunden waren oder neben ihnen einhergingen. Das Ende eines jeden dieser Kriege aber war ein Handelsvertrag, der für den Sieger oft wichtiger wurde, als die Eroberung eines neuen Landgebiets; der ihm unter mehr oder weniger

günstigen Bedingungen den Markt des besiegten Landes offen hielt oder erst eröffnete und ihm dort Vorrechte vor den anderen handeltreibenden Nationen sicherte.

Aber die Kriege jener zeiten blieben selten auf zwei Staaten beschränkt. Die Beziehungen der europäischen Staaten waren zu innige geworden und die Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen zweien von ihnen berührten zu sehr die anderen, als daß diese es vermocht hätten, müßige Zuschauer zu bleiben. Die Kriege wurden nur zu leicht Weltkriege, die zu hindern, auszufechten oder beizulegen sich Staatenbündnisse bildeten.

Auch diese Allianzen wurden zur Ursache von Handelsverträgen; man erkaufte den Beistand eines Bundesgenossen durch Konzessionen auf dem Gebiete des Handels und suchte das gute politische Einvernehmen durch freundschaftliche wirthschaftliche Beziehungen zu verstärken. Handelsverträge sind seitdem ein wichtiges Mittel geworden, politische Freundschaften zu schließen und zu bekräftigen. Andererseits war kommerzielle Feindschaft ein probates Mittel, politische Feindschaft zu erregen. Und das ist bis heute so geblieben.

Keinem Staat gelang es, seinen inneren Markt völlig vom Ausland abzuschließen. Aber so weit das möglich war, strebte es jeder an. Während der internationale Handel darauf beruhte, daß jedes Land seine besonderen Spezialitäten produzirte, für die es besonders geeignet war, die die anderen nicht oder nur mit Verschwendung von Kraft und Mitteln zu erzeugen vermochten, strebte das Schutzsystem nun danach, Alles im eigenen Lande zu produziren, was bis dahin das Ausland erzeugt, mochten auch die natürlichen Bedingungen dafür die ungünstigsten sein. Wenn Friedrich II. in Preußen die Zucht der Seidenwürmer einbürgern wollte, damit das Geld für die Seide nicht ins Ausland gehe, so erscheint uns das heute lächerlich; aber es entsprach vollständig der Wirthschaftspolitik seiner Zeit.

Welcher Art war nun die Industrie, welche durch diese Politik gefördert wurde? Auf der einen Seite waren es jene Industriezweige, die Waaren für die Ausfuhr produzirten, andererseits solche, die durch die Ausfuhr anderer Länder bedroht wurden. Waaren für die Ausfuhr produziren, heißt aber, sie in Massen über den eigenen Konsum hinaus produziren. Die Exportindustrie ist also Massenindustrie und strebt danach, Großindustrie zu werden. Die Produktion für die Ausfuhr bleibt nirgends auf die Dauer in den Händen von selbständigen Handwerkern; sie geräth in die Hände von Kaufleuten, welche die Handwerker von sich abhängig machen, sie in Hausindustrielle und schließlich in Lohnarbeiter industrieller Großbetriebe (Manufakturen und Fabriken) verwandeln.

Mit anderen Worten, die Produktion für die Ausfuhr wird unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln naturnothwendig kapitalistische Produktion.

Andererseits ist es auch die kapitalistische Produktion des Auslands, die durch ihre Ausfuhr die Produktion des Inlands gefährdet. Schützt man die Industrie des Inlands vor der des Auslands, so geschieht es zu dem Zwecke, sie ebenso leistungsfähig zu machen, wie diese. Wie die Förderung der industriellen Ausfuhr aus dem eigenen Lande, heißt also auch der Schutz der eigenen Industrie vor der fremden nichts anderes, als Förderung der kapitalistischen Industrie.

Das war die geschichtliche Aufgabe des sogenannten Schutz- oder Protektionssystems.

Die Triebkraft des Kapitals ist aber der Profit. Die kapitalistische Industrie von Staatswegen fördern, heißt also nichts anderes, als von Staatswegen ihre Profite vermehren. Und das hat die Wirthschaftspolitik des Schutzsystems auch gethan. Dazu genügte ihr nicht die Erhöhung des Profits durch den Schutzzoll. Sie gewährte den Kapitalisten auch in der Form von Prämien direkte Zuschüsse zum Profit. Endlich aber wußte sie auch meisterhaft jene Methode zu handhaben, die den Profit vergrößert durch Verminderung des Lohns. Das Zeitalter des Schutzes der nationalen Arbeit ist auch das Zeitalter des Verbots und der grausamsten Verfolgung der Arbeiterkoalitionen, das Zeitalter der Lohntaxen, das heißt der gesetzlich festgesetzten Maximallöhne. Wie tief man aber die Löhne künstlich herabdrücken mochte, sie mußten doch ausreichen, die Arbeiter am Leben und arbeitsfähig zu erhalten. Dieses Minimum hing aber ab von der Höhe der Lebensmittelpreise. Daraus folgte naturgemäß das Streben nach billigen Lebensmitteln.

Die Förderung der kapitalistischen Industrie erheischte aber nicht blos billige Arbeitskräfte, sondern billige Produktionsmittel überhaupt, also auch billige Rohmaterialien.

Die Masse der Lebensmittel und Rohmaterialien konnte damals noch jedes Land selbst und in Fülle produziren und that es in der Regel auch. Diese Produktionsmittel der inländischen Industrie zu erhalten, wurde eine wichtige Sorge des Schutzsystems. Sie dem Auslande zuführen, hieß nichts Anderes, als dem Gegner Munition zuführen. Das Gegenstück zu den Einfuhrzöllen und Einfuhrverboten für Produkte der Industrie bildeten die Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote für Rohprodukte und Lebensmittel.

Die dadurch erzeugte künstliche Herabsetzung der Preise landwirthschaftlicher Produkte bedrückte den Bauern oft schwer, dessen staatliche und feudale Lasten gleichzeitig wuchsen. Sie nutzte dem

Arbeiter garnichts, da ihm die Hände gebunden waren. Sie diente nur zur künstlichen Erhöhung des Kapitalprofits und vermehrte die Zahl der dem Kapital zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte durch Förderung der Expropriirung der Bauern.

Diese Unterdrückungspolitik gegen Arbeiter und Bauern des eigenen Landes bildet ebenso wie das Kolonialsystem mit seinen Gräueln und die Handelskriege mit ihren Verwüstungen einen nothwendigen Bestandtheil des Schutzzollsystems; das Zusammentreffen dieser Bestandtheile ist kein zufälliges, sondern ein in den Dingen nothwendig begründetes.

Aber immerhin, eines muß man anerkennen. Das Schutzsystem — das in Wirklichkeit kein bloßes System des Schutzes der eigenen Kapitalisten, sondern ebenso sehr ein System des Raubes und der Plünderung des Auslands sowie der eigenen Arbeiter und Bauern war — dieses System hat seine historische Aufgabe erfüllt. Es hat maßloses Elend, maßlose Vergeudung von Kräften erzeugt, aber es hat um diesen hohen Preis die kapitalistische Produktionsweise geschaffen, jene Produktionsweise, die ihrerseits die gesellschaftlichen Produktivkräfte rasch entfaltete und das Proletariat zu einer Macht entwickelte, die bestimmt ist, in absehbarer Zeit die gewaltigste in Staat und Gesellschaft zu werden und damit einer neuen, beglückenden Gesellschaftsordnung die Wege zu bahnen.

Die nächste Wirkung seiner Schaffung der kapitalistischen Produktionsweise war aber die, daß das Schutzsystem damit seine eigene Grundlage untergrub und die Idee des Freihandels entwickelte.

---

4. Der alte Freihandel.

a) Industriestaat und Agrarstaat.

Wo die kapitalistische Industrie so stark geworden ist, daß sie die Grundlage des ganzen wirthschaftlichen Getriebes der Nation bildet, da wird das stete Wachsthum der industriellen Ausfuhr eine nothwendige Bedingung des wirthschaftlichen Gedeihens der ganzen Nation. Die kapitalistische Industrie ergreift alle jene Industriezweige, die dem Massenkonsum, dem Konsum der Massen dienen. Aber sie entwickelt die Massenproduktion viel rascher, als den Massenkonsum im eigenen Lande; und ununterbrochen wachsen in immer rascherem Maße die Mengen der neuangehäuften Kapitalien, die nach industrieller Bethätigung verlangen, einerseits die alten

Industriezweige ausdehnen und umwälzen, immer produktiver gestalten, und andererseits neue Industriezweige der Massenproduktion zuführen. So erzeugt die kapitalistische Produktionsweise von einer gewissen Höhe ihrer Entwickelung an einen wachsenden Ueberschuß von Produkten über den Verbrauch auf dem inneren Markte, der nach einem Abfluß sucht.

Das Wachsen der industriellen Ausfuhr war bei unentwickelter kapitalistischer Produktion auch schon von Bedeutung als Quelle wachsenden Reichthums und wachsender Macht. Bei entwickelter kapitalistischer Produktion wird es zu einer Lebensfrage für die gesammte Gesellschaft.

Wo aber die kapitalistische Produktionsweise so weit entwickelt ist, da reicht — wenigstens in alten Kulturländern, und von denen handeln wir zunächst, nicht etwa von Rußland und Amerika, sondern von Frankreich, Deutschland, und in diesem Kapitel vornehmlich von England — da reicht die innere Produktion von Lebensmitteln und Rohmaterialien bald nicht aus, die Bedürfnisse der Massenproduktion zu decken. Nicht nur werden die Rohmaterialien derselben mit der Entwickelung des Handels und der Technik immer mannigfaltiger und es wächst die Menge derselben, die nur unter fremden Klimaten gedeihen — etwa Baumwolle und Seide. Auch die Menge der Lebensmittel und Rohmaterialien, die im eigenen Lande gewonnen werden, wird zu knapp, um die von der wachsenden industriellen Produktion erheischten Massen von Industriearbeitern zu ernähren und die Produktion im Gange zu halten. Die Grundrente steigt und vertheuert die landwirthschaftliche Produktion. Die Landbevölkerung strömt der Industrie zu, der Landwirthschaft beginnen die Arbeitskräfte zu mangeln. Der Getreidebau und die Viehzucht dehnen sich daher nicht so schnell aus, wie die industrielle Bevölkerung; in der Viehzucht wieder überwiegen immer mehr Fleisch- und Milchproduktion, die Produktion von Wolle z. B. nimmt in den Industrieländern direkt ab, während die Nachfrage danach wächst.

In den acht älteren preußischen Provinzen zählte man 1864 noch 19314667 Schafe, 1883 nur noch 12362936.

Dieselbe Betrachtung kann man in allen Industriestaaten machen. Selbst in den Vereinigten Staaten, deren Landwirthschaft noch so großen Entwickelungsspielraum hat, und wo die Wolle durch einen Zoll geschützt ist, nimmt die Zahl der Schafe seit 1884 rapid ab. Damals zählte man 50626626, 1897 dagegen nur noch 36878693.

Dies eine Beispiel, das sich leicht durch unzählige vermehren ließe, genügt, zu zeigen, daß ein altes Kulturland entwickelter kapitalistischer Produktionsweise ebenso wenig ohne starke Einfuhr

von Lebensmitteln und Rohmaterialien, wie ohne Ausfuhr von Industrieprodukten bestehen kann.

In England wurden die feudalen Fesseln bereits im 17. Jahrhundert abgeschüttelt. Gleichzeitig aber verlor der Grundbesitz nicht seine politische Macht, wie auf dem Kontinent, sondern er bewahrte sie in seiner neuen, der kapitalistischen Profitmacherei angepaßten Form. Dies führte zunächst zu einer Variation des Merkantilismus. Zum Schutzzoll auf Industriewaaren gesellte sich nun der auf Lebensmittel. Schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden in England Getreidezölle und Ausfuhrprämien eingeführt. Diese letzteren förderten eine Zeit lang sehr die Ausfuhr. Aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts überwog schon bei rasch wachsender Industrie die Einfuhr von Getreide. Um ihr zu begegnen, wurde seit 1791 ein System hoher Getreidezölle eingeführt. In Frankreich kam es zur Ergänzung des industriellen Schutzsystems durch Lebensmittelzölle erst nach den Napoleonischen Kriegen. Aber diese Ausdehnung des Schutzsystems war nur der Vorbote seiner Ueberwindung.

In England, wo die kapitalistische Industrie zuerst zur Herrschaft gelangte, empfanden die industriellen Klassen auch zuerst den Schutzzoll als eine Fessel. Die Industrie bedurfte, dank ihrer Uebermacht auf dem Weltmarkt, keines Schutzes mehr; die landwirthschaftlichen Schutzzölle aber beengten sie immer mehr und mehr. Einmal dadurch, daß sie die Arbeitslöhne und die Preise der Rohmaterialien höher hielten, als sie sonst gewesen wären, dann aber auch dadurch, daß sie denjenigen Ländern, die landwirthschaftliche Produkte ausführten und industrielle einführten, also gerade Englands besten Kunden, die Lust und auch die Mittel nahmen, Englands Produkte zu kaufen. Denn diese Länder konnten Industrieprodukte doch nur kaufen, wenn sie das Geld dazu hatten; dieses erlangten sie aber nur, wenn sie ihre Rohprodukte verkaufen konnten, dieselben, die Englands Industrie brauchte. Die Eröffnung des englischen Marktes für die auswärtigen Rohprodukte war also nach allen Seiten hin eine Lebensbedingung für die Entwickelung der englischen Industrie. Sie schien aber auch vortheilhaft für die anderen Länder. Je mehr diese ausführten, je reicher sie wurden, desto mehr von Englands Produkten konnten sie kaufen.

Also internationale Harmonie, keine Handelseifersucht mehr, keine Handelskriege, Friede und Eintracht zwischen den Nationen, aufgebaut auf der internationalen Arbeitstheilung!

Wie Ausfuhr und Einfuhr wurde diese eng damit zusammenhängende internationale Arbeitstheilung jetzt zu einer Grundlage des ganzen kapitalistischen Systems, das ohne sie nicht bestehen

kann, sobald es einmal die Höhe erreicht hat, die England in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts erklommen.

Aber diese internationale Arbeitstheilung ist ganz anderer Art, als die urwüchsige, auf die wir im Eingang unserer Schrift hingewiesen. Die urwüchsige internationale Arbeitstheilung beruht auf natürlichen Unterschieden, auf Unterschieden der geographischen Lage, der Bodengestaltung, des Bodenreichthums u. s. w. Diese Art Arbeitstheilung verschwindet nicht, sie bildet stets eine Grundlage des internationalen Handels. Die neue internationale Arbeitstheilung, die der kapitalistischen Produktionsweise eigenthümlich ist, ersteht neben der ersteren, sie ist nicht natürlicher, sondern sozialer Natur. Sie ist die Arbeitstheilung zwischen landwirthschaftlicher — das Wort im weitesten Sinne genommen — und industrieller Thätigkeit. Diese Arbeitstheilung ist unter jedem Klima möglich, im Gebirge und in der Ebene, im Binnenland und an der Seeküste, in reichen und armen Ländern. Ihre erste Form findet sie in der alten, heute allenthalben verbreiteten Arbeitstheilung von Stadt und Land. Die kapitalistische Produktionsweise reproduzirt diese Arbeitstheilung in riesenhaftem Maßstabe auf internationalem Gebiet; sie weist einzelnen Staaten die wirthschaftlichen Aufgaben der Stadt zu und anderen die des flachen Landes.

Man sieht, diese Art internationaler Arbeitstheilung ist eine ganz andere als die urwüchsige. Man muß beide streng auseinanderhalten, wenn man das Wesen des modernen internationalen Handels klar erfassen will, der auf beiden Arten beruht, von denen aber jede eine verschiedene Entwickelung nimmt. Vor Allem unterscheiden sie sich dadurch, daß die eine Art Arbeitstheilung und Handel, weil auf natürlichen Ursachen beruhend, unvergänglich ist, so lange es verschiedene Nationen und einen Verkehr zwischen diesen giebt. Die andere dagegen beruht auf vergänglichen sozialen Grundlagen, mit denen sie vergehen muß.

Aber wie groß auch die Unterschiede der beiden Arten von Welthandel sein mögen, eines haben sie gemein: sie gedeihen am besten bei Frieden und Freihandel.

Man hat die Friedensillusionen der Freihändler mit billigem Spott überhäuft. Der Sozialdemokratie war es nie ein Geheimniß, daß der Freihandel nicht ausreiche, die ökonomischen Gegensätze unter den Nationen auszurotten. Wir werden noch sehen, wie die kapitalistische Entwickelung immer wieder neue Gegensätze erzeugt. Aber zugeben muß man, daß wenigstens vorübergehend der Freihandel sich als ein Mittel des Friedens erwiesen hat. In den wenigen Jahrzehnten, in denen er herrschte, hat Europa zahlreiche große Kriege gesehen, aber es waren keine Handelskriege, sondern nationale Kriege, Kriege um die Selbständigkeit und die

Zusammenfassung geknechteter und zersplitterter Nationen. Die koloniale Expansionspolitik schlief unter seinem Regime völlig ein. Und ebenso ist es sicher, daß er der ökonomischen Entwickelung einen mächtigen Anstoß gegeben hat.

Der Export Englands hatte in den fünfundzwanzig Jahren von 1821 bis 1845 zusammen 20 Milliarden Mark betragen; 1846 siegte der Freihandel; in den zwanzig Jahren von 1855 bis 1874 betrug der Export 67 Milliarden.

Der jährliche Werth der Ausfuhr britischer Produkte betrug durchschnittlich

1811—1820	1029	Millionen Mark,
1841—1850	1147	„ „
1854	1943	„ „
1872	5120	„ „

Wie langsam das Wachsen bis 1850, wie rapid von da an! Es war nicht Alles Illusion an der Theorie des Freihandels.

b) Der Freihandel in England. Haltung der Arbeiter.

Trotzdem bedurfte es eines gewaltigen Kampfes, um den Freihandel in England zum Siege zu bringen. Der Kampf um ihn wurde einer der leidenschaftlichsten Klassenkämpfe, welche die Geschichte gesehen, ein Kampf, der England bis an den Rand der gewaltsamen Revolution führte.

Die beiden kämpfenden Parteien waren die Fabrikanten, die nach dem Freihandel riefen, um ihre Profite zu erhöhen, und die Grundbesitzer, die verzweifelt für die landwirthschaftlichen Schutzzölle fochten, um ihre Grundrenten hochzuhalten.

Beide Theile aber appellirten an die neue Macht, welche mit der Fabrikindustrie aufgekommen war, die industrielle Arbeiterschaft.

Welche Haltung hatte diese einzunehmen?

Für den Schutzzoll eintreten, hieß jetzt für die Privilegien des Grundbesitzes eintreten, für die künstliche Vertheuerung der Lebensmittel und Rohstoffe. Das konnte das Proletariat unmöglich, wollte es sich nun auf den Produzenten- oder den Konsumentenstandpunkt stellen. Theoretisch mußten die Arbeiter Englands sich für den Freihandel entscheiden; aber das besagte noch lange nicht, daß sie sich nun für ihn energisch ins Zeug legten. Diejenigen, die für den Freihandel eintraten, waren dieselben Fabrikanten, mit denen sie tagaus, tagein die grimmigsten Kämpfe um Lohn, um Arbeitszeit auszufechten hatten, dieselben Fabrikanten, die Alles aufboten, die Arbeiterklasse herunterzudrücken, die den Freihandel forderten, um die Löhne noch weiter herabsetzen zu können, die dem Proletariat hartnäckig das einzige Mittel verweigerten,

das es vor dem physischen Ruin retten konnte: den gesetzlichen Normalarbeitstag. Im Namen desselben Prinzips der ökonomischen Freiheit, des laissez faire, in dem sie den Freihandel forderten, bekämpften die Fabrikanten den gesetzlichen Arbeiterschutz. Diesen zu erkämpfen war die nächste, die wichtigste Aufgabe des Proletariats; bei dem Kampfe für ihn fanden sie am ehesten Hilfe bei den Gegnern des Freihandels, wenigstens bei den jüngsten und modernsten derselben.

Diese eigenartige Stellung der Arbeiterschaft fand ihren Ausdruck darin, daß gerade die entschiedensten Vorkämpfer des Proletariats alle seine Kräfte auf den Kampf um den Arbeiterschutz zu konzentriren und vom Kampf um den Freihandel abzulenken suchten. Der letztere, erklärten sie, sei ein häuslicher Zwist innerhalb der Bourgeoisie, ein Kampf zweier Ausbeuterklassen untereinander, an dem das Proletariat kein Interesse, bei dem es nichts zu gewinnen habe.

Die Logik der Thatsachen drängte jedoch sowohl zum Freihandel wie zum Arbeiterschutz. Das Jahr 1846 sah den Sieg des ersteren, das folgende Jahr brachte mit Hilfe der über ihre Niederlage wüthenden Schutzzöllner den Zehnstundentag.

Damit war die Bahn für die moderne Entwickelung Englands eröffnet.

Bald folgte der Staat, der nächst England am weitesten ökonomisch entwickelt war, Frankreich.

c) Der Freihandel in Frankreich. Der Handelsvertrag von 1860 und die Meistbegünstigung.

Derselbe Gegensatz zwischen Industrie und Landwirthschaft, wie in England, hatte sich im 18. Jahrhundert auch in Frankreich herausgebildet. Aber in Frankreich war es die Landwirthschaft, die unter dem Schutzsystem litt, welches im Interesse der Industrie die Ausfuhr landwirthschaftlicher Produkte verbot. Wurde die französische Landwirthschaft vor Allem durch die feudalen Fesseln beengt, so theilweise auch durch diese Ausfuhrverbote. Dem Merkantil-System, dem System des staatlichen Industrieschutzes, stellte sich ein neues wirthschaftliches System, das physiokratische entgegen, das die ganze Gesellschaft vom Standpunkt der Landwirthschaft betrachtete, nur die landwirthschaftliche Arbeit für Mehrwerth bildend und neuen Reichthum erzeugend erklärte, und die Befreiung von den feudalen Fesseln, wirthschaftliche Freiheit und Freihandel im Interesse der Landwirthschaft forderte, zur selben Zeit, in der die englischen Nationalökonomen die gleichen Forderungen im Interesse der Industrie aufstellten.

Die Niederwerfung der feudalen Schranken durch die französische Revolution und der Napoleonische Industrieschutz, der seinen Höhepunkt erreichte in der Kontinentalsperre, brachten die französische Industrie zu solcher Entfaltung, daß sie einer stets wachsenden Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen bedurfte.

Dies führte zunächst zu einem Zollschutz der Landwirthschaft, der von 1819 an den industriellen Zollschutz ergänzte. Aber je mehr die französische Industrie erstarkte, desto unbequemer wurden ihr vielfach die Hemmnisse der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Eine freihändlerische Agitation begann seit den dreißiger Jahren einzusetzen, die noch verstärkt wurde, als die günstigen Folgen des Freihandels für Englands industrielle Entwickelung zu Tage traten. Diese Strömung wurde noch unterstützt durch politische Erwägungen, die zu einer Annäherung Englands an Frankreich führten. So kam es 1860 zu dem berühmten, epochemachenden Handelsvertrag zwischen England und Frankreich, in dem England auf den Rest seiner Schutzzölle verzichtete, seine Finanzzölle auf Spirituosen ermäßigte und Frankreich seine sehr hohen Schutzzölle für die englische Einfuhr erheblich herabsetzte. Dieser Handelsvertrag führte noch nicht zu einem völligen Freihandel, aber zu einem ihm sehr nahestehenden, gemäßigten Schutzzoll.

Außer durch seine ungemein ermäßigten Zollsätze zeichnete sich dieser Handelsvertrag noch durch zwei Eigenthümlichkeiten aus. Während die Engländer die Sätze, die sie Frankreich bewilligten, ohne Weiteres auch allen anderen Nationen zugestanden, behielt Frankreich für alle jene Nationen, die keinen Handelsvertrag mit ihm abschlossen, den alten Tarif bei. Dieser Tarif war der allgemeine, *Generaltarif*, neben dem nun für die einzelnen Handelsvertragsländer ermäßigte *Vertragstarife*, *Konventionaltarife* traten. Dadurch wurden alle Länder gedrängt, mit Frankreich Handelsverträge abzuschließen, indem sie gegen Gewährung von Begünstigungen Zollermäßigungen für sich eintauschten.

Außerdem aber enthielt der Handelsvertrag die Klausel der *meistbegünstigten Nation*, das heißt, jeder der beiden Kontrahenten, England wie Frankreich, verpflichtete sich, jede besondere Begünstigung, die der eine einem dritten Staat zugestehen sollte, dadurch ohne Weiteres dem andern Kontrahenten zu Theil werden zu lassen. Jede neue Zollermäßigung, die Frankreich in einem folgenden Handelsvertrag etwa Belgien oder Deutschland zugestand, wurde damit ohne Weiteres auch England zu Theil.

Beide Maßregeln, die Beibehaltung des Generaltarifs für Länder, die keinen Vertrag schließen wollten, wie die Klausel der meistbegünstigten Nation, haben viel dazu beigetragen, daß das

System von Handelsverträgen mit gemäßigten, immer mehr sinkenden Schutzzöllen rasch um sich griff.

Wie die Industrie Englands wurde auch die Frankreichs dadurch mächtig angeregt. Neben der Erleichterung der Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln und der Erleichterung der Auffindung neuer Märkte für seinen Ueberschuß an Industriewaaren wirkte dahin namentlich die Stabilität, welche die Handelsverträge in die wirthschaftlichen Verhältnisse brachten.

Wo ein autonomer Zolltarif herrscht, das heißt, wo der Zolltarif durch keinerlei Verträge mit fremden Nationen gebunden ist, ist er steten Schwankungen ausgesetzt. Jede Neuwahl, jeder Ministerwechsel, jede neue politische Laune kann den Zolltarif ändern und damit die Einfuhrverhältnisse auf den Kopf stellen. Noch weniger Sicherheit bieten dem Lande mit einem autonomen Zolltarif aber die Zollverhältnisse der andern Länder, nach denen es ausführt. Auch diese sind durch keinen Handelsvertrag gebunden und können jeden Moment nach Belieben geändert werden. Rücksichten auf die Industrie des importirenden Landes werden dabei die geringste Rolle spielen. So setzt der autonome Zolltarif Einfuhr wie Ausfuhr beständiger Unsicherheit aus, welche wahrlich unerträgliche Zustände dann zeitigt, wenn die Zollautonomie zum Zollkrieg führt, das heißt, dann, wenn das eine Land seine Zölle einem andern gegenüber einseitig so weit erhöht, um die Einfuhr aus diesem möglichst zu erschweren und ihm dadurch solchen Schaden zuzufügen, daß es sich zu Konzessionen herbeiläßt. Da das angegriffene Land mit Gegenmaßregeln antwortet, führt der Krieg zur zeitweisen Einschränkung, ja mitunter Aufhebung des gegenseitigen Handelsverkehrs, worunter gerade die zu schützende Industrie am meisten leidet.

Wovor sie vor Allem zu schützen ist, das sind unvorhergesehene Zwischenfälle. Die moderne Industrie ist höchst anpassungsfähig, sie hat gezeigt, daß sie selbst einer ziemlich unzweckmäßigen Handelspolitik zum Trotz sich zu entfalten weiß. Aber gegen plötzliche Störungen ist sie ungemein empfindlich; was sie vor Allem braucht, das ist Stetigkeit der Verhältnisse. Und gerade die bringen ihr langfristige Handelsverträge.

Der Abschluß solcher ist zu einer Lebensbedingung für die Industrie geworden.

d) Der Freihandel in Deutschland, der Zollverein, die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft.

Die glänzenden Erfolge der englischen und französischen Handelspolitik drängten bald auch die übrigen Länder Westeuropas,

deren Industrie bereits so weit war, einen hohen Zollschutz zur Noth entbehren zu können, zum Abschluß von Handelsverträgen. Freilich noch sehr oft gegen den Willen der industriellen Kapitalisten. Die Haupttriebkraft des Freihandels war in Deutschland und Oesterreich neben den Ideologen und den Kaufleuten der Lebensmittel exportirende Großgrundbesitz — in Oesterreich die ungarischen Magnaten, die das Jahr 1866 zu den Beherrschern der dualistischen Monarchie machte, in Preußen die ostelbischen Junker.

Die deutsche Handelspolitik hatte schon früh mit dem Hochschutzzoll gebrochen. Die territoriale Zerrissenheit machte es unmöglich, sobald Industrie und Handel entwickelt waren, jedes Ländchen mit einer Zollinie zu umgeben. Nur Oesterreich war dazu im Stande und that es auch. Indem es sich aber durch hohe Schutzzölle von dem übrigen Deutschland abschloß, trennte es sich bereits wirthschaftlich von dem deutschen Reiche, ehe es noch durch die Gewalt der Waffen aus ihm ausgeschlossen worden.

Der nächstgrößte Staat Deutschlands, Preußen, zerfiel aber vor 1866 in mehrere getrennte Theile und umschloß so viele selbständige Fürstenthümer, daß es für sich allein nicht gut ein eigenes Zollgebiet bilden konnte. Wenn Oesterreichs Zollpolitik es von Deutschland abschloß, so mußte die preußische Zollpolitik naturgemäß dahin trachten, die anderen deutschen Länder — zunächst wenigstens die angrenzenden norddeutschen — mit den eigenen in einem Zollverein zusammenzufassen, der so die wirthschaftliche Grundlage des neuen deutschen Reichs wurde, das nach 1866 und 1870 politisch aus ihr erwachsen sollte.

Nachdem Zolleinigungen mit einzelnen Ländern vorangegangen waren (1819 zuerst mit Schwarzburg-Sondershausen), waren 1833 endlich die wichtigsten außerösterreichischen Staaten des deutschen Bundes im preußisch-deutschen Zollverein zusammengefaßt. In ihm herrschte Preußen, in Preußen aber herrschten die Junker, die bis in die siebziger Jahre hinein Getreide und Vieh ausführten und deren bester Kunde England war. Sie schworen auf die Harmonie der Interessen zwischen ostelbischer Junker- und englischer Fabrikantenherrlichkeit. Aber auch die preußische Regierung selbst fand einen stets wachsenden Grund zu freihändlerischer Stimmung in dem politischen Gegensatz zu Oesterreich. Dieses suchte, sobald es merkte, wie der Zollverein die kleinen deutschen Staaten an Preußen anschloß, einen Zollverein zu schaffen, der ganz Deutschland und Oesterreich umfaßte. Das war für die deutschen Industriellen eine höchst verlockende Aussicht. Aber Oesterreich hätte den Verein nur geschaffen auf hoch-

schutzzöllnerischer Grundlage. Je mehr der Zollverein dem Freihandel zuneigte, umso schwieriger wurde seine Verständigung mit Oesterreich. Grund genug für die preußische Regierung, freihändlerisch zu sein.

Aber auch in der deutschen Bourgeoisie, die 1848 noch stark schutzzöllnerisch gewesen, begann im Laufe der fünfziger Jahre die Idee des Freihandels populär zu werden. Ein Theil der Industrie, namentlich in Sachsen, war bereits so weit, daß die stete Erweiterung der industriellen Ausfuhr eine Lebensfrage für sie wurde, daß der Zollschutz anfing sie zu geniren. Das Beispiel des industriellen Aufschwungs Englands seit der Einführung des Freihandels lockte zur Nachahmung. Die Lehre von der Handelsfreiheit kam aber auch nicht für sich allein von England nach Deutschland, sondern als Theil eines ökonomischen Systems der vollsten wirthschaftlichen Ungebundenheit, des sogenannten Manchestersystems, das neben dem Freihandel auch Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Aufhebung aller feudalen und bureaukratischen Bevormundung verlangte, also gerade jene Forderungen aufstellte, deren Durchführung eine dringende Nothwendigkeit geworden war.

Die Fabrikanten, namentlich in West- und Süddeutschland, blieben zwar in der Mehrheit schutzzöllnerisch, sie kamen aber gegen diese wachsenden freihändlerischen Einflüsse nicht auf.

Und die Arbeiter? Ihre Haltung in dem Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll war ähnlich wie die der englischen Chartisten in den vierziger Jahren. Gleich der Mehrzahl der Fabrikanten waren sie vielfach der Ansicht, daß die deutsche Industrie noch des Schutzzolls bedürfe. Aber sollten sie zu seiner Vertheidigung energisch ins Zeug gehen? Aus denselben Gründen, aus denen die englischen Arbeiter sich für den Freihandel nicht begeistert hatten, standen die deutschen dem Schutzzoll mit ziemlicher Gleichgiltigkeit gegenüber. Sollten sie ihre beste Kraft dafür einsetzen, ihren Ausbeutern, diesen Blutsaugern, die Profite erhöhen zu helfen? Unter denselben Leuten, die den Schutz der Industrie forderten, waren die heftigsten Gegner des Arbeiterschutzes zu finden; dagegen kamen, wie in England, gerade aus dem Lager der konservativen Agrarier Arbeiterfreunde, wie Rodbertus und sein Schüler Rudolf Meyer, die ein warmes Herz für den Arbeiter hatten, das Eintreten des Staates zu seinen Gunsten forderten, ja sogar eine Art Sozialismus ausarbeiteten.

Wir wissen aber bereits, daß die Agrarier damals in Deutschland Freihändler waren.

Angesichts dieses Zwiespaltes konnten die Arbeiter nur schwer eine Entscheidung zwischen den kämpfenden Parteien treffen. Sie halfen sich damit, gerade so wie früher in England, in dem

Kampf einen Bruderzwist der herrschenden Klassen zu sehen, der die Arbeiter wenig anging. Das zeigte sich noch deutlich in der Resolution des Gothaer Sozialisten-Kongresses von 1876. Sie lautete:

„Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirthschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen".

Diese Resolution vermeidet ängstlich jede Parteinahme für den Schutzzoll oder den Freihandel nicht nur im Allgemeinen sondern auch für den gegebenen Moment; sie erklärt sich gegen die Handelsverträge, offenbar, weil sie zu freihändlerisch erschienen, warnt aber die Arbeiter, sich der schutzzöllnerischen Progaganda anzuschließen. Die Sozialdemokratie steht dem Kampf zwischen Freihandel und Zollschutz „fremd", das heißt wohl gleichgiltig gegenüber.

Daß dies zutraf, bewies auch die Behandlung der Resolution, die nicht nur keine Diskussion veranlaßte, sondern nicht einmal recht zur Abstimmung kam. Im Kongreßprotokoll heißt es über diese und zwei andere Resolutionen blos:

„Most verliest folgende Resolutionen, welche vom Kongreß zustimmend aufgenommen werden".

Die Resolution und ihre Aufnahme entsprach ganz den damaligen Verhältnissen. Aber man würde Unrecht thun, daraus Schlüsse auf die Haltung der Sozialdemokratie in der Gegenwart zu ziehen. Die Verhältnisse haben sich in dem letzten Vierteljahrhundert völlig verändert.

Entschiedene Schutzzöllner waren von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre hinein in Deutschland nur die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen und die süddeutschen Baumwollspinner. Ihre Kraft reichte nicht aus, der freihändlerischen Strömung Widerstand zu leisten, die seit dem Abschluß des französisch-englischen Handelsvertrages von 1860 unwiderstehlich wurde.

1862 kam ein Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich zu Stande, der 1865 in Kraft trat und erhebliche Zollermäßigungen brachte. Aber dabei blieb man nicht stehen, rasch folgte eine Zollermäßigung der anderen.

Die Eisenzölle geben ein klares Bild der Wandlungen der Handelspolitik des Zollvereins. Es lag pro 100 Ko. ein Zoll auf:

Seit	Roheisen Mk.	Grobe Eisenwaaren Mk.	Feine Eisenwaaren Mk.
1839 . . .	frei	36	60—300
1845 . . .	2	36	60—300
1865 . . .	1,50	8—16	24-60
1868 . . .	1	8—16	24—60
1870 . . .	0,50	8	24—60
1873 . . .	frei	5	24—60
1877 . . .	frei	frei	24—60

Außer den schon gekennzeichneten Ursachen, die dem Freihandel in Deutschland günstig waren, trug zu dieser fortschreitenden Ermäßigung der Zölle auch noch der Umstand bei, daß sie von einem bedeutenden industriellen Aufschwung begleitet war, der schließlich den Freihandel selbst einem Theil der ehedem schutzzöllnerischen Industriellen annehmbar machte.

„Die in dem deutschen Handelstag vertretenen Handelskammern" sagt Lotz (die Ideen der deutschen Handelspolitik), „brachten deutlich genug zum Ausdruck, daß nicht nur in kaufmännischen, sondern auch in industriellen Kreisen die Befriedigung über die Erfolge der bisherigen freihändlerischen Politik im Steigen begriffen war. In jener Zeit (1868) entsandte solch ein Mittelpunkt der Eisenindustrie, wie Dortmund, einen Freihändler ins Parlament."

Die Eisenindustrie litt auch durchaus nicht unter der steten Verringerung der Zollsätze. Die Roheisenproduktion des Zollvereins betrug 1864 905 Millionen Ko.; sie stieg stetig bis 1869 auf 1413 Millionen Ko., sank dann im Kriegsjahr 1870 auf 1391 Millionen Ko., um sodann in raschem Emporschnellen 1873 2,241 Millionen Ko. zu erreichen. Sie hat sich im ersten Jahrzehnt des Freihandels mehr als verdoppelt.

Wenn die Industrie Deutschlands im Stande war, sich in einem verhältnißmäßig jungen Stadium unter dem Freihandel nicht blos zu behaupten, sondern zu glänzender Blüthe zu entwickeln, so verdankt sie dies vor Allem ihrer Arbeiterschaft.

Die Arbeiter, das ist jener Faktor der Produktion, der von den neueren Schutzzöllnern bei der Beurtheilung der Konkurrenzfähigkeit einer Industrie am wenigsten in Betracht gezogen wird, und der doch der wichtigste ist. Die reichsten Kohlen- und Eisenschätze, die glücklichste geographische Lage, alles das nützt sehr wenig, wenn man nicht über intelligente, leistungsfähige Arbeiter

verfügt, die im Stande sind, das Rohmaterial zu verarbeiten, die vorhandenen Produktivkräfte anzuwenden.

Rußland hat alle natürlichen Bedingungen einer starken, kapitalistischen Industrie; Kohle, Eisen, Holz, billige Lebensmittelpreise, zahlreiche Arbeitskräfte; auch an Kapitalien fehlt es ihm in letzter Zeit nicht, da England, Frankreich, Belgien, Deutschland ihm ihren Ueberfluß zur Verfügung stellen. An Zollschutz und sonstigen Ermunterungen der Regierung wird das Höchste geleistet, die Industrie entwickelt sich auch rapid, aber sie wird nur groß, nicht stark, sie kommt der Konkurrenzfähigkeit auf dem offenen Markt nur langsam, wenn überhaupt, näher.

Die Hauptschuld daran scheint uns die Unwissenheit und geringe Leistungsfähigkeit des russischen Arbeiters zu tragen. Die Regierung hat für Volksbildung kein Geld, weil der Militarismus alle ihre Mittel verschlingt; mehr noch aber als Geld fehlt ihr der gute Wille, die Volksbildung zu heben; denn das absolutistische System kann nur auf der Grundlage völliger Unwissenheit der Volksmasse sich behaupten.

Trotz aller seiner Fürsorge für die Industrie wird daher der Absolutismus das schlimmste Hinderniß einer industriellen Erstarkung Rußlands, und die Hauptschuld daran trägt seine Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite sehen wir in der Schweiz ein Land, das von der Natur wenig begünstigt ist, kein Eisen, keine Kohle, keine ausreichende Getreideproduktion hat und das aus mehrfachen Gründen, ähnlich wie Deutschland, zu keinem entschiedenen Zollschutz kommen konnte. Wenn es trotzdem eine so leistungsfähige Industrie entwickelte, so ist dies sicher der Tüchtigkeit seiner Arbeiterklasse, seiner politischen Freiheit und der lange erhaltenen Ueberlegenheit seines Volksschulunterrichts über den der Nachbarn im Osten, Westen und Süden zuzuschreiben.

Wie die Schweiz hatte auch Deutschland bis in die siebziger Jahre hinein vor seinen Konkurrenten, vor England und Frankreich den Vortheil einer besseren Volksschule. Das sicherte unseren Industriellen einen großen Vortheil, der manche Nachtheile ökonomischer Rückständigkeit überwog.

Zweifelhafter war dagegen jener Vortheil, auf den sie das Hauptgewicht legten, niedere Löhne und längere Arbeitszeit.

Allerdings, insoweit die niedrigeren Löhne eine Folge billiger Lebensmittel waren, brauchten sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Verhältniß nicht herabzudrücken. In den billigeren Lebensmitteln war neben der besseren Schulbildung ebenfalls ein großer Vortheil der deutschen Industrie vor der englischen und französischen begründet.

Nach Conrad betrugen die Preise per 1000 Ko. in Mark

Jahr	Weizen				Roggen	
	England	Frankreich	Preußen alten Bestands	Differenz zwischen England und Preußen	Preußen alten Bestands	Differenz zwischen Weizen in England und Roggen in Preußen
1816—1820 . .	364.0	265.5	206.2	—157.8	151.8	—212.2
1821—1830 . .	266.0	192.4	121.4	—144.6	126.8	—139.2
1831—1840 . .	254.0	199.2	138.4	—115.6	100.6	—153.4
1841—1850 . .	240.0	206.6	167.8	— 72.8	123.0	—117.0
1851—1860 . .	250.0	231.4	211.4	— 38.6	165.4	— 84.6
1861—1870 . .	248.0	224.6	204 6	— 43.4	154.6	— 93.4
1871—1875 . .	246.4	248.8	235.2	— 11.2	179.2	— 67.2

Die Weizenpreise standen also bis zu der ersten Hälfte der siebziger Jahre in England und Frankreich höher als in Deutschland; die Differenz verschob sich noch zu Gunsten Deutschlands dadurch, daß dort der Roggen in der Volksernährung eine viel größere Rolle spielt, als in Frankreich und England.

Die deutschen Kapitalisten begnügten sich jedoch nicht damit, die Differenz zwischen den Lebensmittelpreisen der konkurrirenden Länder und denen des eigenen Landes auszubeuten. Sie drückten, wie allenthalben, den Lohn so tief als sie konnten, dehnten die Arbeitszeit so weit aus, als möglich; weder Arbeiterschutzgesetze noch starke Arbeiterkoalitionen hinderten sie; erst 1869 wurde den Industriearbeitern das Koalitionsrecht gegeben; so konnten die deutschen Hungerlöhne und die deutschen Arbeitszeiten im Auslande sprichwörtlich werden; die englischen Fabrikanten pflegten damit ihre Arbeiter zu schrecken, wenn diese zu „begehrlich" wurden. In Wahrheit waren jedoch diese langen Arbeitszeiten und kargen Löhne kein Vortheil; die Erfahrung hat gezeigt, daß bis zu einer gewissen Höhe, die kaum schon irgendwo erreicht ist, kurze Arbeitszeit und hoher Lohn für die Kapitalistenklasse selbst profitabel sind, da sie mit der Zeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters unverhältnißmäßig steigern, daß daher die anscheinend billigste Arbeit in Wirklichkeit die theuerste ist.

Darin lag also der thatsächliche Vortheil der deutschen Kapitalisten nicht, wohl aber in den billigeren Lebensmitteln und der besseren Schulbildung.

Neben der Volksschule trug auch das höhere Schulwesen viel zu der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie bei; es stellte dem Kapital weit mehr wissenschaftlich gebildete Kräfte zur Verfügung, als ihm anderswo zu Gebote standen. Einer der wichtigsten Industriezweige Deutschlands, die chemische Industrie, die eine nirgends erreichte Spezialität bildet, ist aus den Hörsälen und Laboratorien der Universitäten hervorgegangen.

Dank dem Zusammentreffen aller dieser Verhältnisse war die deutsche Industrie rasch so weit gelangt, erfolgreich den Kampf mit der englischen und französischen auf dem Weltmarkte aufnehmen zu können.

Die Herrschaft des Freihandels schien für immer gesichert.

Aber gerade damals, als das deutsche Reich praktisch den vollkommenen Freihandel einführte, indem es die Zölle auf fast alle Eisenwaaren aufhob, gerade damals brach die freihändlerische Herrlichkeit über Nacht zusammen.

Noch selten ist der Zusammenbruch eines ökonomischen Systems so rasch und überraschend gekommen wie dieser.

1877 fielen die Eisenzölle bis auf einen kleinen Rest völlig fort. Das Jahr 1879 bringt schon wieder ein System ausgiebiger Schutzzölle.

---

5. Der Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll.

a. Die politischen Gründe von Bismarcks Schwenkung.

Die Gründe, die dazu führten, daß Deutschland so plötzlich vom Freihandel zum Schutzzoll umschwenkte, sind mannigfaltige.

Die Eifersucht gegen Oesterreich, die in Preußen dem Freihandel so sehr Vorschub geleistet, war durch den Krieg von 1866 gegenstandslos geworden. Der Krieg von 1870 aber hatte, dank der erzwungenen Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland eine Aera steten und immer wilderen Wettrüstens herbeigeführt. Die französischen Milliarden waren bald verpulvert und neue Einnahmequellen wurden nothwendig. Gegen die Erhöhung der direkten Steuern erhoben sich aber immer mehr die Kapitalisten und Grundbesitzer, die die Regierung beherrschten. Eine Erhöhung der indirekten Steuern mußte daher von dieser ins Auge gefaßt werden; auf der einen Seite entwickelte sie Monopolpläne, auf der andern Seite aber strebte sie eine Erhöhung der Zölle an. Kann eine Regierung eine Steuererhöhung bemänteln, dann thut sie es. Konnte sie die

neuen Zölle als Schutzzölle, als Maßregeln zum „Schutze der nationalen Arbeit", statt als Finanzzölle erscheinen lassen, dann umso besser.

Die finanziellen Bedürfnisse der Regierung machten sie daher dem Schutzzoll sehr geneigt — und was für die deutsche, galt damals für alle Regierungen des europäischen Festlandes.

Aber für den Schutzzoll sprachen noch mächtigere Faktoren.

b. Die Schwenkung der Junker zum Agrarzoll.

Die vornehmste Kraft der deutschen freihändlerischen Bewegung hatten die preußischen Junker ausgemacht, die noch 1876 durch die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer" für den Freihandel eingetreten waren. Aber wie früher für England und Frankreich, so brachte jetzt auch für Deutschland die industrielle Entwickelung einen Zustand herbei, in dem die Ausfuhr landwirthschaftlicher Produkte aufhörte.

Die Veränderung der Verhältnisse zeigt folgende Tabelle:

Jahres-Durchschnitt.	Weizen			Roggen		
	Ausfuhr aus Deutschland	Einfuhr nach Deutschland	Ueberwiegen der Ausfuhr (+) oder der Einfuhr (−) um	Ausfuhr aus Deutschland	Einfuhr nach Deutschland	Ueberwiegen der Ausfuhr (+) oder der Einfuhr (−) um
	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.
1861—70 .	5225000	4375000	+ 850000	1107000	2507000	— 1479600
1871 . . .	5360000	4390000	+ 970000	1570000	4180000	— 2610000
1872 . . .	4060000	3060000	+1000000	790000	5500000	— 4710000
1873 . . .	3420000	3660000	— 240000	1590000	7800000	— 6210000
1874 . . .	3930000	4080000	— 150000	1700000	9500000	— 7800000
1875 . . .	5700000	4990000	+ 710000	1560000	7000000	— 5440000
1876 . . .	3880000	6850000	—2970000	1000000	11000000	—10000000
1877 . . .	7350000	9400000	—2050000	1760000	11900000	—10140000
1878 . . .	7850000	10600000	—2750000	1960000	9450000	— 7490000

Man sieht, die seit jeher lästige Roggeneinfuhr aus Oesterreich und Rußland nahm seit 1873 beängstigende Dimensionen an, während von 1876 an auch die Weizenausfuhr nach England durch eine rasch steigende Weizeneinfuhr mehr als wett gemacht wurde. Und gleichzeitig sanken die Getreidepreise. Der Weizenpreis in England, der sich von 1851—1875 im Durchschnitt ungefähr auf gleicher Höhe von nahe an 250 Mark pro Tonne gehalten, fiel 1876—1880 auf 206 Mark. Weniger rasch ging der Roggenpreis herunter (im alten Preußen von 179 auf 166 Mark, nach Conrad).

Derselbe Handel und dieselbe Verbesserung der Transportmittel, die den Markt für den Export europäischer Industrieartikel so sehr erweitert, hatten reichliche Produktionsstätten billigen Getreides, namentlich des Weizens in Amerika in enge Verbindung mit den europäischen Industrieländern gebracht. Das war die naturnothwendige Folge des wachsenden industriellen Exports.

Aber ebenso unvermeidlich, wie das Eindringen auswärtiger Lebensmittel nach Deutschland, war es, daß die Agrarier nach dem nächstliegenden Mittel griffen, diese Invasion abzuwehren, nach dem Schutzzoll. Das war früher in England ebenso gegangen.

Was aber jetzt überraschen mußte, war die Haltung der industriellen, exportirenden Kapitalisten. In England hatten sie Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Getreidezölle los zu werden, in Deutschland stimmten sie selbst dafür. Wie war das möglich?

c. Der Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat.

Nach der Theorie der bürgerlichen Freihändler war die Haltung der deutschen Industriellen am Schluß der siebziger Jahre unerklärlich, aber diese Theorie hatte ein Loch. Ihr zu Folge herrschte völlige Harmonie zwischen den Interessen des Inlands und des Auslands. Je reicher dieses, desto mehr Waaren konnte es von jenem beziehen; je billiger das eine produzirte, desto besser für die Konsumenten des andern. Das war ganz richtig, aber nur unter der Voraussetzung der internationalen Arbeitstheilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat, unter der Voraussetzung daß es nur einen Industriestaat gab und die andern sich begnügten, Agrarstaaten zu bleiben. Wo zwei Industriestaaten die gleichen Waaren auf den Weltmarkt warfen, traten sie einander nicht als Austauschende sondern als Konkurrenten gegenüber, hörte jeder der beiden auf, ein Interesse an dem Reichthum und an den niederen Preisen des andern zu haben.

Es war aber ein Irrthüm der freihändlerischen Theorie, die Arbeitstheilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat für eine natürliche zu halten. Sie war, wie wir schon bemerkt, eine soziale, eine vorübergehende, und zwar eine rasch vorübergehende. Denn jeder Staat hat das größte Interesse daran, ein Industriestaat zu werden.

Seitdem die Industrie sich von der Landwirthschaft losgelöst und ein selbständiges Dasein gewonnen hatte, war sie ökonomisch stets der letzteren überlegen. Und diese Ueberlegenheit steigert sich ununterbrochen. In den Städten sammelt sich der Reichthum,

entfalten sich Kunst und Wissenschaft, wird die politische Macht seßhaft. Die Landbevölkerung erkennt die Ueberlegenheit der Stadt selbst an, indem sie sich von der Scholle loslöst und ihr zueilt. Die Landflucht ist fast so alt wie das Städtewesen, wenn sie auch, ausgenommen in den Zeiten der versinkenden Gesellschaften des Alterthums, nie eine solche Ausdehnung erreichte wie gegenwärtig. Das flache Land entwickelt sich ökonomisch und intellektuell nur langsam, im Vergleich zu den glänzenden Fortschritten der Stadt geht es zurück, versimpelt und verödet es; überall hat schließlich die Stadt das flache Land sich unterthan gemacht.

Mit dem England der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts trat zum ersten Mal ein Staat auf, der die Arbeitstheilung von Stadt und Land auf internationalem Gebiet wiederholen wollte: er sollte die Werkstatt der Welt werden und die anderen Staaten seine Lieferanten von Lebensmitteln und Rohstoffen Das hieß aber nichts anderes als die anderen Staaten England gegenüber auf dieselbe Stufe herabdrücken, die das flache Land gegenüber der Stadt einnahm. Für die Landwirthe der anderen Staaten war diese Entwickelung vortheilhaft; dagegen mußten nicht blos die Industriellen, sondern auch die weiterblickenden Politiker dort anderer Meinung sein.

Nicht internationale Arbeitstheilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat, sondern die Ausbildung des Agrarstaats zum Industriestaat war ihre Parole. Dies nicht beachtet zu haben, das war der Fehler in dem freihändlerischen Gedankengang.

Allerdings glauben die spärlichen Reste des bürgerlichen Freihändlerthums, die heute noch übrig geblieben sind, daß die internationale Interessenharmonie nicht blos zwischen Agrarstaat und Industriestaat, sondern auch zwischen Industriestaat und Industriestaat bestehe.

Es betrug in der That 1899 unsere Ausfuhr nach:

Großbritannien	851,6 Mill. Mk.	Belgien . . .	207,1 Mill. Mk.
Niederlande . .	327,7 „ „	Oesterreich . .	466,0 „ „
Schweiz . .	284,7 „ „	Rußland . . .	437,3 „ „
Frankreich . .	216,7 „ „	Ver. Staaten .	377,6 „ „

Unsere Ausfuhr nach Großbritannien ist also weit stärker, als die nach irgend einem anderen Lande. Unsere Ausfuhr nach den Niederlanden beträgt aber fast ebenso viel wie die nach den Vereinigten Staaten!

Das zeigt schon, daß ein großer Theil unserer Ausfuhr nach den Staaten der ersteren Reihe nicht in deren Konsum eingeht, sondern dem Durchfuhrverkehr nach Südeuropa, nach den Kolonien, sowie nach Ostasien, Südamerika u. s. w. dient. Der überseeische Frachtverkehr Englands hat riesenhafte Dimen-

sionen angenommen. 1897 erzielte es daraus eine Einnahme von 1400 Millionen Mk. (Vosberg-Rekow.)

Selbstverständlich wird zwischen zwei Industriestaaten jene internationale Arbeitstheilung fortbestehen bleiben, die auf natürlichen Grundlagen beruht. Sie kann sich sogar noch verstärken. Je mehr die Schweizer Industrie sich entwickelt, desto mehr Eisen und Kohle wird sie Deutschland abnehmen. Unsere Ausfuhr von Steinkohlen nach der Schweiz betrug 1895 750 000 und 1899 1 066 000 Tonnen. Unsere Ausfuhr von Roheisen dahin wuchs in diesem Zeitraum von 4360 auf 11 890 Tonnen, von groben Eisenwaaren von 9760 auf 14 840 Tonnen.

Aber man darf diese natürliche Arbeitstheilung nicht mit der sozialen verwechseln, die auf dem Austausch von industriellen und landwirthschaftlichen Massenprodukten beruht. Diese wird unter der kapitalistischen Produktionsweise viel wichtiger als die erstere. Auf ihrem Bestehen beruht die freihändlerische Interessenharmonie zwischen Industriestaat und Agrarstaat, aus ihrem Fortfall erwächst der Interessengegensatz zweier kapitalistischer Industriestaaten.

Es war aber nicht etwa blos ein einzelner Staat, der in den sechziger und siebziger Jahren neben England in die Reihe der industriellen Exportstaaten eintrat. Zu Frankreich und Belgien gesellten sich Deutschland und die Schweiz, indessen andere Staaten ihre Industrie so weit entwickelten, um ein gut Theil unabhängig von der industriellen Einfuhr zu werden, so die Vereinigten Staaten und Oesterreich.

d. Die Krisis.

Wo sich die kapitalistische Produktionsweise ausbildet, da erhält sie auch das Streben nach zeitweiliger Ueberproduktion. Dies Streben zu erklären, würde zu weit führen, genug, die Thatsache ist nicht zu leugnen. Dies hatte in England schon seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts zeitweise Krisen veranlaßt, deren Folgen sich bis weithin außerhalb seiner Grenzen bemerkbar machten. Nun fiel eine Aera des industriellen Aufschwungs zusammen mit dem Eintreten so vieler Staaten in den Kreis des kapitalistischen Industrialismus, mit dem Uebergang zu Liberalismus und Gewerbefreiheit, wozu in Deutschland noch der Milliardensegen kam. Alles das verstärkte den, man kann sagen, normalen Antrieb zur Ueberproduktion in einem Maße, züchtete eine solche Menge industrieller Gründungen, denen jede solide Grundlage fehlte, daß daraus ein Zusammenbruch erfolgen mußte, wie ihn die Welt noch nicht gesehen und wie er sich bisher auch noch nicht wiederholt hat.

Die Ueberproduktion war enorm. Hat man es doch ausgesprochen, daß die 1873 bestehenden deutschen Hochöfen und Walzwerke im Stande gewesen wären, allein den Bedarf des Weltmarkts zu decken. (Lotz.)

Die Preise sanken rapid. Westfälisches Spiegeleisen kostete ab Werk per Meter-Tonne (nach Neumann-Spallart)

	Mk.		Mk.		Mk.
1871	108	1874	99	1877 . . .	72
1872	210	1875	92	1878 . . .	68
1873	234	1876	78		

Was auf jeden Fall früher oder später hätte zu Tage treten müssen, daß der Freihandel nicht zur Interessenharmonie der Industriestaaten und solcher, die es werden wollen, untereinander führe, wurde jetzt mit Blitzesschnelle und Blitzeshelle auch dem verbohrtesten Freihändler klar gemacht.

Die einzelnen Industrienationen unterboten einander auf dem Weltmarkte in der verzweifeltsten Weise, um ihren Ueberfluß los zu werden; ein Land warf dem andern zu wahren Schleuderpreisen seine Vorräthe zu, die internationale Schmutzkonkurrenz schoß in die Halme.

Kein Wunder, daß Angesichts dieser Invasion von fremden Industrieprodukten die Industriellen zu dem gleichen, naheliegenden Mittel griffen, das die Agrarier zur Bekämpfung der Invasion ausländischer Agrarprodukte forderten: zum Schutzzoll.

c. Die zwiespältige Haltung der Bourgeoisie.

Die Situation der Industriellen ist jedoch eine andere wie die der Junker. Mit der Fernhaltung des Imports, mit der Sicherung des inneren Marktes ist es für sie nicht abgethan. Sie müssen exportiren, und zwar in steigendem Maße, je mehr die ökonomische und technische Entwickelung, die Anhäufung und Zusammenfassung von Kapitalien vor sich geht.

Als Exporteure brauchen sie den Freihandel mit den agrarischen Ländern, den sie aber nur erhalten, wenn sie ihrerseits den agrarischen Produkten der letzteren freien Eingang gewähren. Andererseits werden sie durch die stets wachsende Konkurrenz der anderen Exportländer getrieben, industrielle Schutzzölle gegen deren Eindringen in das eigene Land zu fordern. Solche Zölle können sie aber nur erlangen, wenn sie den Agrariern Schutzzölle gewähren.

So ist in Ländern wie Deutschland der industrielle Bourgeois und seine Vertretung in der Presse, den Parlamenten, der Wissenschaft, heute in einer argen Zwickmühle, einmal Freihändler, dann wieder Schutzzöllner, oder vielmehr nie vollständig Freihändler

und nie vollständig Schutzzöllner; er legt sich ebenso wenig auf das eine wie auf das andere Extrem fest, entscheidet von Fall zu Fall, ob er mehr dieser oder jener Richtung zuneigt, wobei es namentlich der Wechsel des Geschäftsgangs ist, der seine wissenschaftliche Ueberzeugung entscheidet. Unfähig und auch unwillig zu einer Kritik der kapitalistischen Produktionsweise vorzuschreiten, stets an der Oberfläche haftend, nur das Nächstliegende sehend, wirft ihn jede Krise aus dem Gleichgewicht und jagt ihn in ein Lager, das dem entgegengesetzt ist, in dem er bis dahin zu finden war. Die Krisis von 1873 fand ihn beim Freihandel; sie machte ihn zum Schutzzöllner; die Krisis von 1891 fand ihn beim Schutzzoll und trieb ihn dem Freihandel zu.

Man wird versucht, das Schwanken zwischen Freihandel und Schutzzoll, das von der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bis heute und wohl auf lange hinaus der normale Zustand des Durchschnittsbourgeois und seiner Wissenschaft und Politik geworden ist — dieses Schwanken der Haltung der englischen Chartisten und dem der deutschen Sozialdemokratie in ihren Anfängen gleichzustellen. Aber zwischen beiden ist ein gewaltiger Unterschied.

Die Sozialdemokratie lehnte es ab, sich für die eine oder andere Seite einzusetzen, weil sie ihre Kräfte auf andere Aufgaben konzentriren wollte und die Frage der Handelspolitik ihr als keine Lebensfrage erschien. Die industrielle Bourgeoisie dagegen behandelt diese Frage stets als eine Lebensfrage, eine entschiedene Stellungnahme ist für sie dringend geboten und unter ihrem Schwanken leidet Niemand mehr als sie selbst.

Ein treues Abbild ihrer unentschiedenen, zweideutigen Haltung ist die nationalliberale Partei, die es ängstlich vermied, in den großen Debatten, welche den Umschwung vom Freihandel zum Schutzzoll im deutschen Reichstag besiegelten, als Partei Stellung zu nehmen. Die Frage war für sie keine Parteifrage, sie überließ es ihren Mitgliedern, in dieser Lebensfrage zu stimmen, wie sie wollten, und erreichten damit nichts anderes als Spaltung und Zusammenbruch. Noch 1877 hatte sie 1 604 000 Stimmen auf sich vereinigt und 128 Mandate erobert; 1881 war sie auf 746 575 Stimmen und 46 Mandate reduzirt.

Ganz anders die Agrarier. Ihre Situation ist klar und einfach, ihre Agitation daher einheitlich, geschlossen, rücksichtslos. Und darum haben sie sich noch jedesmal als die Stärkeren erwiesen, trotzdem in einem Industriestaat ihre ökonomische Bedeutung und Kraft verhältnißmäßig immer mehr zurückgehen muß.

Allerdings beruht die Stärke ihrer Position nicht blos auf ihrer eigenen Kraft. Sie haben die Regierungsgewalt für sich,

die, wie wir gesehen, schon aus rein finanziellen Gründen der Schutzzollwirthschaft günstig ist; sie haben aber auch mächtige Verbündete unter den Industriellen selbst.

f. Die kartellirten Industrien.

Wir haben oben die neuere Handelspolitik der Bourgeoisie im Allgemeinen gekennzeichnet. Aber aus ihr heben sich Gruppen hervor, welche die unsichere und schwankende Politik ihrer Klasse nicht theilen, sondern vielmehr sich ein bestimmtes Ziel setzen und dieses rücksichtslos verfolgen.

Die Krise nach 1873 bedeutete nicht blos, daß der Freihandel aufhörte, das Ideal der Bourgeoisie zu sein. Nein, die ganze freie Konkurrenz, von der der Freihandel nur eine besondere Erscheinungsform, kam nun in Mißkredit. Gewiß, nach wie vor blieb die freie Konkurrenz unter dem Privateigenthum an den Produktionsmitteln das beste Mittel, Nachfrage und Angebot, Konsum und Produktion wenigstens vorübergehend in Einklang mit einander zu bringen und die Interessen der Konsumenten am besten zu wahren. Aber nun stellte sichs heraus, daß es eine Illusion der bürgerlichen Oekonomie war, zu glauben, daß der Kapitalist produzire, um die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen. Er produzirt, um Profit zu erzielen. Gedieh aber sein Profit bei günstiger Konjunktur am besten unter der freien Konkurrenz, so wurde ihm diese verderblich in Zeiten der Krise. Und diesmal hatte man eine Krise, die nicht so schnell weichen wollte, wie ihre Vorgänger. Hatten früher die Vertheidiger des Profits sich zur Befürwortung des Freihandels und der freien Konkurrenz hinter das Konsumenteninteresse versteckt, so brauchten sie jetzt zur Befürwortung des Gegentheils einen anderen Vorwand, und als dieser erschien nun das Produzenteninteresse, in welchem schönen Wort die Gegensätze von Kapitalist und Lohnarbeiter vollkommen ausgelöscht sind, wobei es erscheint, als beute der Unternehmer seine Arbeiter nur in ihrem Interesse — im Interesse der Produzenten — aus.

Gleichzeitig aber hatte die Zusammenfassung und Aufhäufung von Kapitalien in wenigen Händen immer raschere Fortschritte gemacht. Wenn der moralische Bankerott der freien Konkurrenz den Wunsch erregte, an ihre Stelle das private Monopol für die Unternehmer einzelner Gewerbe zu setzen und ihnen eine Ausnahmsstellung zu sichern, in der sie durch ihre überlegene Kraft sich Extraprofite erpressen konnten, so bot die fortschreitende Konzentration der Kapitalien die Möglichkeit dazu. Gerade damals, als die neue Aera des Schutzzolls begann, entwickelten sich in den Vereinigten Staaten die Anfänge jener neuen Gebilde,

die sich bald zur Beherrschung des ganzen wirthschaftlichen Lebens aufschwingen sollten, die Unternehmerverbände — theils losere, Kartelle, theils engere, Trusts.

Wohlmeinende und friedliebende Ideologen haben in ihnen den Anfang einer Regelung der Produktion und ihrer Anpassung an die gesellschaftlichen Bedürfnisse, also gewissermaßen den Anfang des Sozialismus gesehen. Thatsächlich sind sie nichts als Versuche einzelner Kapitalmagnaten, durch engen Zusammenschluß ihre Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit wirksamer zu wahren, als sie es sonst könnten. Die Grundlage der freien Konkurrenz ist wenigstens der Idee nach Freiheit und Gleichheit von Käufern und Verkäufern, Unternehmern und Arbeitern. Die Idee des Kartells ist von vornherein die Privilegirung einzelner Unternehmergruppen, die auf das gewaltsamste und rücksichtsloseste ihre Ueberlegenheit auf dem Markte wie in der Werkstatt zur Geltung bringen. Die Kartellwirthschaft bedeutet nicht die Ersetzung des wirthschaftlichen Kampfes auf dem Markte durch den Frieden einer planmäßigen Organisation der Wirthschaft, sondern sie bedeutet, daß an Stelle der Faustkämpfe der einzelnen Kapitalisten untereinander die Kämpfe einiger geschlossenen, disziplinirten und wohlbewaffneten Bataillone gegen einander und gegen die Masse der unorganisirten Faustkämpfer treten.

Die ganze ökonomische Entwickelung drängt die Kapitalisten zu Kartellen und Trusts. Nirgends aber gedeihen diese so leicht und gut, wie unter der Herrschaft des Schutzzolls; je höher dieser, desto mehr können sie ihre Macht entfalten und ausnutzen. Es ist kein Zufall, daß sie gerade in den hochschutzzöllnerischen Vereinigten Staaten zuerst aufkamen.

Diejenigen Industriegruppen, in denen die Kapitalskonzentration so weit vorgeschritten ist, daß sie den Boden für eine starke Kartellwirthschaft abgeben können, werden in einem entwickelten Industriestaate am ehesten schutzzöllnerisch gesinnt.

g. Die Eisenindustrie.

In erster Linie unter ihnen stehen die Eisenindustriellen. Viel mehr als etwa in der Textilindustrie, ist bei ihnen die Kapitalskonzentration vorgeschritten. Man zählte 1882 im Deutschen Reiche Betriebe, beschäftigt mit der Herstellung von Eisen und Stahl (einschließlich Eisendrahtzieher) 849, 1895 dagegen nur noch 609. Ohne die Betriebe der Eisendrahtzieher waren es 1895 nur 438 mit 118226 Arbeitern, also mit 270 Arbeitern pro Betrieb. Dagegen zählte man in der Baumwollspinnerei (und in der Spinnerei ist die Konzentration weiter vorgeschritten, als

etwa in der Weberei oder Stickerei) 1895 2446 Betriebe mit 74807 Personen, also 19 pro Betrieb.

Es entfielen 1895 von allen Betrieben der betreffenden Gruppe auf

	Kleinbetrieb	Mittelbetrieb	Großbetrieb
Eisen- und Stahlfabrikation	16,2	27,8	56,0
Baumwollspinnerei . . .	75,9	8,8	15,3
Baumwollweberei	96,8	1,6	1,6

Es kamen Personen auf einen Hauptbetrieb in der Größenklasse auf

	Kleinbetrieb	Mittelbetrieb	Großbetrieb
Eisen- und Stahlfabrikation	3,2	20,2	477,6
Baumwollspinnerei . . .	1,1	20,4	206,2
Baumwollweberei	1,3	17,7	195,2

Hand in Hand mit der Konzentration ihres Kapitals geht die wachsende ökonomische Macht der Eisenindustriellen. Gleichzeitig wächst aber auch ihre politische Macht und ihr politisches Interesse. Viel mehr als bei jeder anderen Industrie hängt bei der Eisenindustrie ihr Gedeihen von der staatlichen Politik ab: Staatseisenbahnen, Heer, Marine liefern ihr die größten und wichtigsten Aufträge. Die Eisenindustriellen haben also alle Ursache, die Staatsallmacht und den Militarismus zu stärken; sie sind zu allen Belastungen der Bevölkerung, also auch zu Finanzzöllen bereit, deren Ertrag doch in erster Linie ihnen zu Gute kommt. Von diesem Standpunkt aus können sie sich selbst mit den Lebensmittelzöllen befreunden, die ja auch wie Finanzzölle wirken und die bestimmt sind, jene Klasse zu stützen, die gleich ihnen, für den Militarismus am eifrigsten eintritt, das Junkerthum. So bildeten die politischen Vertreter der Eisenindustriellen, die das Kartellwesen im Wirthschaftsleben am entschiedensten entwickelten, auch die Vorkämpfer des politischen Kartells, das die neue Schutzzollära inaugurirte. Im Bunde mit den Junkern und den Lakaien der Regierung richteten sie jene schöne Dreieinigkeit auf, die hinfort Deutschland beherrschen sollte: Finanzzölle, Eisenzölle, Brodzölle.

h. Die neue Gewaltpolitik.

Gewaltthätigkeit ist das Wesen der Kartellwirthschaft; mit gewaltsamen Mitteln suchen die Kartelle ihre Gegner niederzuwerfen und niederzuhalten; zunächst nicht mit Flinten und Kanonen, aber mit den gewaltsamsten Mitteln des ökonomischen Kampfes. Das gilt natürlich nicht nur gegenüber den Konkurrenten und Konsumenten, sondern auch gegenüber den Arbeitern. Neben den Kohlensyndikaten, die zwar keines Schutzzolls, aber einer ihm gleich wirkenden Eisenbahntarifpolitik des Staates sich erfreuen, sind die Eisenindustriellen die Vertreter der gewalt-

thätigsten Politik zur Unterdrückung der Arbeiter. Es ist kein Zufall, daß derselbe Centralverband der deutschen Industriellen mit seinem Sekretär Bueck, der kürzlich durch seine sonderbaren Beziehungen zur Regierung so unliebsames Aufsehen erregt hat, daß derselbe, der sich so für die Zuchthausvorlage ins Zeug legte, seinerzeit auch am kräftigsten die Ueberwindung des Freihandels durch den Schutzzoll gefördert hat. Und ebensowenig ist es ein Zufall, daß der Schutz der nationalen Arbeit 1878 durch das Sozialistengesetz eingeleitet wurde.

Aber nicht minder gewaltsam verfahren die Kartellmonopolisten gegen das Ausland. Zunächst suchen sie dort die Konkurrenten durch Schleuderpreise aus dem Felde zu schlagen. Sie können diese dem Auslande auf die Dauer bewilligen, wenn die Schutzzölle so hoch und die Kartellirung weit genug gediehen, daß die Industriellen dadurch im Inlande die Preise über ihr normales Niveau hinaustreiben und so durch Vertheuerung der Waaren für das Vaterland Extraprofite erzielen, die sie für die Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt entschädigen. Aber da die Konkurrenten dies edle Manöver nachmachen, so wird es bald unwirksam.

Nun geht man weiter und verlangt die gewaltsame Eroberung eines Marktes, auf dem man eine Vorzugsstellung genießt, also Kolonial- und Expansionspolitik. Diese wieder führt Konflikte oder die Gefahr von Konflikten mit den konkurrirenden Industriemächten herbei, aus dem Kampf mit gewaltsamen ökonomischen Mitteln droht ein Kampf mit Pulver und Blei, Dynamit und Lyddit zu werden. Neue Kriegsrüstungen, die wiederum der Kartellwirthschaft zu Gute kommen, vermehrte Kolonialabenteuer, vermehrte Kriegsgefahr ist die Folge.

So erwächst an Stelle des Geistes des Freihandels ein Geist der Gewaltsamkeit in der industriellen Bourgeoisie. Ehedem friedliebend, träumte sie von ewigem Frieden, verurtheilte sie den Krieg als ein barbarisches Ueberbleibsel aus dem Mittelalter, das nur noch feudalen und dynastischen Zwecken dienen könne; heute wird sie selbst immer mehr vom Geiste der Gewaltsamkeit erfüllt, wie sehr auch einzelne ihrer Ideologen darüber klagen mögen.

Der Schutzzoll ist nur ein Glied in dieser Kette des neuen industriellen Systems, das die jüngste und wahrscheinlich letzte Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Aber wer dieses eine Glied anerkennt, wird nothwendiger Weise gezwungen, wenn er konsequent sein will, auch die anderen anzuerkennen, die mit logischer Nothwendigkeit damit zusammenhängen.

Sicher, der Freihandel ist kein absoluter Schutz gegen den Geist der Brutalität und Gewaltthätigkeit, der Monopolisirung und Privilegirung der großen gesellschaftlichen Produktions- und

Machtmittel durch eine Garde von Kapitalmagnaten, das zeigt uns England. Die ganze hier beschriebene Entwickelung ist nur die Verschärfung und Vergröberung des Geistes, der das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem beherrscht. Aber die Förderung des Schutzzolls heißt heute die direkte Förderung jenes Systems, das darauf hinausläuft, alle Machtmittel der Nation einer Handvoll Kapitalisten zur Verfügung zu stellen, damit diese im Stande sind, jeden Gegner, innerhalb wie außerhalb des Landes, gewaltsam niederzuschlagen oder auszuhungern.

Wer der Ansicht ist, daß die Interessen des Proletariats in unversöhnlichem Gegensatz zu denen des Kapitals stehen, wird von vornherein dahin neigen, diesem System des Schutzes der nationalen Arbeit feindlich entgegenzutreten. Er bekommt um so mehr Ursache dazu, je mehr er es zergliedert.

---

6. Der neue und der alte Schutzzoll.

a. Abstraktion und Wirklichkeit.

Handelskriege, Kolonialsystem, Monopolisirung des Marktes durch Kapitalistengesellschaften, Unterdrückung der Arbeiter durch gewaltthätige Mittel — wir haben gesehen, daß das neue Schutzzollsystem dieselben Konsequenzen zeitigt, wie das alte.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, und das neue Schutzzollsystem ist doch ein anderes wie das alte. Gerade, weil beide so viele Züge gemeinsam haben, muß man sie um so schärfer auseinanderhalten, denn auf der Verwechslung beider beruhen die größten Irrthümer, die in der Frage des Schutzzolls gemacht werden. Sind doch die meisten Argumente der Vertreter des heutigen Schutzzolls dem alten Schutzzollsystem entlehnt, das seinen modernsten theoretischen Ausdruck durch Fr. List erhalten hat; und umgekehrt glauben viele Leute, den jetzigen Schutzzoll-Bestrebungen mit den Argumenten des Freihandels der fünfziger und sechziger Jahre beikommen zu können. Das eine ist ebenso verkehrt wie das andere.

Ehe wir daran gehen, die Unterschiede zwischen dem alten und dem neuen Schutzzollsystem zu untersuchen, sei Folgendes bemerkt: In der Wirklichkeit giebt es keine Gattungen von Erscheinungen, sondern nur Einzelerscheinungen. Zu Gattungen werden sie nur für wissenschaftliche Zwecke zusammengefaßt. Ohne diese Zusammenfassung ist jede wissenschaftliche Thätigkeit unmöglich. Aber in der Wirklichkeit giebt es stets eine Menge Zwischenstufen zwischen den einzelnen Gattungen von Erscheinungen, von denen die Wissenschaft zunächst absehen, abstrahiren muß, will sie zu genauen und scharfen Begriffen kommen. So sind auch das alte

und das neue Schutzzollsystem in Wirklichkeit nicht so schroff geschieden, wie es im Folgenden erscheinen wird; es giebt heute noch mancherlei Industriezweige und -Länder, für die das vom neuen Schutzzollsystem Gesagte noch nicht oder noch nicht vollinhaltlich gilt. Wer aber einmal sich über die Unterschiede in den typischen Erscheinungen der beiden Systeme klar geworden ist, wird dann leicht auch die Zwischenformen begreifen; wer dagegen nicht zunächst von den störenden und abweichenden Zwischenstufen absehen vermag, wer alle Einzelerscheinungen auf einmal zu begreifen sucht, der wird gar keine von ihnen begreifen, wird stets vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Das sollte selbstverständlich sein, aber das Wesen mancher modernen Kritik besteht darin, die Ergebnisse wissenschaftlicher Abstraktion darum für nichtig erklären zu wollen, weil sie nicht alle Erscheinungen der Oberfläche umfaßt, und ein *Uebersehen* dort anzunehmen, wo ein bewußtes und gewolltes *Absehen* stattgefunden.

Wenn man uns also etwa entgegnen sollte, daß das, was wir von dem neuen Schutzzollsystem sagen, für Rußland und selbst für die Vereinigten Staaten nur theilweise gilt, so sei bemerkt, daß uns dies auch nicht entgangen ist, daß es aber nur beweist, daß Rußland und selbst Amerika das Stadium des Agrarstaates noch nicht überwunden haben.

Das neue Schutzzollsystem, das wir hier im Auge haben, ist das eines modernen, Industrieartikel exportirenden, Lebensmittel importirenden Staates.

b. Erziehungszoll und privilegirender Zoll.

Wenn wir den Schutzzoll eines modernen Industriestaates mit dem des 18. Jahrhunderts und selbst noch mit dem von Fr. List geforderten vergleichen, finden wir vor Allem einen auffälligen Unterschied. Im modernen Schutzsystem sind die *Agrarzölle* die Hauptsache, der Angelpunkt, um den sich Alles dreht, die Industriezölle nur eine mehr oder weniger wichtige Beigabe. Beim alten Schutzsystem war es umgekehrt. Im Interesse der Industrie suchte es die Preise für Lebensmittel und Rohstoffe möglichst herabzudrücken. Wo der Grundbesitz sich die Regierung dienstbar machte, konnte er ihr auch Agrarzölle aufzwingen, die *Theorie* des Schutzes im alten Sinne verwarf sie dagegen, wie es auch noch Fr. List auf das entschiedenste that.

Dieser Unterschied ist kein zufälliger, sondern ein nothwendiger. Das moderne Schutzsystem entspringt eben aus einer ganz andern Grundlage, als das alte. Das alte will die Industrie im eigenen Lande entwickeln, das heißt, sie dahin bringen, daß sie ebenso billig produzirt, wie das kapitalistisch entwickelte Ausland, und sie in

Stand setzen, den Freihandel zu ertragen. Billige Produktion und Freihandel waren das Ziel des alten Schutzsystems. Das neue Schutzsystem soll nicht der Rückständigkeit der Produktion abhelfen, sondern der Ueberproduktion; es soll nicht unsere Industrie der auswärtigen ebenbürtig machen, was sie schon ist, sondern dem Malheur abhelfen, daß die auswärtige vielfach der unsern ebenbürtig ist. Sie soll nicht die Industrie des Inlands in Stand setzen, für dieses ebenso billig zu produziren, wie die des Auslands, sondern soll es ihr ermöglichen, dieselben Waaren auf die Dauer dem Inland theurer zu verkaufen als dem Ausland. Und da die Zahl der Industrien im Auslande stets wächst, die der unsern ebenbürtig sind, so wächst damit auch das Bedürfniß nach „Schutz" gegen sie. Während also das alte Schutzsystem sich selbst überflüssig machen wollte, muß der neue Zollschutz immer mehr auf seine eigene Verstärkung hinwirken.

Mehr als zwanzig Jahre lang steht nun Deutschland unter dem neuen Zollregime; statt von seiner Abschaffung ist von seiner Erweiterung die Rede. In der That, wenn wir vor zwanzig Jahren als einzigen ebenbürtigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt England zu fürchten hatten, so tritt jetzt daneben Amerika machtvoll in die Schranken.

War im alten Schutzsystem der Zoll als Erziehungszoll gedacht, der die heranwachsende jugendliche Industrie behüten sollte, so spielt er im modernen System die Rolle des Stabes, der den alternden Mann stützen soll und nach dem dieser um so mehr verlangt, je älter und gebrechlicher er wird.

Dabei aber, und das ist der Humor der Geschichte, beschleunigt der neue Schutzzoll gerade das Verderben, dem er entgegenwirken will, die internationale Ueberproduktion, das Heranwachsen der auswärtigen Konkurrenz. Und das ist das bemerkenswertheste beim modernen Schutzsystem.

c. Export von Konsummitteln und von Produktionsmitteln.

Das alte Schutzsystem strebte danach, die eigene Industrie zu entfalten und die auswärtige zu hemmen oder womöglich zu ruiniren. England verbot seinen Kolonien jegliche nennenswerthe Industrie. Sogar in Irland unterdrückte es gewaltsam die Wollenmanufaktur. Um nirgends das Aufkommen einer feindlichen Industrie zu erleichtern, wurde die Ausfuhr von Maschinen und Werkzeugen für die Großindustrie aus England streng verboten, so 1781 für alle zur Wollen- oder Seidenfabrikation erforderlichen Maschinen und Werkzeuge, wozu 1785 das gleiche Verbot für die in Eisen- und Stahlfabriken verwendeten Behelfe trat. Dagegen wurde die Erzeugung von Maschinen und Werkzeugen für die eigene Industrie gefördert durch die zollfreie Einfuhr von Roheisen,

Das moderne Schutzsystem ist weit menschenfreundlicher gegenüber dem Ausland, allerdings sehr wider Willen. Unter dem alten System war die wichtigste Exportindustrie die Textilindustrie. Neben ihr ist aber die Eisenindustrie immer mächtiger aufgeblüht, sie steht heute in erster Reihe, sie beherrscht das ganze wirthschaftliche Getriebe, von ihrer Blüthe hängt die Blüthe des ganzen kapitalistischen Getriebes ab. Diese Stellung konnte sie aber nur dadurch erlangen, daß ein stets wachsender Theil der das Eisen verarbeitenden Industrien solche Ausdehnung annahm, daß sie zu Exportindustrien wurden. Das heißt aber nichts anderes, als daß das Wachsthum der Ausfuhr und der Kapitalprofite eines Industrielandes von der Schnelligkeit abhängig gemacht ist, mit der sich Konkurrenzindustrien im Ausland entwickeln. Denn die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaaren heißt vornehmlich die Ausfuhr von Produktionsmitteln der Industrie.

In derselben Richtung wirkt die stete Zunahme von Kapitalien in den alten Industrieländern.

Wir wiesen schon bei unserer Betrachtung der Handelsbilanz darauf hin, daß die Kapitalien der alten kapitalistischen Länder eine Ausdehnung erreicht haben, die sie ihr Bett überfluthen läßt, so daß ihr Ueberschuß in das Ausland abfließt.

Die Kapitalien müssen aber nicht in der Form von Edelmetall ins Ausland gehen; sie gehen in der Form von Zahlungsanweisungen hin, welche das Geld leihende Land gern dazu benutzt, um von dem Geld verleihenden Lande selbst seine Industrieprodukte zu kaufen. Ist ein stets steigender Theil der Einfuhr der alten Industrieländer nicht Bezahlung für verkaufte Waaren, sondern Bezahlung von Schuldenzinsen, so besteht ein stets steigender Theil ihrer Ausfuhr aus Waaren, die sie zwar dem Ausland verkaufen, die sie aber selbst bezahlen, oder vielmehr für deren Bezahlung sie selbst das Geld liefern.

Einige Beispiele werden das klar machen. Eine Reihe englischer Kapitalisten seien in Verlegenheit darüber, wo sie ihre überschüssigen Kapitalien unterbringen sollen. In Rußland bietet sich die Möglichkeit, mit Vortheil eine Spinnerei oder Eisengießerei zu begründen. Sie gründen eine Aktiengesellschaft zum Betrieb des Unternehmens, geben das nöthige Geld her und mit diesem Geld werden in England die Maschinen gekauft, um die Spinnerei oder Gießerei in Rußland einzurichten. Diese Maschinen haben die Engländer bezahlt, um damit die russische Industrie zu fördern. In der Statistik aber erscheinen die Maschinen als Ausfuhrartikel nach Rußland und erwecken den Schein, als ob sie mit russischem Gelde gekauft seien.

Anderseits wieder nimmt die russische Regierung in Westeuropa Anleihen auf, theils um alte Schulden zu zahlen, theils um Kriegsschiffe

und Kanonen zu kaufen, theils aber auch, um Eisenbahnen, Werften, Lokomotivenfabriken zu bauen, Kohlengruben zu eröffnen, also die Produktivkräfte ihres Landes zu entwickeln. Das Geld hierzu erhält sie von Belgien, Frankreich, Deutschland, und kauft mit diesem Geld Schiffe, Schienen, Maschinen u. s. w. von der Industrie der genannten Länder. Diese blüht auf, aber sie hat ihre Blüthe selbst bezahlt.

Diese Kapitalienausfuhr bedeutet im Grunde die Förderung der Industrie des Auslandes auf Kosten des Inlandes, aber gleichzeitig auch die Förderung des Profits im Inlande. Das Kapital ist international, ihm ist es gleich, ob es Engländer ausbeutet oder Russen oder Chinesen. Es entwickelt mit Vergnügen die Produktivkräfte des Auslandes, wenn sie nur in seinem Besitze bleiben. Die Förderung der ausländischen Industrie wird so zur Ausdehnung seines Ausbeutungsbereichs.

Die hohe Finanz wie die Kapitalisten, welche Produktionsmittel produziren, haben also beide ein Interesse an der Förderung der Ausfuhr von Produktionsmitteln, deren Ausfuhr nimmt daher in alten Industrieländern zu; dagegen nimmt, gerade in Folge des Aufschwungs der Industrie im Ausland die Ausfuhr von Produkten für den persönlichen Konsum ab. Je mehr Spinnereien und Webereien in Ostindien und Japan gebaut werden, desto mehr haben die englischen Maschinenfabriken zu thun, desto weniger Garn und Gewebe werden aber die englischen Spinner und Weber in Ostindien und Japan verkaufen.

So betrug z. B. in England der Werth der Ausfuhr von

	1880	1897
Baumwollwaaren . . . . (ausgenommen Garn)	1 273,2 Mill. Mk.	1 080,8 Mill. Mk.
Leinenwaaren	106,7 „ „	95,4 „ „
Seidenwaaren	40,6 „ „	26,7 „ „
Wollenwaaren	345,3 „ „	319,5 „ „
Zusammen:	1 765,8 Mill. Mk.	1 572,4 Mill. Mk.
Abnahme von 1880—1897:	243,4 „ „	

Dagegen die Ausfuhr von

	1880	1897
Instrumenten u. Werkzeugen	7,5 Mill. Mk.	27,2 Mill. Mk.
Maschinen	245,2 „ „	303,6 „ „
Nähmaschinen	7,4*) „ „	21,4 „ „
Eisenwaaren . . . . . (gegossene u. geschmiedete)	75,8 „ „	97,5 „ „
Stahlwaaren	16,5 „ „	22,7 „ „
Steinkohlen	167,4 „ „	332,1 „ „
Zusammen:	519,8 Mill. Mk.	795,5 Mill. Mk.
Zunahme von 1880—1897:	275,7 „ „	

*) 1885. 1880 nicht besonders verzeichnet.

In derselben Zeit also, in der die Ausfuhr der genannten Textilprodukte um 243 Millionen Mark abnahm, wuchs die Ausfuhr der metallenen Produktionsmittel um 111 Millionen und die der Steinkohlen um 165 Millionen, zusammen um 276 Millionen Mark. Die Gesammtausfuhr stieg in dem gleichen Zeitraum von 4461,2 Millionen Mk. auf 4684,3, also um 223,1 Millionen Mark. Ohne die gesteigerte Ausfuhr der Produktionsmittel hätte es eine Abnahme gegeben. Das Resultat würde sich noch mehr zu Ungunsten der Textilwaaren verschieben, wenn wir die Einfuhr in Betracht ziehen wollten, die für die letzteren bedeutend gewachsen ist.

Die gleichen Erscheinungen zeigt Deutschland. Hier betrug im Spezialhandel der Werth der Mehrausfuhr (über die Einfuhr):

	Mill. Mk. 1890	Mill. Mk. 1899	Abnahme (—) od. Zunahme (+) Mill. Mk.
Fabrikate der Textil- und Filzindustrie	499,6	409,9	— 89,7
Maschinen, Instrumente .	79,3	181,7	+ 102,4
Einfach gearb. Gegenstände der Metallindustrie . .	68,9	140,2	+ 71,2
Fabrikate d. Metallindustrie	177,2	284,5	+ 107,3
Brennstoffe	45,0	75,2	+ 30,2

Eine erhebliche Zunahme der Mehrausfuhr weisen daneben nur noch deutsche Spezialitäten — chemische Industrie, Spielwaaren, Gegenstände der Literatur und Kunst — auf.

Die Blüthe der Industrie in alten Industrieländern rührt also daher, daß sie ihren Gegnern Waffen nnd Munition liefern, nicht nur für ihre militärischen, sondern auch für ihre wirthschaftlichen Kämpfe gegen die liefernden Länder selbst.

Das ist nun eine der Schönheiten der kapitalistischen Produktionsweise, die sich nicht ändern lassen, so lange sie selbst besteht.

Was uns aber hier daran interessirt, daß ist die Art und Weise, wie das moderne Schutzsystem in diesen Prozeß eingreift.

Auf der einen Seite fördert es die Kartelle, welche die Preise im Inlande erhöhen, um ihre Produkte im Auslade zu Schleuderpreisen loszuwerden. In dieser Beziehung wirkt der Zollschutz wie eine indirekte Ausfuhrprämie. Auch das alte Schutzsystem kannte solche. Aber sie sollten in seiner Hand eine Waffe werden, eine ausländische Industrie zu hemmen oder gar zu ruiniren. Heute, wo die Industriestaaten immer weniger Produkte des persönlichen Konsums und immer mehr Produktionsmittel ausführen, wird die direkte oder indirekte Ausfuhrprämie zu einer Besteuerung

des Inlandes, um die industrielle Entwickelung des Auslandes zu fördern.

Wider Willen wirkt das Schutzsystem noch in anderer Weise in der gleichen Richtung. Es hätte seine großen Annehmlichkeiten für die Industriellen des geschützten Landes, wenn es auf dieses beschränkt bliebe. Aber das ist bekanntlich nicht der Fall. Der Schutzzoll auf der einen Seite ruft den auf der anderen Seite hervor. Je höher ich die Zollmauern bei mir mache, um so höhere richtet der Nachbar auf. Es wird dadurch das Schutzzollsystem in Staaten gefördert, die noch eine schwache Industrie haben, wo der Zoll noch als Erziehungszoll günstig wirken kann. Schon dadurch allein wird das Schutzzollsystem der industriellen Exportstaaten in letzter Linie zu einem Förderungsmittel ausländischer Industrie. Da waren die englischen Industriellen der Freihandelsperiode doch schlauer; sie wußten, das beste Mittel den Schutzzoll des Auslandes zu ermäßigen, bestehe darin, selbst mit dem Freihandel voran zu gehen. Aber so weit denkt der industrielle Bourgeois von heute nicht mehr. Er sieht nur die momentane Preissteigerung, die ihm der Schutzzoll bringt und übersieht vollständig, daß er auf das ängstlichste Alles zu meiden hätte, was die schutzzöllnerische Agitation des Auslandes anfachen könnte.

Aber freilich, er hat auch durch die Schutzzölle des Auslandes weniger zu verlieren, als der Arbeiter. Wird ihm dadurch der Export seiner Waaren zu sehr erschwert, dann gründet er ein Unternehmen gleicher Art im geschützten Ausland selbst. So hat das Schutzzollsystem in seinen Rückwirkungen den in alten kapitalistischen Ländern bestehenden Antrieb nach Auswanderung der Kapitalien ins Ausland erheblich gesteigert und auch dadurch Produktivkräfte, die sonst dem Inland zugeflossen wären, dem Ausland zugeführt, dessen Industrie auf Kosten der Industrie des eigenen Landes unterstützt.

d. Die Hemmung der industriellen Entwickelung durch den Schutzzoll.

Entwickelung der Industrie des Auslandes auf Kosten derjenigen des Inlandes, das ist die Signatur des neuen Schutzzolls im Gegensatz zu dem der Merkantilperiode. Aber immerhin wird der Kapitalienexport vorübergehend durch Begünstigung des Exports von Produktionsmitteln wenigstens für Theile der eigenen Industrie eine vorübergehende Blüthe schaffen, die dann rückwirkend eine Periode allgemeiner Prosperität erzeugen kann, welche freilich

nie von langer Dauer sein wird. Das war z. B. während der letzten Jahre in Deutschland der Fall.

Aber der Schutzzoll kann daneben Wirkungen entfalten, die im Stande sind, selbst diese vorübergehende Blüthe im Keime zu ersticken. Das geschieht dort, wo er die Preise der Produktionsmittel im Inlande so hoch treibt, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit und die Ausdehnungsfähigkeit der gesammten Industrie aufs Aeußerste herabgedrückt und für alle Industrien, mit Ausnahme einiger kartellirten Erzeuger von Rohprodukten ein Nothstand geschaffen wird.

Ein krasses Beispiel einer derartigen Erdrosselung der Industrie durch Kartelle, die den Zollschutz rücksichtslos ausbeuten, bietet uns Oesterreich.

Bei einer Enquête, die der österreich-ungarische Exportverein im April 1898 veranstaltete, stimmten die Industriellen in ihren Klagen über die Kartelle und die übertriebenen Preise, welche diese unter dem Schutze des Zolles erzielen konnten, überein. Natürlich entrüstete sich jeder nur über die Kartelle und den Schutz der Anderen.

Professor Philippovich, der bei dieser Enquête von einem höheren Standpunkte aus sprach, höhnte die Industriellen sanft ob dieser Inkonsequenz, ihre Klagen aber fand er völlig berechtigt. An einigen Beispielen zeigte er, wie namentlich das Eisenkartell die österreichische Industrie schädigt:

„Für Stabeisen ist der Werkpreis in Deutschland $10^1/_2$ Mark — das war vor 3 Jahren — bei uns $10^1/_2$ fl. (17 Mark), Traversen kosten dort 95—100 Mk. die Tonne, bei uns $107^1/_2$ fl., Schlittschuhstahl wurde von der Alpinen Montan-Gesellschaft mit äußerst 19 fl. offerirt, dann in Remscheid mit 12,75 Mk. angekauft, was bei 3 fl. Fracht nach Wien und 3 fl. Zoll einen Preis von 13 fl. 65 Kr. ausmacht . . . Sensenstahl kostet in Deutschland 15 Mk., hier 14 fl.; das bedeutet bei den kleinen russischen Sensen für die deutschen Fabriken per Stück 7 Kr., für die österreichischen 12 Kr., bei den schweren deutschen oder amerikanischen Sensen in Deutschland $19^1/_2$, in Oesterreich 33 Kr. Diese Vertheuerung des Rohmaterials ist einem österreichischen Eisenkartell möglich, weil es den doppelten Schutz der Fracht und des Zolls genießt, der zusammen oft 80 bis 100 pCt. des deutschen Werkspreises ausmacht . . . . Es kann gar kein Zweifel sein, es giebt eine Reihe von Kartellen, welche das durch die Kartelle geschaffene Monopol bis aufs Aeußerste ausnutzen und sich dadurch Vortheile zu sichern wissen, die bei Massenartikeln eine Schmälerung der Konsumtion und dadurch schließlich auch der Produktion herbeiführen müssen. Betrachten wir unsere

Konsumtion an Eisen. Sie betrug nach den letzten, mir erhältlichen Daten von 1890 25 Ko. per Kopf der Bevölkerung gegen 99 Ko in Deutschland. Nehmen wir eine Vertheuerung des verarbeiteten Eisens in Folge des Kartells um 2 fl. per Meter-Zentner an, so bedeutet dies eine jährliche Mehrausgabe für die Gesammtheit der Bevölkerung von zwölf ein halb Millionen Gulden . . . Daß unser Konsum unter solchen Verhältnissen nicht rasch wächst, ist erklärlich. 1880—1884 konsumirten wir 20 Ko. (Eisen) per Kopf der Bevölkerung. Deutschland war uns damals um das Dreieinhalbfache voraus, 1890 schon um das Vierfache."

Die hohen Eisenpreise in Oesterreich sind nicht eine Folge hoher Produktionskosten, sondern blos des Schutzzolls und des Eisenkartells. Es giebt in Oesterreich Eisenwerke, z. B. die Witkowitzer, die fast ebenso billig das Eisen herstellen können, wie die Ilseder Hütte, die in Deutschland das billigste Roheisen erzeugt. Aber dank dem Schutz der nationalen Arbeit, der in Oesterreich noch besser entwickelt ist als in Deutschland, können die österreichischen Eisenfabrikanten ihre Konsumenten, d. h. die anderen Produzenten, besser schröpfen. Wie ein Maschinenfabrikant in der Wiener „Zeit" mittheilt, werden in Oesterreich Schienen mit 9 fl. 40 Kr. verkauft, „gegenüber den Gestehungskosten 70 pCt. Gewinn; Träger kosten 11 fl. und bringen den Werken einen Gewinn von 100 pCt.! Stabeisen wird mit 11 fl. 25 Kr. verkauft und wirft bei 6 fl. Gestehungskosten einen Gewinn von 89 pCt. ab."

Kein Wunder, daß die österreichische Maschinenindustrie zur Stagnation verurtheilt ist, obwohl sie in jeder anderen Beziehung, nur nicht in Bezug auf den Preis, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Dank dem Eisenzoll wird sie im eigenen Lande von der auswärtigen Konkurrenz bedrängt, weil diese billiger liefern kann als sie selbst. „So wurden in den ersten 9 Monaten des Jahres 1898 nach Oesterreich für 16 Millionen Gulden Maschinen eingeführt, während unsere inländische Maschinenindustrie über Mangel an Arbeit klagt".

So der Schmerzensschrei eines „geschützten" Industriellen, der nur wiederholt, was allgemein geklagt wird.

Wie selbst in einem Staat, dessen Industrie noch sehr rückständig ist, so daß sie ohne Zollschutz sich nicht behaupten könnte, eine Uebertreibung des Schutzes die ökonomische Entwickelung hindern kann, zeigt uns Rußland. Dank seinen hohen Eisenzöllen sind „in den 12 Jahren 1884—1895 von der Regierung für 1.8 Millionen Schienen ca. 200 Millionen Mk. mehr bezahlt worden, als man hätte anlegen müssen, wenn man die Schienen

im Auslande gekauft hätte. Es wurde darauf hingewiesen, daß man für diese Summen hätte ca. 2000 Kilometer Eisenbahnen bauen können". (E. Ballod über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den „Beiträgen zur neuesten Handelspolitik Deutschlands").

Das schutzzöllnerische England im vorigen Jahrhundert ließ Roheisen zollfrei ein, um seine Industrie zu entwickeln. Heute ist eine der Hauptsorgen der schutzzöllnerischer Regierungen die künstliche Vertheuerung des Eisens. Die Eisenproduzenten sind eben mächtige Herren geworden, die Regierungen sind ihre Kommis und der Zollschutz dient nicht mehr der Hebung der Industrie, sondern der Hebung des Profits einiger mächtiger Kapitalisten-cliquen.

Allenthalben sind es gerade die stärksten, kapitalkräftigsten, am höchsten entwickelten Industrien, die am meisten nach dem Zollschutz schreien und am meisten durch ihn gewinnen. Nicht die kleinen Solinger Fabrikanten und Hausarbeiter, nicht die kleinen sächsischen Weber sind heute bei uns die Vorkämpfer des Schutzzolls, sondern die mächtigen Eisenmagnaten und Spinnerei-könige.

Ein- und Ausfuhr in industriellen Ländern hohen Schutz-zolls bleiben fast stabil. So betrug der Außenhandel in Millionen Mark:

In		1882	1892	1898	1900
Frankreich	Ausfuhr . .	2 895,2	2 803,2	2 843,8	3 362,4
	Einfuhr . .	3 905,7	3 392,3	3 622,7	3 526,8
	Zusammen	6 800,9	6 195,5	6 466,5	6 889,2
Oesterreich	Ausfuhr . .	1 329,2	1 228,6	1 373,0	1 529,5
	Einfuhr . .	1 112,1	1 058,4	1 393,7	1 346,8
	Zusammen	2 441,3	2 287,0	2 766,7	2 876,3
Dagegen in Deutschland		1882	1892	1898	1900
	Ausfuhr . . .	3 224,1	2 954,1	3 756,6	4 555,3
	Einfuhr	3 099,0	4 018,5	5 080,6	5 833,3
	Zusammen	6 343,1	6 972,6	8 837,2	10 388,6

Welch glänzender Aufschwung in Deutschland mit seinem bisher verhältnißmäßig gemäßigten Schutzzoll, und welche

Stagnation in den so gut geschützten Ländern Oesterreich und Frankreich!

Ein Vergleich der Zölle, z. B. der Eisenzölle dieser drei Länder ist nicht leicht, da die Rubriken des Zolltarifs in jedem anders; immerhin zeigen folgende Zahlen genügend die Unterschiede ihrer Zollpolitik. Es zahlten für 100 Kilogramm Zoll in Mark:

	Deutschland		Frankreich		Oesterreich	
	Generaltarif	Vertragstarif	Maximaltarif	Minimaltarif	Generaltarif	Vertragstarif
Roheisen	1,—	—	1,60	1,20	1,35	1,10
Stabeisen, Eck- und Winkeleisen	2,50	—	4,80	4,—	4,70	4,40
Stärkeres Weißblech*) .	5,—	—	11,20	9,60	13,60	—
Schwächeres Weißblech	5,—	—	12,—	10,40	17,—	15,30

Indessen ist auch der deutsche Eisenzoll noch zu hoch für die Bedürfnisse der deutschen Industrie, die erst vor einem Jahre die übertriebenen Eisenpreise als eine arge Last empfand.

Belgien kommt mit nominellen Eisenzöllen aus. — Roheisen 16 Pf. pro 100 Kilo, roher Gußstahl 24 Pf., Schmiedeeisen 80 Pf., Weißblech frei.

Allerdings sind dafür auch Arbeiter und Industrie Belgiens mit keinem Weizen-, Roggen-, Vieh- und Fleischzoll belastet.

Wie auch die deutschen Industriezölle durch Förderung der Kartellirung die Entwickelung der Industrie beengen können, zeigen uns augenblicklich die Bestrebungen der Papier verarbeitenden Industrien, die Herrschaft des Papierrings zu brechen durch Aufhebung des Papierzolls.

Aber die Vereinigten Staaten? wird man uns entgegenhalten. Diese sind ein Unikum, ihre Verhältnisse mit den unseren nicht zu vergleichen. Ein hochentwickeltes Industrieland, das die wichtigsten Rohstoffe der gemäßigten wie der warmen Zone selbst in Fülle erzeugt, das einen Ueberschuß der billigsten Lebensmittel aufweist und vorwiegend Lebensmittel und Rohstoffe ausführt, das noch über ungeheure Flächen unbebauten Landes, über eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen verfügt, die eine der intelligentesten, gebildetsten, rastlosesten und arbeitsfähigsten des Erdkreises, eine Bevölkerung, die frei ist von den Lasten des

*) In Frankreich in der Stärke von 0,6 Millimeter und darüber, in Oesterreich in der Stärke von 0,4 und mehr Millimeter.

Militarismus, der Bureaukratie, des Junkerthums — wahrlich ein solches Land kann sich ungestraft manchen handelspolitischen Fehltritt erlauben und es kann lange von seinen durch hohe Zölle geschützten Trusts geschröpft werden, ohne sich geschwächt zu fühlen.

Indessen selbst in diesem von den Verhältnissen so überaus bevorzugten Lande giebt es einen Industriezweig, der durch den Schutzzoll ruinirt worden ist: das ist die Rhederei. Bis 1860 war die Größe der amerikanischen Handelsflotte in stetem Wachsthum begriffen. Von da an, vom Beginn des Hochschutzzolls, geht sie ebenso ständig zurück. Der Tonnengehalt der im auswärtigen Handel verwendeten Seeschiffe (Segel- und Dampfschiffe) der Vereinigten Staaten betrug

1840	763 000	Tonnen
1850	1 440 000	„
1860	2 397 000	„
1870	1 449 000	„
1880	1 314 000	„
1888	919 000	„

Der Tonnengehalt der gesammten Handelsflotte der Vereinigten Staaten wurde vom Bureau Veritas 1882 auf 2 500 164, 1898 auf 1 832 440 angegeben.

Von dem Außenhandel der Vereinigten Staaten zur See wurden auf amerikanischen Schiffen besorgt

1860	66,5	pCt.
1870	35,6	„
1880	17,4	„
1890	12,9	„
1899	8,9	„

Dem Werth nach wurden auf amerikanischen Schiffen verfrachtet

1860	Waaren für	507	Millionen	Dollars
1870	„ „	353	„	„
1880	„ „	258	„	„
1890	„ „	202	„	„
1899	„ „	101	„	„

Der weitaus größte Theil der Kosten für den Versandt amerikanischer Waaren ins Ausland muß also von den Amerikanern ans Ausland gezahlt werden, namentlich an England und Deutschland. Wenn die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten so „günstig" ist, so ist dies zum Theil diesem Rückgang der Rhederei zuzuschreiben. Auf der anderen Seite sind es nicht zum wenigsten die mächtigen Rhederinteressen, die England am Freihandel festhalten lassen. Auch für Deutschland spielen die

Einnahmen aus der Rhederei und dem Durchfuhrhandel eine große Rolle und fallen sehr ins Gewicht zu Gunsten der möglichsten Erleichterung des Handels.

Hat in den Vereinigten Staaten bisher unter dem Schutzsystem fast nur die Rhederei gelitten, so scheint es bei seinem Fortbestehen auch anderen Erwerbszweigen gefährlich zu werden. Zur Zeit, wo wir dies schreiben, sind Bestrebungen im Gange, die gesammte Eisen- und Stahlfabrikation des Landes in einem gewaltigen Trust zu vereinigen, der auch über Bergwerke und Eisenbahnen verfügen und das enorme Kapital von einer Milliarde Dollars, also dem Betrag der französischen Kriegsentschädigung von 1871, umfassen würde. Vor der verderblichen Preistreiberei dieses privaten Riesenmonopols wird den Amerikanern selbst angst und bange. Schon bisher haben die Eisenkartelle der amerikanischen Industrie eins ihrer wichtigsten Rohmaterialien sehr vertheuert. Im Dezember 1898 und Mai 1899 schlossen sich die meisten der amerikanischen Roheisen-, Stahl- und Schienenproduzenten zusammen. Das Resultat zeigen folgende Ziffern, entnomen einer Abhandlung von J. Jenks im amerikanischen Bulletin of the department of Labor, Juli 1900. Es kosteten:

	Roheisen, Pittsburg, 2240 Pfund	Schienen, Pennsylvanien, 2240 Pfund
Dezember 1898:	10,64 Dollars	17,50 Dollars
Mai 1899:	16,32 „	25,20 „
Dezember 1899:	25,00 „	35,00 „

Ein hervorragendes Mitglied der republikanischen Partei, welche den Interessen der industriellen Kapitalisten am ergebensten ist, hat nun einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Aufhebung des Zolls auf alle unfertigen Eisen- und Stahlerzeugnisse ausspricht. Durch Aufhebung des Schutzzolls hofft man die Industrie vor der erstickenden Umklammerung des Eisentrusts zu schützen.

Die Eisenindustrie ist, wie wir schon bemerkt, die führende Industrie in den alten Industrieländern geworden, der Eisenzoll bildet das Rückgrat des industriellen Schutzzollsystems. Nun wird gerade er für die Mehrheit der Industriezweige eine schwere Belastung, ein Mittel, die industrielle Entwickelung einzuengen, statt zu fördern.

Aber durch die Förderung des Kartellwesens kommen die Schutzzölle schließlich dahin, die Entwickelung auch jener Industriezweige einzuengen, die von ihnen begünstigt werden, vor Allem der Eisenindustrie selbst. Denn wo es nicht anders geht, da suchen die Kartelle dadurch die Preise hochzuhalten, daß sie die Produktion einschränken, ja sogar schon bestehende Produktionsstätten außer Betrieb setzen.

Der schon erwähnte Professor Jenks berichtet in dem zitirten Artikel, daß von 33 Trusts, die darüber Auskunft geben, blos 16 erklärten, daß sie keine Betriebsstätten geschlossen hätten. 17, also die Mehrheit, schlossen einen Theil der Betriebsstätten, die sie übernahmen. Dieselben umfaßten 1 — 25 pCt. der Produktivkräfte, über welche die Trusts verfügten.

Der neue große Eisen- und Stahltrust in Amerika ist noch nicht recht organisirt, aber einzelne seiner Mitglieder haben schon begonnen, ihnen gehörige Bergwerke zu schließen und die Arbeiter zu entlassen.

Das sind Erscheinungen, die wohl im Interesse der Monopolisten, aber keineswegs in dem der Arbeiter und der gesammten Nation liegen. Gerade diese Seite der Kartellthätigkeit wird aber durch die Schutzzölle besonders begünstigt, die den inneren Markt für sie abschließen.

Angesichts alles dessen ist es kein Wunder, daß sich in Amerika die Stimmen mehren, die eine Milderung der jetzigen Schutzzollpolitik im Interesse der amerikanischen Industrie selbst für nothwendig erklären. Der Amerikaner Fisk, früher Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Berlin, jetzt Professor des Tome Institute, erklärt in seiner Arbeit über die Handelspolitik der Vereinigten Staaten (Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands, herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik): „Sicher kann man erwarten, daß die gegenwärtigen Schutzzölle eine Herabsetzung erfahren werden. Dies wird nicht deshalb geschehen, um den Forderungen irgend einer akademischen Theorie oder eines fremden Landes zu genügen, sondern um sich den veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen der Vereinigten Staaten anzupassen und den daraus zu erwartenden Nutzen zu ziehen. Die Anzeichen einer solchen Entwickelungstendenz lassen sich in allen Schichten der Bevölkerung, vom Präsidenten abwärts, erkennen. Sie wird sich nicht ohne vorhergehenden Kampf durchsetzen können, weil die Forderungen derjenigen Klassen, die ein Interesse an der Schutzzollpolitik haben, in demselben Verhältniß zunehmen werden, wie ihre Zahl abnehmen wird."

Allerdings darf man über das Resultat nicht allzu sanguinische Erwartungen hegen. Wohl erfordern es die Interessen der industriellen Gesammtentwickelung des Landes, daß es dem Freihandel entgegengeführt wird, aber die Interessen der großen Monopolisten gehen in anderer Richtung; diese beherrschen aber die Regierung, den Kongreß, die Presse, und eine starke Sozialdemokratie, die ihnen entgegentreten könnte, giebt es in Amerika noch nicht.

Immerhin ist es bemerkenswerth, wie das Bedürfniß nach Aufhebung bezw. Milderung des Zollschutzes auch in dem so wenig

von „akademischen Theorien“ beeinflußten und nüchternen Lande des Dollars zusehends erstarkt. Bemerkenswerth ist es aber auch, daß das Fehlen einer starken selbständigen Arbeiterbewegung dazu beiträgt, dem Schutzzoll das Leben zu verlängern.

e. Handelspolitik und Klassenkampf.

Es giebt Leute, die in entwickelten Industriestaaten den Schutzzoll fordern im Interesse der Arbeiterklasse, die sie gleichsetzen mit der Klasse der „Produzenten“. Sie halten uns die Behauptung entgegen: das Interesse der Konsumenten möge den Freihandel fordern, das der Produzenten fordere den Schutzzoll, und dieses Interesse sei wichtiger als das der Ersteren. Wir wollen die Frage unentschieden lassen, ob die Produktion dem Konsum dient, oder der Konsum der Produktion, ob wir arbeiten um zu leben oder leben um zu arbeiten. Jedenfalls ist es eine eigene Sorte von „Produzenten“, deren Interessen in einem entwickelten Industriestaate den Schutzzoll fordern. Es ist das Interesse des Extraprofits bevorzugter Kapitalistenschichten, das des Schutzzolls bedarf. Wer nicht Realpolitiker genug ist, dieses Interesse dem nationalen Interesse gleichzusetzen, wer das letztere vor Allem in der Entwickelung der Produktivkräfte und der Arbeiterschaft des eigenen Landes sieht, der wird finden, daß das neue Schutzsystem in Ländern hochentwickelter Industrie ein Mittel ist, die Produktivkräfte des Auslandes zu entwickeln und die der eigenen Nation zu verkümmern. Das liegt im Interesse einzelner Gruppen „nationaler“ Kapitalisten, die auf diese Weise neben ihren eigenen Arbeitern im Inland auch noch andere Kapitalistengruppen, und wenn sie Kapitalien exportiren, auch noch Arbeiter des Auslands sich zinspflichtig machen, es liegt aber sicher nicht im Interesse der Arbeiterklasse des betreffenden Landes selbst. Die Arbeiter sehen auch ihre nationalen Pflichten nicht darin, ihren eigenen Ausbeutern im Kampf gegen andere Kapitalistenschichten und die Nation selbst beizustehen, noch sehen sie ihre internationalen Pflichten darin, ihre eigenen Beschäftigungsmöglichkeiten zu verkümmern und sich selbst zu belasten, damit ihre Ausbeuter auch das Ausland ausbeuten und die Arbeiter des Auslandes zu Konkurrenten der Arbeiter der eigenen Nation heranziehen können.

Versteht man unter den Produzenten nicht die Kapitalisten sondern die Arbeiter, dann muß eine weitersehende Politik gerade im Interesse der Produzenten dem neueren Schutzzollsystem entgegentreten.

Man hat geglaubt, wenigstens dem Ausland gegenüber hätten Kapital und Arbeit gleiche Interessen, und das System des Schutzes der nationalen Arbeit sei berufen, die so lang ersehnte Harmonie der Interessen zwischen ihnen herbeizuführen. Statt dessen zeigt sich's, daß auch in der Handelspolitik die Interessen der Arbeiter und die der Kapitalisten immer mehr auseinandergehen; es zeigt sich aber auch, daß dabei immer mehr die Arbeiterinteressen mit denen der ökonomischen Entwickelung der gesammten Nation zusammenfallen, indessen die der Kapitalisten immer mehr zu Sonderinteressen einzelner Cliquen werden, die die weitere Entwickelung der Gesammtheit schädigen.

Auch hier liegt ein wichtiger Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Schutzzollsystem vor.

So lange die kapitalistische Produktionsweise nicht voll entwickelt war und das industrielle Kapital seinen Ausbeutungscharakter noch nicht deutlich zeigte, waren alle Klassen darin einig, die Politik des Merkantilsystems zu unterstützen, selbst jene Klassen, die darunter litten, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger. In der Regel waren es absolute Fürsten, die das Merkantilsystem in Anwendung brachten; als aber die große englische Revolution in der Mitte des 17. Jahrhunderts an Stelle des königlichen ein republikanisches Regiment setzte, in dem Kleinbürger, Bauern, Arbeiter herrschten, da erwies sich dasselbe als noch energischer und rücksichtsloser in der Anwendung der Grundsätze des Schutzsystems, die der künstlichen Züchtung der Kapitalisten dienten, als irgend eine königliche, der großen Finanz dienstbare Regierung.

So galt auch noch in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts in Deutschland der Zollschutz als etwas Selbstverständliches, woran keine Klasse zu rütteln dachte.

Das ändert sich aber, wenn die Industrie weit genug ist, des Zollschutzes entbehren zu können, wenn dieser aufhört, eine Nothwendigkeit für die Entwickelung der Produktivkräfte der Nation zu sein und immer mehr ein Mittel wird, den Profit einzelner Ausbeuterschichten künstlich zu steigern auf Kosten der Gesammtheit oder anderer Ausbeuterschichten.

Die Handelspolitik wird jetzt ein Objekt interner Klassenkämpfe, die mitunter die Leidenschaft aufs Höchste entflammen. In den vierziger Jahren war der Kampf um die Handelspolitik, eine der Ursachen, die England an den Rand des Bürgerkrieges brachten; zwei Jahrzehnte später zählte dieser Kampf zu den Ursachen, die in Amerika den Bürgerkrieg thatsächlich entflammten, und wieder zwei Jahrzehnte später war er eine der Ursachen, die Bismarck trieben, die deutsche Arbeiterklasse zu ächten und außerhalb des Gesetzes zu stellen. Sie war der Hauptgegner den es nieder-

zuschlagen galt, ehe das große Unternehmen gegen die Taschen des Volkes unternommen werden konnte.

Gegen die Arbeiter richtete sich vor Allem die damalige Vereinigung von Scharfmachern und Brodwucherern, gegen sie richtet sie sich heute. Der Kampf gegen den Zoll ist seitdem ein Theil des Klassenkampfes des Proletariats geworden.

Das tritt am sinnenfälligsten zu Tage beim Kampf um den Getreidezoll.

---

7. Die Agrarzölle.

a. Käufer und Verkäufer von Lebensmitteln auf dem flachen Lande.

Das a und o der neueren Schutzzollpolitik sind, wie wir schon bemerkt, die Agrarzölle, die Zölle zur Erhöhung der Preise der landwirthschaftlichen Produkte, also in erster Linie die Getreidezölle, dann aber auch Viehzölle, Butterzölle, Holzzölle u. dgl. Um sie dreht sich auch jetzt hauptsächlich der Kampf.

Da entsteht vor Allem die Frage: Wem soll damit geholfen werden? Offenbar der landwirthschaftlichen Bevölkerung.

1895 betrug diese, soweit sie Landwirthschaft als Hauptberuf übt, 17 815 187 Personen. Davon waren selbständige Landwirthe mit ihren Familienangehörigen 11 300 108. Die anderen 6 500 000 waren Lohnarbeiter, von denen nur wenige Lebensmittel verkaufen, die meisten Lebensmittel kaufen oder weder kaufen noch verkaufen, sondern als Naturallohn erhalten. Aber auch von den Familienangehörigen der Selbständigen sind zwei Millionen als Knechte oder Mägde und nicht als Mitbesitzer in der Wirthschaft des Vaters oder Bruders beschäftigt, haben also an den Vortheilen höherer Lebensmittelpreise keinen Antheil.

Und von den selbständigen Landwirthen selbst — ohne Angehörige 2 500 000 — verkaufen nicht alle mehr Lebensmittel als sie kaufen. Von ihnen produziren viele Lebensmittel vorwiegend für den eigenen Bedarf; verkaufen Einiges, etwa Geflügel, Eier, Milch, müssen aber Anderes wieder zukaufen, z. B. Brod, Fleisch, Butter (oder Margarine). Das nöthige Baargeld für Steuern, Ankauf von Industrieprodukten u. dgl. wird durch Lohnarbeit oder andern Erwerb gewonnen. Noch viel mehr gilt das von den 3 577 798 Erwerbsthätigen, die 1895 die Landwirthschaft nur nebenher betrieben. Sieht man also die Berufsstatistik an, so findet man schon, daß der größere Theil der landwirthschaft-

lichen Bevölkerung kein Interesse an hohen Lebensmittelpreisen hat. Zu demselben Ergebniß führt uns die Betriebsstatistik.

Im Ganzen zählte man 1895 5 558 317 landwirthschaftliche Betriebe, von denen aber 3 236 367 unter 2 Hektar groß waren. Diese gehören mit wenigen Ausnahmen zu jener Kategorie, die erheblich mehr Lebensmittel kauft als verkauft, die also unter einer Preissteigerung derselben ebenso direkt leidet, wie die Mehrzahl der acht Millionen der landwirthschaftlichen Arbeiterbevölkerung.

An Betrieben von 2—5 Hektar zählte man 1895 1 016 238. Von diesen wird man im Durchschnitt sagen können, daß sie an einer Erhöhung der Lebensmittelpreise kein Interesse haben, wenn sie auch darunter nicht leiden. Was sie auf der einen Seite dabei gewinnen, verlieren sie auf der anderen. Dasselbe wird man von solchen Landarbeitern sagen können, die nicht direkt durch höhere Lebensmittelpreise geschädigt werden. Jene Sorte Landarbeiter ist so gut wie ausgestorben, die von höheren Getreidepreisen profitiren, weil sie einen so großen Theil des Lohnes in Getreide bezahlt bekommen, daß sie eine erhebliche Menge davon verkaufen können.

Die Zahl der landwirthschaftlichen Betriebe, die einen Vortheil aus der Preissteigerung der agrarischen Produkte ziehen könnten, nämlich die der Betriebe von mehr als 5 Hektar, beträgt 1 305 032. Ihre Inhaber sammt ihren Angehörigen repräsentiren etwa 5—6 Millionen Personen.

Das ist höchstens ein Drittel jener Bevölkerung, die Landwirthschaft im Hauptberuf betreibt, und ist nur ein Zehntel der Gesammtbevölkerung Deutschlands. Es müßten schon erhebliche Interessen auf dem Spiele stehen und bedeutende Vortheile dadurch erreicht werden können, wenn die übrigen neun Zehntel um dieses einen Zehntels willen sich große Opfer auferlegen sollten, namentlich wenn man erwägt, daß die größere Hälfte dieser neun Zehntel zu den Besitzlosen und Armen zählt, indeß in dem einem Zehntel sehr wohlhabende und steinreiche Leute zu finden sind.

b. Die Nothlage der Landwirthschaft.

Dieses große, nationale Interesse soll das der Landwirthschaft sein. Allerdings, es sind nur 1 300 000 Betriebe an den Agrarzöllen interessirt; aber diese Minderheit der landwirthschaftlichen Betriebe umfaßt beinahe die gesammte deutsche Landwirthschaft; die ihr gegenüberstehende Mehrheit besteht aus Zwergwirthschaften, die

für die Lebensmittelversorgung des Volks nicht in Betracht kommen. Die 3 236 000 Betriebe unter 2 Hektar bebauen zusammen blos 2 416 000 Hektar, die Million Betriebe von 2—5 Hektar bewirthschaftet 4 142 000 Hektar, die 1 300 000 größeren Betriebe dagegen umfassen 36 727 000 Hektar.

Diese sind es, erklären die Agrarier, die dem deutschen Volk sein Brod und sein Fleisch liefern; wenn sie verfallen, hängt die Ernährung des Volkes vom Auslande ab, jeder Krieg, ja schon jeder Zollkrieg kann sie bedenklich stören. Wie immer sich das wirthschaftliche Verhältniß eines Volkes zu seinen Nachbarvölkern gestalten mag, wie sehr es auch von dem Wachsen der Exportindustrie abhängen mag, seine Landwirthschaft muß in blühendem Zustande erhalten bleiben, sonst hängt das Gedeihen des Volkes in der Luft und kann durch jeden kräftigen Windstoß von Außen umgeblasen werden.

Es liegt viel Wahres in diesen Bemerkungen. Namentlich die Sozialdemokratie, die Erbin der heutigen Gesellschaft, hat alle Ursache, wo sie kann, einem Verfall der Landwirthschaft entgegenzuwirken; denn die Ernährung des Volkes durch von außen gekaufte statt durch selbst produzirte Lebensmittel, die Arbeitstheilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat, ist ein Zustand, der nicht andauern kann und nicht dauern wird.

Auf der anderen Seite fällt es uns auch nicht ein, die Nothlage der Landwirthschaft zu leugnen.

Erscheint sie uns auch nicht so groß, wie sie die „schreienden" Landwirthe malen, so auch nicht so rosig, wie sie der liberale Optimismus schildert, der den Maßstab für die Rentabilität der Landwirthschaft in der Zahl der Champagnerflaschen sieht, die einzelne Großgrundbesitzer bei Dressel leeren. Das ist eine ebenso sinnreiche wie bequeme Methode, die landwirthschaftlichen Zustände zu studiren. Leider haben nicht blos zahlungsfähige Leute allein die Gewohnheit, Champagner zu trinken. Sie findet sich sogar bei Bankerotteuren.

Die Frage, ob es eine Nothlage der europäischen Landwirthschaft giebt, ist nicht so einfach zu beantworten. Indessen brauchen wir das schwierige Thema hier nicht weiter zu verfolgen. Denn wir handeln hier nur von den Agrarzöllen und haben nur die Frage zu beantworten, ob sie im Stande sind, der landwirthschaftlichen Nothlage abzuhelfen — mag sie nun groß oder klein sein.

Bestehen über das Ausmaß dieser Nothlage verschiedene Meinungen, so liegt doch ihre Ursache klar zu Tage: sie ist darin zu suchen, daß Länder mit geringeren Produktionskosten des Getreides, bezw. der Agrarprodukte überhaupt, in Konkurrenz treten

mit den alten Industrieländern, in denen die landwirthschaftlichen Produktionskosten hoch stehen. Warum sind aber diese Kosten in neuen Ländern geringer als in alten? Einmal weil ihr Boden noch nicht ausgesogen ist, also reiche Ernten ohne großen Arbeits- und Kapitalaufwand liefert. Aber diesem natürlichen Vortheil steht der natürliche Nachtheil gegenüber, daß der Markt für die überschüssigen Produkte der neuen Länder die alten Länder sind; diese Produkte haben einen viel weiteren Weg zum Markt zurückzulegen als die Agrarprodukte der alten Länder, die in der Nähe des Marktes gewonnen werden.

Zu den natürlichen Vortheilen der Landwirthschaft in den neuen Ländern gesellen sich aber auch soziale. Diese Länder sind an den europäischen Händeln nicht betheiligt, daher bis jetzt frei vom Militarismus und seinen Lasten gewesen. Sie verfügen aber auch noch über ungeheure Strecken Landes, die nichts oder so gut wie nichts kosten. In den alten Ländern dagegen ist der Grund und Boden das Monopol einer Grundbesitzerklasse geworden, die von dem Landwirth einen Tribut für die Erlaubniß, den Grund und Boden zu bestellen, verlangt. Daran, an der Grundrente, die aus dem Privateigenthum am Grund und Boden hervorgeht, krankt vor Allem die europäische Landwirthschaft.

Wir können hier auf die Theorie der Grundrente nicht eingehen, wir können nur die Erscheinungen der Oberfläche berühren. Die Grundrente tritt klar zu Tage im Pachtsystem: Der Pachtschilling ist eine Last für den Landwirth; das Wachsthum dieser Abgabe kommt nur einer Klasse von Grundbesitzern zu Gute, die ganz unnütze Drohnen sind, für die Landwirthschaft garnichts bedeuten und deren Verschwinden die Gesellschaft unendlich erleichtern würde.

Nicht so klar liegt die Sache dort, wo der Landwirth und der Grundbesitzer eine Person sind. Aber dieselbe Rolle, die beim Pachtsystem der Grundbesitzer, spielt hier der Hypothekengläubiger. Der nominelle Grundbesitzer wird immer mehr nur ein Pächter, der von des Gläubigers Gnaden seinen Boden bebaut und die Grundrente in Form von Hypothekenzinsen dem Hypothekenbesitzer abliefert.

Je höher die Preise der landwirthschaftlichen Produkte, je größer, unter sonst gleichen Umständen, die Einnahmen des Landwirths, desto größer die Pachtsummen, die er als Pächter zahlen muß; desto höher der Werth des Grundbesitzes, desto größer die Summe, die der Landwirth als Erbe oder Käufer seines Betriebs für ihn bezahlen oder, wenn er nicht das nöthige Baargeld hat, dem Hypothekengläubiger verzinsen muß.

Wenn die Preise der Agrarprodukte stetig steigen, wie das bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein der Fall war, dann gewinnen beide dabei, der Pächter und der Grundbesitzer, der Bauer und sein Gläubiger. Der erstere vorübergehend, der zweite dauernd, keiner aber verliert etwas. Die Zeche hat die Masse der Konsumenten zu bezahlen.

Die Sache ändert sich, wenn plötzlich Agrarprodukte, die billiger produzirt werden, auf den Markt kommen. Der Landwirth im alten Lande hat nun alle Ursache, auf eine Verminderung der Produktionskosten hinzuwirken, also vor Allem auf eine Herabsetzung der Pachtzinsen und der Grundstückpreise, bezw. auf Verminderung der Hypothekenschulden. Der Grundbesitzer hat dagegen alles Interesse, die Grundrente, bezw. die Grundstückpreise hochzuhalten, und dazu dient ihm vor Allem der Zoll auf landwirthschaftliche Produkte. Je mehr dieser aber das ihm vom Grundbesitzer gesetzte Ziel erreicht, die Pachtzinsen oder Grundstückspreise zu erhöhen, beziehungsweise hoch zu halten, um so mehr muß er dadurch die Landwirthschaft belasten, der so eine künstliche Erhöhung der Produktionskosten gerade in dem Moment zu Theil wird, wo sie der Erniedrigung derselben am Dringendsten bedarf.

Nur sehr vorübergehend können die Agrarzölle der Landwirthschaft helfen. Wo es ihnen gelingt, die Preise der agrarischen Produkte dauernd hochzuhalten, dort führt das zu einer Erhöhung der Pachtzinsen und der Güterpreise, dem entsprechend auch der hypothekarischen Verschuldung.

Aber die Agrarzölle bieten nicht einmal die Gewähr, daß die Preise der agrarischen Produkte dauernd hoch bleiben. Das Schwanken dieser Preise hängt vom Weltmarkt ab. Wird ein Zoll eingeführt, so dürften die Preise im Inland wohl ungefähr um den Betrag des Zolles in die Höhe gehen; dem entsprechend werden auch die Güterpreise, also die Produktionskosten steigen. Wenn aber später die Preise auf dem Weltmarkt weiter sinken, dann kann keine Macht der Welt hindern, daß sie auch im geschützten Inland sinken; die Landwirthschaft ist dann noch schlechter dran als früher; sie hat gleichzeitig mit gestiegenen Güterpreisen und gesunkenen Produktenpreisen zu kämpfen. Nun erhöht man den Getreidezoll abermals, und dasselbe Spiel wiederholt sich, aber unter viel schwierigeren Umständen. Man kann den Lebensmittelzoll nicht ins Unendliche erhöhen; je höher er ist, desto drückender wird er für die Bevölkerung, desto schwieriger aber auch die Lage für die Landwirthschaft, weil desto größer der Unterschied zwischen den Produktionskosten im Inlande und im Auslande.

Die agrarischen Zölle sind daher eine Schraube ohne Ende; ihre Folgen lassen die vorübergehende Erleichterung für die Landwirthschaft immer wieder in eine Erschwerung ihrer Lage und der Lage der Gesammtheit umschlagen; sie treiben immer weiter über sich hinaus, bis sie schließlich eine Höhe erlangen, die sie unerträglich macht und zu ihrer Abschaffung oder doch Erniedrigung zwingt.

In Deutschland wird 1879 ein Getreidezoll von 1 Mk. pro 100 Kfo. (für Weizen, Roggen, Hafer) eingeführt. 1885 wird er schon ür Weizen und Roggen verdreifacht, 1887 weiter auf 5 Mk. hinaufgetrieben. Die unerträglichen Zustände, welche diese Sätze hervorriefen, drängten auf ihre Ermäßigung. Sie wurden anfangs der neunziger Jahre auf Mk. 3,50 herabgesetzt, aber nun verlangen die Großgrundbesitzer von Neuem ihre Erhöhung, und haben sie diese erlangt, werden sie getrieben werden, noch darüber hinauszugehen, und die Nothlage der Landwirthschaft wird sich nicht mindern, der Druck der auswärtigen Konkurrenz wird im Gegentheil wachsen.

Wenn wir also gegen die agrarischen Zölle auftreten, thun wir dies nicht, weil wir den Nothstand der Landwirthschaft leugnen, sondern weil wir sie für ein völlig ungeeignetes Mittel halten, ihm entgegen zu wirken. Sie belasten den größten Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung und erschweren gleichzeitig der Landwirthschaft den Konkurrenzkampf mit den ausländischen Produkten, weil sie ihr die Produktionskosten erhöhen.

c. Die wirksame Bekämpfung des landwirthschaftlichen Nothstandes.

Ein Getreidezoll von 5 Mk., ganz abgesehen von den anderee Agrarzöllen, würde allein schon, wie wir noch sehen werden, eine Steuer auf die Bevölkerung des deutschen Reiches im Betrage von rund 500 Millionen Mark darstellen. Daß diese Summn jahraus, jahrein zur Hebung der Landbevölkerung ausgegeben würde, dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies durch den Zoll geschieht; einmal weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die Alle, ob Reich oder Arm, gleich belastet, ja die Aermeren eher noch mehr als die Reichen, weil sie mehr Brod, weniger Fleisch essen, dann aber, weil die so aufgebrachte Summe, wie wir gesehen haben, auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirthschaft zu Gute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterspekulanten und Fideikommißbesitzern, den reichsten und überflüssigsten Theilen der Nation.

Wir hätten aber nichts dagegen, daß die 500 Millionen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht und zum Vortheil der Masse der landwirthschaftlichen Bevölkerung und der Landwirthschaft verwendet werden, etwa zum Bau von Schulen, zur Vermehrung der Lehrer, Ausdehnung des landwirthschaftlichen Bildungswesens, zum Bau von Arbeiterhäusern, die den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen böten, in denen sie frei blieben von jeder Unternehmerwillkür, zum Ausbau eines ausreichenden Netzes von Kleinbahnen, Straßen und Wegen, zur Verbesserung der Armenpflege und des Heilwesens, zur Betreibung einer rationellen Wasserwirthschaft, welche die Gefahren von Hochfluthen beseitigt und billige Wasserkräfte schafft, endlich, wenn die Mittel noch reichen, zur Erwerbung einzelner Güter bankerotter Junker, und zu ihrer Umwandlung in Musterwirthschaften — Musterwirthschaften nicht blos in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung.

Verbindet man damit noch die Beseitigung des Militarismus, der der Landwirthschaft im Jahre so viele Arbeitskräfte entzieht, die Expropriation der Kohlengruben, um dem gesammten Volk, also auch den Landwirthen, billiges Feuerungsmaterial zur Verfügung zu stellen – wozu die Aufhebung des Petroleumzolles und des Eisenzolles zu gesellen wäre —, so würde damit die Verminderung der Produktionskosten der deutschen Landwirthschaft und die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen Markt, ja auf dem Weltmarkt, und gleichzeitig die geistige und physische Hebung der Masse der landwirthschaftlichen Bevölkerung ungemein gefördert werden.

Am radikalsten freilich würde dieses Reformprogramm dann helfen, wenn es mit der Nationalisirung des Grund und Bodens verbunden würde. Doch von so weitschauenden Plänen sehen wir hier ab.

Aber freilich, auch in seiner einfachsten Form wäre das hier entwickelte Programm nicht so im Handumdrehen durchzuführen, wie die mechanische Erhöhung der Preise landwirthschaftlicher Produkte durch den Zoll. Und da dieser für den Moment zu helfen verspricht, so begeistern sich die Landwirthe dafür, unbekümmert um das, was daraus folgen mag. Nach uns die Sintfluth!

d. Die Belastung der Arbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle.

Müssen wir uns schon im Interesse der Hebung der landwirthschaftlichen Produktivkräfte gegen die Getreidezölle wenden, so noch entschiedener im Interesse der Arbeiterklasse.

Die Agrarzölle bedeuten für diese eine höchst drückende Erhöhung der Preise ihrer Lebensmittel.

Das wird von agrarischer Seite bestritten, denn, sagt man, der Zoll wird vom Ausland getragen. Diese Behauptung kann aber nach den Ergebnissen der letzten zwanzig Jahre nicht mehr aufrecht erhalten werden. Es betrugen z. B. die Preise für 1000 Ko. Weizen (nach Conrad):

	1879—83	1884—85	1886—90	1891—95	1899
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
London	200,00	153,41	142,63	119,72	120,77
Berlin	205,00	161,55	174,21	166,13	155,25
Berlin mehr als London: . . .	5,00	8,14	31,58	46,41	34,48

In Berlin steht also der Preis stets ungefähr um den Betrag des Zolles höher als in London. Wohl verstanden. Wenn der Preis auf dem Weltmarkt sinkt, sinkt er auch im Gebiete des Zollschutzes. Aber er steht innerhalb des letzteren stets höher, als auf dem ersteren. Und darauf kommt es an. In Berlin sind die Weizenpreise von 1879/83—99 um 50 Mark gesunken, aber in London um 80 Mark.

Es werden aber nach Scheel in Deutschland pro Kopf durchschnittlich 200 Ko. Brodkorn im Jahr zur menschlichen Nahrung verbraucht (im Durchschnitt der letzten 5 Jahre 193,60 Ko.). Wird auf 100 Ko. ein Zoll von 5 Mk. gelegt, so bedeutet das eine Erhöhung des Preises ungefähr um diesen Betrag über den Weltmarktpreis hinaus, also eine Preiserhöhung von 10 Mk. für den durchschnittlichen Jahreskonsum einer Person, von etwa 50 Mk. für die Familie von 5 Köpfen; eine Steuer auf das deutsche Volk von 500 Millionen Mark! Dazu kommen noch die anderen Lebensmittelzölle; Butter wird heute schon um 16 Pf. pro Ko. vertheuert, Salz um 13 Pf., Fleisch um 15—17, Käse um 15, Schmalz um 10 Pf. u. s. w. Bei einem Fleischverbrauch von 40 Ko. pro Kopf wird die Vertheuerung des Fleisches durch den Zoll allein mindestens 6 Mk. im Jahr, pro Familie 30 Mk., für die Gesammtbevölkerung 300 Millionen Mark ausmachen.

Kurz, der Gesammtbetrag der finanziellen Last, die um der imaginären Rettung der Landwirthschaft willen dem deutschen Volke bereits aufgelegt ist oder noch aufgelegt werden soll, dürfte sich von einer Milliarde Mark im Jahr nicht weit entfernen. 100 Mk. im Jahr sollen auch der ärmsten Arbeiterfamilie erpreßt werden, damit ein Häufchen Drohnen, darunter die Reichsten der Reichen, ihre Profite vermehrt sehen!

Aber, wird man sagen, die Löhne werden um den Betrag des Zolles steigen. Wird der Zoll nicht vom Ausland getragen,

so doch auch nicht von den Arbeitern, sondern vom industriellen Kapital. Dieses aber ist sehr wohl im Stande, einen derartigen Aderlaß zu ertragen.

Das Steigen der Löhne in Folge der Zollerhöhung ist jedoch sehr zweifelhaft. Diejenigen, die es behaupten, mögen sich vielleicht auf das eherne Lohngesetz berufen. Aber auch dieses besagte nicht, daß die Löhne mechanisch der Bewegung der Lebensmittelpreise folgen. Dieses Gesetz nahm vielmehr an, daß, wenn die Preise der Lebensmittel steigen, dadurch so viel Elend in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen wird, daß ihre Zahl sich durch Vermehrung der Sterbefälle, Zunahme der Auswanderung und Abnahme der Eheschließungen so lange verringert, bis der Rückgang im Angebot von Arbeitskräften die Löhne wieder hebt. Also auch die Lehre vom ehernen Lohngesetz erwartet als Folge der Steigerung der Lebensmittelpreise zunächst eine Zunahme von Noth und Elend in der Arbeiterklasse.

Nun wissen wir aber, daß das eherne Lohngesetz falsch ist. Die Schwankungen im Lohne vollziehen sich in viel kürzeren Zeiträumen, als es annahm, sie werden bewirkt einestheils durch die Schwankungen in Angebot und Nachfrage, wie sie der Wechsel von Prosperität und Krise erzeugt, und anderseits durch Veränderungen in den Machtverhältnissen von Kapital und Arbeit, die durch gewerkschaftliche Organisation, Arbeiterschutzgesetze, Unternehmerkoalitionen u. dergl. erzeugt werden.

In keiner dieser Beziehungen wird die Lage der Lohnarbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle verbessert. Sie fördern nicht die Entwickelung der Produktion, sie hemmen diese vielmehr, wie wir noch sehen werden; sie heben aber auch nicht die Kraft der Arbeiterschaft. Sie sind innig verwachsen mit dem ganzen Schutzzollsystem, das, wie wir schon gesehen, gerade die Unternehmerverbände begünstigt und den Arbeitern feindselig gegenübertritt, die Staatshilfe für die ausbeutenden Klassen auch der Arbeiterschaft gegenüber anruft. Gerade die Brodwucherer gehören zu den entschiedensten Vertretern jener Politik, die der deutschen Arbeiterklasse das Sozialistengesetz brachte, die sie mit dem Zuchthausgesetz bedrohte. Jede Stärkung der Agrarier bedeutet eine Schwächung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite aber ist die deutsche Industrie Exportindustrie; sie hat auf dem Weltmarkt ihre Stellung zu behaupten, sie hat mit den Preisverhältnissen des Weltmarktes zu rechnen. Sie wird sich daher gegen jede Lohnerhöhung entschieden wehren, welche die Arbeiter in Folge einer Erhöhung der Lebensmittelzölle fordern. Auch hier wirkt der agrarische Zoll dahin, alle jene Industriellen, die sich mit ihm abfinden, um so lauter

nach staatlicher Unterdrückung der Arbeiterorganisationen schreien zu lassen.

Von welcher Seite man die Agrarzölle auch betrachten mag, von jeder zeigen sie ein der Arbeiterschaft feindliches Gesicht.

e. Die Belastung der Industrie durch Agrarzölle.

Aber die Agrarzölle bedrohen die Arbeiter nicht blos als Konsumenten, sondern auch als Produzenten, denn, wie wir schon bemerkt, sie sind ein Mittel, die Entwickelung der Produktion zu hemmen. Sie fördern auf die Dauer nicht die Landwirthschaft, wie wir bereits wissen, sie vermehren am Ende nur ihre Produktionskosten durch Erhöhung der Pachtzinsen und Grundstückspreise über das durch den Weltmarktpreis bestimmte Niveau. Sie hemmen aber direkt die industrielle Entwickelung. Einmal durch Vertheuerung der Rohstoffe mancher Industrien — Zölle auf Holz, Hopfen, Brauergerste, Tabak — dann aber durch die Verminderung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskräfte — des wichtigsten aller Produktionsmittel — für alle Industrien.

Würden die Geldlöhne der deutschen Arbeiter so erhöht, daß man die Vertheuerung der Lebensmittel über den Weltmarktpreis hinaus dadurch wettmachte, dann bedeutete das eine Belastung der industriellen Kapitalisten, die durch keinen Vortheil für die Arbeiter aufgewogen würde. Steigen aber, wie das in der Regel der Fall sein wird, die Löhne garnicht oder doch nicht in dem Maße, in dem die Lebensmittel durch den Zoll vertheuert werden, so heißt das für die Arbeiter entweder vermehrte Arbeit, um dadurch das Defizit hereinzubringen, oder Verzicht auf die Mittel einer höheren Kultur, bei denen man am ersten spart, oft auch noch schlechtere Ernährung, in jeder Beziehung aber eine Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit.

Nun erinnern wir uns des oben über die deutsche Arbeiterklasse Gesagten. Wenn die deutsche Industrie bei geringem Zollschutz in den sechsziger und siebziger Jahren so rasch sich gegenüber der so mächtigen englischen zur Ebenbürtigkeit mit ihr entwickeln konnte, verdankte sie dies in erster Linie der überlegenen Bildung ihrer Arbeiter und der Billigkeit ihrer Lebensmittel.

Das agrarische Regime ist daran, die Wurzeln dieser Blüthe der deutschen Industrie verdorren zu lassen. Unser Volksschulwesen hat längst seine Ueberlegenheit eingebüßt, und wenn es nach den Agrariern ginge, würde es zurückgehen. Ist ihnen ja schon die heutige Schulpflicht zu lang und die heutige Bildung ihrer Arbeiter zu groß. Die größere Billigkeit der Lebensmittel

Deutschlands ist aber auch schon längst verschwunden. Hatte es bis in die siebziger Jahre hinein billigere Lebensmittel als Frankreich und England, so sind heute im Südwesten Deutschlands die Lebensmittel schon theurer als nicht blos in England, sondern zeitweise sogar theurer als in Frankreich, trotzdem sich dieses eines noch höheren Weizenzolls als Deutschland erfreut. Sie sind viel theurer als in Amerika, das unser gefährlichster Konkurrent auf dem Weltmarkt ist.

Es betrug nach einem sachkundigen Mitarbeiter des „Vorwärts" der Preis pro 1000 Ko. Weizen (bessere Qualität) in

	1897	1898	1899
	Mk.	Mk.	Mk.
Mannheim . . .	194,8	209,4	179,3
Frankfurt a. M.	177,5	200,0	162,9
München	187,3	210,5	178,8
Paris	205,4	206,2	162,2
London	145,5	165,5	125,5
New-York	135,1	142,0	117,6

Selbst die Bevorzugung des Roggens macht die Lebensmittel des deutschen Arbeiters nicht mehr billiger. Roggen kostete in Mannheim 1899 160,8 Mk., in Berlin 146 Mk.; in London dagegen kostete Weizen damals, wie die obige Tabelle zeigt, 125,5 Mk. Und da sollen die Preise durch erhöhte Zölle noch höher geschraubt werden!

Dasselbe agrarische Interesse aber, das in dieser Weise, ohne Nutzen für die Landwirthschaft, der Industrie die Rohstoffe vertheuert und die menschliche Arbeitskraft entweder vertheuert oder in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt, dasselbe agrarische Interesse bedroht die Industrie auch noch mit Zollkriegen, die ihr die tiefsten Wunden schlagen müssen!

Von welchem Standpunkt man auch die Lebensmittelzölle betrachten mag, von dem der Konsumenten oder dem der Produzenten, dem der Entwickelung der Produktivkräfte oder der Entwickelung der Arbeiterklasse, sie erscheinen immer gleich unnütz, gleich schädlich.

f. Agrarzölle und Industriezölle.

Die Lebensmittelzölle sind aber, wie schon bemerkt, der Angelpunkt des ganzen neueren Schutzsystems. Man kann in einem exportirenden Industriestaat, wie Deutschland, nicht die Lebensmittelzölle abschaffen und die Industriezölle, namentlich die Eisenzölle, beibehalten wollen. Das erlauben nicht nur nicht die bestehenden Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Klassen,

das wäre auch eine schwere Belastung der Landwirthschaft. Wenn man will, daß diese der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewachsen sei, dann muß man vor Allem jenem Leiden aufs kräftigste entgegenwirken, an dem sie am meisten krankt, ihren hohen Produktionskosten. Wollte man sie der freien Konkurrenz aussetzen und gleichzeitig ihre Produktionskosten künstlich erhöhen durch Vertheuerung ihrer Werkzeuge und Maschinen, dann hätte sie allerdings volles Recht, über Unbill zu klagen, dann hieße das die Landwirthschaft des Auslandes auf Kosten der inländischen bevorzugen. Und das würde sich bald bitter rächen.

Wer ruft: Fort mit den Getreidezöllen, darf daher nicht zurückschrecken vor dem Rufe: Fort mit den Eisenzöllen. Jene können nicht fallen ohne diese.

Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Theile des ganzen modernen Schutzsystems nothwendig mit einander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse wie für die Entfaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen.

---

8. Die Handelsverträge.

a. Der Weg zum Freihandel.

Die prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Handelspolitik ist also vorgezeichnet. Sie ist nicht freihändlerisch in dem Sinne, wie es die bürgerlichen Freihändler vor einem Menschenalter waren. Der Freihandel, oder im weiteren Sinne die freie Konkurrenz, ist nicht das Um und Auf ihres ökonomischen Strebens, er steht nicht einmal in erster Linie bei ihr. Der Kampf um Koalitionsfreiheit, um die Entwickelung und Stärkung der Arbeiterorganisationen, um den Arbeiterschutz wird ihr stets wichtiger sein. Der Freihandel ist ihr auch nicht der Weisheit letzter Schluß; er setzt ebenso wie der Schutzzoll die kapitalistische Produktionsweise voraus, die zu bekämpfen und zu überwinden ihre große historische Aufgabe ist. Aber der Schutzzoll ist heute ein Mittel geworden, die ausbeutenden Tendenzen des kapitalistischen Systems auf die Spitze zu treiben über das Maß hinaus, das sie bei freier Konkurrenz, bei freiem Handel erreichen würden; und gleichzeitig

ist der Schutzzoll ein Mittel geworden, die ökonomische Entwickelung zu hemmen; der für das Proletariat wie für die Gesammtgesellschaft günstigste Zustand der kapitalistischen Produktionsweise ist aber der ihrer raschesten Entwickelung. Der Schutzzoll ist also in jeder Beziehung ein Mittel geworden, die dem Proletariat günstigen Seiten der kapitalistischen Gesellschaft zu beengen und die ihm ungünstigen zu entfalten.

Der Freihandel in der kapitalistischen Produktionsweise ist für die Sozialdemokraten nicht der Himmel auf Erden, aber er ist ihr für Industrieländer, wie Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, England, gegenüber dem Schutzzoll das kleinere Uebel. Sie muß daher für ihn stimmen, wie sie dort, wo sie zu wählen hat, zwischen einem konservativen und einem bürgerlich-demokratischen Kandidaten für den letzteren stimmen muß, ohne irgendwelche Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu hegen.

Ist aber der Sozialdemokratie ihr Ziel in der Handelspolitik klar vorgezeichnet, so ist damit noch nicht der Weg gegeben, auf dem sie ihr Ziel anzustreben hat. Der Schutzzoll ist sehr leicht eingeführt, aber nicht so leicht wieder abgeschafft, wenn er sich einmal eingewurzelt hat und das ganze wirthschaftliche Getriebe auf ihn zugeschnitten ist. Nirgends gab es eine energischere und rücksichtslosere Freihandelspartei als in England; 1842 begann die Abbröckelung des Schutzzolls, 1846 kam seine entscheidende Niederlage, aber erst 1860 fielen die letzten bedeutenden Schutzzölle; es blieb dann noch eine Anzahl kleinerer, die erst später verschwunden sind, so daß England heute nur noch Finanzzölle kennt.

Wie entschieden man demnach die Aufhebung des Schutzzollsystems anstreben mag, so kann es sich doch dabei von vornherein nicht darum handeln, mit einem Ruck sämmtliche Zölle aufzuheben, sondern nur darum, die allmälige Erniedrigung der Zollschranken anzubahnen.

b. Autonome Zollpolitik.

Zwei Wege dazu stehen offen: der der autonomen Zollpolitik, d. h. die einseitige Festsetzung des Zolltarifs durch die Gesetzgebung, ohne Rücksicht auf das Ausland, und der der Handelsverträge.

Es scheint von vornherein, als ob der erstere Weg eher und leichter zum Ziele führte. — Wenn wir den Freihandel verlangen, thun wir es mit Rücksicht auf die deutschen Arbeiter, auf die Entwickelung der Produktivkräfte Deutschlands, und nicht dem Ausland zu lieb. Man braucht also die Erniedrigung beziehungs-

weise Aufhebung der Zölle nicht vom guten Willen des letzteren abhängig zu machen.

So argumentirten auch die englischen Freihändler und unter ihrem Einfluß begann England auf eigene Faust seine Zollschranken niederzureißen.

Aber die Situation, in der sich England damals befand, kehrt nicht mehr wieder. Englands Industrie herrschte damals unumschränkt auf dem Weltmarkte, gleichzeitig aber waren die freihändlerischen Interessen und Neigungen außerhalb Englangs vielfach so stark, daß es nur darauf ankam, mit gutem Beispiel voranzugehen, um die wichtigsten der anderen Staaten zur Nachfolge zu veranlassen.

Anders steht es heute. Wir haben heute eine Reihe von Industriestaaten, die einander ebenbürtig sind, keinen, der allen anderen überlegen ist, der über jede Konkurrenz erhaben wäre. Andererseits sind überall die schutzzöllnerischen Tendenzen bei den industriellen Kapitalisten, und in alten Industriestaaten auch bei den Agrariern, so stark, daß das gute Beispiel eines einseitigen Uebergehens zum Freihandel ohne Nachfolge bliebe. Wir brauchen aber den Freihandel nicht blos bei uns, sondern auch bei den Anderen. Andererseits wird innerhalb der einzelnen Industriestaaten selbst angesichts der starken schutzzöllnerischen Interessen bei autonomer Zollpolitik der Zolltarif höher ausfallen, als bei Abschluß eines Handelsvertrags. Denn bei autonomer Zollpolitik kommen nur Kapitalisten der einen Seite zum Wort, kommt nur der Schutz des eigenen Landes vor der äußeren Konkurrenz in Betracht, und da wird man nicht leicht den interessirten Kapitalisten zu viel thun. Bei einem Handelsvertrag dagegen handelt es sich nicht blos um die Abwehr des Imports, sondern auch um die Erleichterung des Exports, diese kann man aber nur erlangen, wenn man der Gegenseite Konzessionen macht. Ein Vertragstarif wird heute daher stets niederer ausfallen als ein autonomer Tarif. War ehedem die autonome Zollpolitik das Ideal der Freihändler, weil sie dadurch am raschesten zum Ziel zu gelangen hofften, so ist sie heute das Ideal der Hochschutzzöllner. Die Länder der extremsten Schutzzölle, wie Frankreich und die Vereinigten Staaten, sind auch die der autonomen Zollpolitik. Auch unsere Agrarier streben sie an. Wissen sie doch, daß bei dem Abschluß von Handelsverträgen vor Allem die Getreidezölle dran glauben müssen.

Heute sind die Handelsverträge das beste Mittel, die Schutzzöllnerei zu schwächen und einzudämmen. Langfristige Handelsverträge, die sich nicht auf die Meistbegünstigung beschränken, sondern beiderseits die wichtigsten Zollsätze binden, sind auch, wie wir schon wissen, nothwendig, um der Industrie die nothwendige

Sicherheit und Freiheit von Störungen durch Tarifänderungen und Zollkriege zu geben.

Neben der Langfristigkeit und der Bindung der wichtigsten Zollsätze der vertragschließenden Länder ist vor Allem die Klausel der meistbegünstigten Nation für die Handelsverträge wichtig, die Bedingung, daß jeder handelspolitische Vortheil, den eines der beiden Vertragsländer einem Dritten gewährt, ohne weiteres auch dem anderen zu theil wird. Wenn also Deutschland z. B. mit Rußland einen derartigen Vertrag abschließt, so hat dieses nicht das Recht, etwa für die englische Maschineneinfuhr niedrigere Zollsätze einzuführen als für die deutsche. Wie wichtig diese Bestimmung für die deutsche Maschinenfabrikation und die Exportindustrie überhaupt ist, liegt auf der Hand.

Aber freilich kann man die Meistbegünstigung nur dann vom Ausland erlangen, wenn man sie diesem auch selbst gewährt. Sie erschwert den Vertragsnationen nach Möglichkeit den Zollkrieg gegen uns, aber uns auch den Zollkrieg gegen sie. Sie findet daher nicht den Beifall der Anhänger einer gewaltthätigen Handelspolitik und ist heute besonders jenen Elementen in Deutschland ein Dorn im Auge, die zum Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten hetzen und ihn durch Begünstigung der russischen Einfuhr führen möchten. Da wir aber nicht den mindesten Grund haben, Zollkriege zu erleichtern und Handhaben dazu zu bieten, da das Verlassen des Prinzips der Meistbegünstigung in erster Linie der Brodvertheuerung zu Gute kommen und die Exportindustrie schwer schädigen würde, müssen wir danach trachten, daß die Handelsverträge nicht blos als langfristige mit Bindung der wichtigsten Zölle, sondern auch mit Anerkennung des Prinzips der Meistbegünstigung abgeschlossen werden.

c. Die Caprivi'sche Handelspolitik.

Die Handelspolitik, wie sie Caprivi in Deutschland einleitete, entspricht den eben entwickelten Forderungen; sie war daher freudig zu begrüßen und wir müssen Alles aufbieten, ihre Fortsetzung zu ermöglichen.

Die Ursachen dieser Politik waren theils wirthschaftliche, theils politische. Bismarck hatte seit dem Ende der siebziger Jahre schutzzöllnerische Politik betrieben, mit dem Resultat, daß einerseits die Getreidezölle Deutschlands immer höher wuchsen und andererseits das Ausland sich durch immer höhere Zollmauern abschloß. Das führte zu immer unerträglicheren Verhältnissen, was 1891 besonders schroff zu Tage trat. Damals setzte nach kurzem Aufschwung eine Handelskrise ein. Hatten die Industriellen nach 1874

die Ursache des Sinkens der Preise im Freihandel des eigenen Landes gesehen, der eine Ueberfluthung des inländischen Marktes durch Erzeugnisse des Auslandes ermöglichte, und daher nach Schutzzöllen geschrieen, so erklärten sie jetzt das Sinken der Preise durch die Schutzzölle des Auslandes, die ein Abfließen der überschüssigen Produkte ins Ausland verhinderten. Gleichzeitig kam es zu Mißernten, welche die Getreidepreise rasch emporschnellten. In Preußen hatte der Weizen pro Tonne 1886—90 175,3 Mk. gekostet, 1891 kostete er 218,75 Mk. Roggen stieg von 143 auf 204,5 Mk. Der hohe Getreidezoll von 5 Mk. wurde angesichts dieser Theuerung unhaltbar. Selbst das so hartnäckig schutzzöllnerische Frankreich mußte seine Getreidezölle damals herabsetzen. Aber es that dies nur vorübergehend, und daher ohne eine Gegenleistung des Auslands zu erhalten, Deutschland dagegen benutzte die Situation, um gegen die Herabsetzung des Getreidezolls Herabsetzungen der Industriezölle einzelner Nachbarn einzutauschen. Das war aber nur möglich, wenn man sich zum Abschluß langfristiger Handelsverträge verstand.

Indessen wäre es dazu vielleicht noch nicht so leicht gekommen, wenn nicht Krise und Brodtheuerung dem Sturz des Systems Bismarck so bald gefolgt wären. Der neue Kurs war bald in einen Gegensatz zu Bismarck gelangt, der schließlich zum Bruch führte (März 1890), kein Wunder, daß er eine zeitlang es für seine Aufgabe hielt, das Gegentheil dessen zu thun, was Bismarck gethan. Dieser hatte das Sozialistengesetz durchgesetzt — nun wurde der entgegengesetzte Kurs eingeschlagen und durch Fallenlassen des Sozialistengesetzes bekräftigt. Bismarck hatte einseitige, stets den agrarischen Interessen dienstbare Schutzzollpolitik getrieben. Nun hieß es das Gegentheil betreiben, Handelsverträge durch Opferung eines Theil des agrarischen Zollschutzes abschließen. Zu solchen kam es zunächst mit den Verbündeten, Oesterreich und Italien, sowie zwei kleineren Nachbarn, Schweiz und Belgien (Ende 1891). Unter den folgenden Verträgen ist der wichtigste der mit Rußland von 1894 geworden.

Im Jahre 1903 laufen diese Verträge ab, um sie ist jetzt der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Niemand wird behaupten können, daß sie Deutschland irgendwie geschädigt hätten. Die Nothlage der deutschen Landwirthschaft hat sich unter ihrem Regime nicht gesteigert, sie ist in den letzten Jahren sogar geringer geworden — eine Folge des wirthschaftlichen Aufschwungs, an dem auch sie theilnahm, und den die Handelsverträge, wenn auch nicht direkt erzeugt, so doch sehr gefördert haben.

Ein Anzeichen des Aufblühens der Großindustrie unter dem Regime der Caprivi'schen Handelsverträge giebt uns die Bewegung

des auswärtigen Spezialhandels. Es betrug im Deutschen Reich der Werth der

	Einfuhr Millionen Mark	Ausfuhr Millionen Mark
1889	4 087,0	3 256,4
1890	4 272,9	3 409,5
1891	4 403,4	3 339,7
1892	4 227,0	3 150,1
1893	4 134,0	3 244,6
1894	4 285,5	3 051,5
1895	4 246,1	3 424,1
1896	4 558,0	3 753,8
1897	4 864,6	3 786,2
1898	5 439,7	4 010,6
1899	5 783,6	4 368,4
1900	5 833,3	4 555,3

Ganz anders war die Entwickelung in Frankreich, das gerade um dieselbe Zeit, in der Deutschland in eine Ermäßigung seiner Zölle willigte, zu einer Verschärfung seines schutzzöllnerischen Regimes schritt.

Die entsprechenden Zahlen für Frankreich lauten:

	Einfuhr Millionen Francs	Ausfuhr Millionen Francs
1889	4 317	3 704
1890	4 437	3 753
1891	4 768	3 570
1892	4 188	3 401
1893	3 854	3 236
1894	3 850	3 078
1895	3 720	3 374
1896	3 799	3 401
1897	4 005	3 676
1898	4 527	3 555
1899	4 518	4 153
1900	4 409	4 078

Wie in Deutschland erreichte auch in Frankreich die Ausfuhr ihren niedrigsten Stand 1894 unter dem Drucke der Krise. Aber in Deutschland schnellte sie schon 1895 auf eine Höhe, welche die des Jahres 1890 übertraf, indessen in Frankreich die Ausfuhr nur langsam und zögernd zunahm und erst im Jahre 1899 über den

Stand von 1890 hinausging. Und während in Deutschland im Jahre 1900 die Besserung noch anhielt, hatte Frankreich damals schon wieder einen Rückgang aufzuweisen.

Wie sehr an der Zunahme der Ausfuhr die Handelsvertragspolitik betheiligt ist, zeigen folgende Zahlen. Es betrug die Ausfuhr (im Spezialhandel) aus dem Deutschen Reich in Millionen Mark (beziehungsweise in Prozenten der Gesammtausfuhr)

nach	1890		1893		1896		1899	
Oesterreich-Ungarn . .	351,0	10,3	420,5	13,0	477,3	12,7	466,0	10,7
Rußland . . .	206,5	6,1	184,6	5,7	364,1	9,7	437,3	10,0
Schweiz . . .	179,6	5,3	187,4	5,8	244,0	6,5	284,7	6,5
Belgien . . .	150,8	4,4	147,8	4,5	168,0	4,5	207,7	4,7
Italien. . . .	94,7	2,8	85,4	2,6	85,6	2,3	116,0	2,7
Zusammen	982,6	28,9	1 025,7	31,6	1 339,0	35,7	1 514,7	34,6

Der Antheil der oben genannten Vertragsstaaten ist also von 1890 bis 1899 von 28,9 auf 34,6 pCt. der Gesammtausfuhr gestiegen, er hat weit rascher zugenommen als diese. Die Ausfuhr nach den Vertragsstaaten wuchs um 54 pCt., die gesammte übrige Ausfuhr nur um 18 pCt.

Namentlich der so viel angefeindete Handelsvertrag mit Rußland hat sehr günstig gewirkt, wie schon die obigen Zahlen zeigen. Er kam hauptsächlich der Metallindustrie zu Gute. Es betrug der Werth der deutschen Ausfuhr dorthin (in Millionen Mark):

	1895	1899
Eck- und Winkeleisen	2,9	5,9
Feine Eisenwaaren	2,2	5,2
Grobe Eisenwaaren	9,1	21,7
Maschinen	16,6	44,1
Nähmaschinen	1,4	3,8
Lokomotiven	2,4	6,2

Man sieht, die deutsche Großindustrie hat bereits durch den zaghaften Schritt zum Freihandel, den die Caprivi'schen Handelsverträge darstellen, bedeutend gewonnen. Sie hätte alle Ursache, jetzt, wo diese Verträge ablaufen, bei ihrer Erneuerung einen weiteren Fortschritt in der gleichen Richtung anzustreben. Leider sind dem die heutigen Machtverhältnisse nicht günstig. Der neue Kurs ist wieder der alte Kurs geworden, was kein Wunder, da er sich auf dieselben Klassen stützt, wie das Bismarck'sche Regime.

Der neue Reichskanzler kommt den Agrariern bereits ganz anders entgegen, als ehedem der Kanzler ohne Ar und Halm. Andererseits ist die Angriffskraft der Agrarier nicht durch abnorm hohe Lebensmittelpreise gelähmt, die der Bevölkerung die Verderblichkeit der Lebensmittelzölle klar vor Augen führen könnten. Sie stiegen während der Prosperitätsperiode, sind seitdem aber gesunken.

Nach Conrad betrugen die Durchschnittspreise in Mark für Deutschland pro 1000 Ko.:

	1889—93	1894	1897	1898	1899
Weizen (aus 15 Notirungen)	190,93	163,03	175,61	198,30	160,83
Roggen (aus 14 Notirungen)	168,29	127,53	129,53	148,38	144,13

Die Bourgeoisie aber ist gespalten und uneinig; ihre stärksten Theile, die kartellirten Kapitalisten, sind an der Zollpolitik lebhaft interessirt, das Proletariat aber noch zu schwach, allein die herrschenden Klassen niederzuringen. Wie auf den Gebieten der politischen Reaktion ist auch hier viel erreicht, wenn es gelingt, einen weiteren Fortschritt des privilegirten Ausbeuterthums abzuwehren.

Eine Ermäßigung der Getreidezölle oder mindestens die Verhinderung ihrer Erhöhung ist aber die wichtigste Vorbedingung des Abschlusses von Handelsverträgen, denn außer den beiden Ländern des Freihandels, England und Holland, die einen großen Theil unseres Verkehrs mit den überseeischen Märkten vermitteln, sind die wichtigsten Kunden der deutschen Exportindustrie Agrarstaaten, die uns Erleichterungen für unsere industrielle Ausfuhr nur gewähren, wenn sie Erleichterungen für ihre agrarische Ausfuhr erlangen.

Bei dem Kampf um die Getreidezölle wird also die Entscheidungsschlacht für die deutsche Handelspolitik des nächsten Jahrzehnts geschlagen werden — ja man kann sagen, für die europäische Handelspolitik überhaupt. Denn wie die Bismarck'sche Schwenkung ins schutzzöllnerische Lager erst den anderen Staaten des europäischen Festlands Muth machte, ihm dorthin zu folgen, wohin ihr Herz sie allerdings schon früher zog; wie dann die Caprivi'sche Schwenkung zur Politik der Handelsverträge auf die Handelspolitik fast des ganzen übrigen europäischen Festlandes, mit Ausnahme Frankreichs, zurückwirkte, so wird auch der Charakter den die deutsche Handelspolitik von nun an annehmen wird, den der gesammten europäischen Handelspolitik bestimmen. Das ist ganz natürlich angesichts der großen industriellen Bedeutung, die Deutschland erlangt hat. Neben England und Amerika marschirt es an der Spitze der industriellen Nationen; aber während Amerika und England Europa gegenüber Welten für sich bilden, liegt

Deutschland im Herzen des Kontinents, ist der Nachbar der größten und wichtigsten seiner Staaten, und es kann keinen Schritt thun, der nicht auf diese zurückwirkt. Nicht nur die ökonomische Entwickelung Deutschlands, nicht blos der größere oder geringere Wohlstand seiner Arbeiterschaft wird jetzt entschieden; es wird auch entschieden, ob die Staaten Europas im nächsten Jahrzehnt in ökonomischem Frieden mit einander leben oder sich feindselig von einander abschließen und durch Zollkriege einander möglichst schädigen. Wir sehen hier ab von Frankreich, dessen Handelspolitik ja eine hoffnungslos verbohrte bleibt, aus welchem Lager immer seine Handelsminister sich rekrutiren mögen.

Wird aber bei den deutschen Getreidezöllen eine der wichtigsten Entscheidungsschlachten der europäischen Zollpolitik geschlagen werden, so ist damit doch noch nicht der Charakter der künftigen Handelspolitik Deutschlands festgelegt.

a. Doppeltarif. Zollkrieg. Schutzzölle. Reziprozität. Ausfuhrprämien.

Müssen wir verlangen, daß die deutsche Handelspolitik durch Handelsverträge für längere Zeit gebunden sei und daß die Lebensmittelzölle dabei das wichtigste Kompensationsobjekt abgeben, so müssen wir auch noch verlangen, daß sie keine gewaltthätige sei und nicht versuche, durch Vergewaltigung des Gegners zu erreichen, was sich durch freundschaftliches Entgegenkommen erreichen läßt.

Der bürgerliche Freihandel ist seinem Prinzip nach friedfertig. Wohl beruht er ebenso auf der kapitalistischen Ausbeutung, wie der Schutzzoll, beseitigt also nicht die sozialen und nationalen Gegensätze, welche das kapitalistische System erzeugt. Aber der Freihandel hält die Macht der ökonomischen Verhältnisse für stark genug, daß sie den kapitalistischen Interessen zum Durchbruch verhelfen ohne äußere Gewaltsamkeit. Das Schutzsystem dagegen erklärt von vornherein das Eingreifen der Staatsgewalt für unentbehrlich zur Wahrung der Interessen des Kapitalprofits, es fördert das Aufkeimen neuer Organisationen, die neben der Staatsgewalt gewaltthätig in die Vorgänge der Produktion und des Austausches einzugreifen haben — die Unternehmerverbände — und es läßt den Trieb, der Macht der ökonomischen Verhältnisse durch gewaltthätige Eingriffe nachzuhelfen, sich um so stärker entwickeln, je stärker die Staatsgewalt, je stärker die Unternehmerverbände und je stärker der Einfluß dieser Verbände auf die Staatsgewalt. Nach außen hin sind aber die Staatsgewalt und die Unternehmerverbände um so mächtiger, also auch um so geneigter zu Gewaltthätigkeiten, je größer und reicher der Staat und damit auch der

innere Markt, zu dessen Ausbeutung die Verbände durch den Schutzzoll privilegirt werden.

Neben den Vereinigten Staaten ist daher Deutschland der Gefahr, von seinen herrschenden Klassen zu einer gewaltthätigen Handelspolitik getrieben zu werden, besonders ausgesetzt. Es gilt dieser Gefahr dadurch vorzubeugen, daß man der Regierung die Mittel dazu nimmt.

Das auserlesene Mittel einer gewaltthätigen Handelspolitik ist der Doppeltarif. Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß eine autonome Zollpolitik, wo die Zollsätze von der einen interessirten Seite nach Belieben festgestellt werden, das Hinaufschrauben der Schutzzölle sehr begünstigt, während Handelsverträge, die auf gegenseitigen Konzessionen beruhen, in entgegengesetzter Richtung wirken. Handelsverträge sind aber für die Industrie so nützlich und wichtig, daß selbst die Schutzzöllner trachten müssen, solche abzuschließen, und so angenehm der Schutzzoll im eigenen Lande ist, so angenehm der Freihandel im Ausland. Der Doppeltarif ist ausersehen, die Vortheile des autonomen Tarifs mit denen der Handelsverträge, der Heraufschraubung des Schutzzolls im eigenen Lande und seiner Herabsetzung im Auslande zu erlangen. Es werden zwei Tarife autonom festgesetzt, ein Minimaltarif und ein Maximaltarif.

Der Minimaltarif enthält die Zollsätze, die die Interessenten für unentbehrlich zu ihrem Schutze halten. Während sonst bei Handelsverträgen die Unterhändler nicht gebunden sind, ist hier von vornherein eine Grenze festgesetzt, unter die sie mit ihren Konzessionen nicht herabgehen dürfen, und da diese Grenze eben einseitig ohne jede Rücksicht auf die andere Seite festgesetzt ist, fällt sie in der Regel so hoch aus, daß dadurch Verhandlungen von vornherein aussichtslos werden. Da soll nun der Maximaltarif helfen den Gegner mürbe zu machen. Wer auf Grundlage des Minimaltarifs keinen Vertrag abschließen will, auf den findet der Maximaltarif Anwendung, dessen Sätze gewaltig hinaufgeschraubt sind. Das ist sehr schlau ausgedacht, hat aber in der Praxis regelmäßig schlechte Folgen für den Staat gehabt, der dies System in Anwendung brachte. Denn es heißt nichts Anderes, als daß ein Staat sich anmaßt, einem anderen die Bedingungen eines Friedensschlusses zu diktiren, ehe es noch einen Kampf gegeben hat. Das Resultat ist natürlich nicht der Friedensschluß, sondern der Zollkrieg, eine Art Krieg, die unheilvoll für beide Betheiligten ist, weil sie blos dem lachenden Dritten nützt. Frankreich ist das gelobte Land des Doppeltarifs und der aus diesem erwachsenden Zollkriege — mit der Schweiz, mit Italien, mit Spanien —. In keinem dieser Kriege hat es Lorbeeren geerntet.

Der mit Italien dauerte zehn Jahre, von 1889—1898, er brachte beiden Theilen den schwersten Schaden. Die Ausfuhr Italiens nach Frankreich, die 1881/85 noch im Jahresdurchschnitt 371 Millionen Franken betrug, sank 1891/95 auf 129 Millionen, die Frankreichs nach Italien von 187 auf 124 Millionen. Schließlich mußte Frankreich doch einige Zugeständnisse machen. Kürzer währte der Zollkrieg mit der Schweiz, von 1888—1895. Die französische Ausfuhr nach der Schweiz betrug 1891 250 Millionen Franken, 1892 173, 1893 105, 1894 sogar nur $97^1/_2$ Millionen. Schließlich mußte Frankreich der Schweiz einen Handelsvertrag bewilligen, in dem es unter seinen Minimaltarif herabging; die Wunden, die seine Ausfuhr nach der Schweiz während des Zollkrieges davon getragen, blieben aber dauernde Wunden, da inzwischen die deutsche und englische Industrie sich an Stelle der französischen auf den Schweizer Markt gesetzt hatte. Nichts selbstmörderischer, als das Provoziren eines Zollkrieges.

Der Doppeltarif ist das wichtigste Mittel einer gewaltthätigen Handelspolitik. Daneben giebt es noch kleinere Mittel, das Ausland zu chikaniren und einen stillen Zollkrieg zu führen. Manche davon, so die angeblichen hygienischen Maßregeln zur Verhinderung der Einfuhr von Vieh und Fleisch, werden bekanntlich in Deutschland mit großer Virtuosität gehandhabt — auch die englische Regierung hat sich ihrer bedient, um den englischen Fleischproduzenten wenigstens auf diese versteckte Weise ihren Schutz angedeihen zu lassen. Andere Mittel sind in den Vereinigten Staaten zu finden, so die Werthzölle und die Reziprozität.

Es scheint eine höchst gerechte Forderung zu sein, daß die Zölle nicht nach dem Gewicht oder der Stückzahl (wie bei Vieh) erhoben werden, sondern nach dem Werthe der Einfuhr. Wenn es nur nicht so schwierig wäre, den Werth festzustellen! Diese Schwierigkeit hat in den Vereinigten Staaten ein unglaublich komplizirtes System von Kontrolmaßregeln geschaffen, die es ermöglichen, die Importeure nach Belieben zu chikaniren und dem Import jeder Waare die größten Hindernisse zu bereiten. Schon um seinen Durchfuhrverkehr nicht zu schädigen, muß Deutschland dahin trachten, sein Verzollungsverfahren möglichst zu vereinfachen.

Was vom Werthzoll, gilt auch von der amerikanischen Sorte von Reziprozität, das heißt zu deutsch Gegenseitigkeit. Was kann es Schöneres geben, als Gegenseitigkeit! Soll nicht jeder Handelsvertrag auf gegenseitigen Konzessionen beruhen? Sicher. Aber die amerikanische Reziprozität wird nicht vertragsmäßig festgelegt, sondern einseitig von der amerikanischen Regierung verfügt.

Die Reziprozitätsklausel, die dem McKinley-Tarif von 1890 zugefügt wurde, setzt eine Reihe von Waaren fest, die zollfrei einzulassen sind (Zucker, Melasse, Thee und Häute). Wenn aber der Präsident findet, daß ein Land, welches eine oder mehrere dieser Waaren nach den Vereinigten Staaten zollfrei einführt, die Gegenseitigkeit verletzt, indem es landwirthschaftliche Produkte der Vereinigten Staaten bei ihrer Einfuhr „ungerecht" behandelt, dann hat er das Recht, die aus dem betreffenden Lande eingeführten Waaren der obigen Freiliste mit einem Zoll zu belegen. Der Dingley-Tarif von 1897 hat die Reziprozität dann noch erweitert.

Diese Maßregel hat, wie man sieht, den gleichen Zweck wie der Doppeltarif; sie soll es dem Präsidenten ermöglichen, mit einer Reihe von Staaten jederzeit, wenn er sich nicht mit ihnen nicht einigen kann, einen Zollkrieg zu eröffnen. Wer keinen Zollkrieg führen und der Regierung seines Landes nicht neue Waffen zur Vertheidigung von Sonderinteressen in die Hand geben will, wird eine derartige „Gegenseitigkeitsklausel" ablehnen. Ihre wohlthätigen Folgen spürt jetzt Amerika an eigenem Leibe. Ueber Nacht ist es dadurch ohne erheblichen Grund mit Rußland in einen Zollkrieg gerathen, vielleicht blos durch eine Intrigue des Zuckertrust. Wer die Regierung seines Landes korrumpiren will, wird ihr Mittel, wie die beiden obengenannten, in die Hand geben, durch die sie nach Belieben einzelnen Kapitalistengruppen auf Kosten des Landes sich gefällig erweisen kann.

Die beiden fraglichen Bestimmungen bilden amerikanische Spezialitäten. Ausfuhrvergütungen für manche Produkte sind dagegen eine Einrichtung, die auch jenseits des atlantischen Ozean bekannt ist.

Freilich erscheinen auch Ausfuhrvergütungen auf den ersten Blick sehr gerecht. Dem exportirenden Fabrikanten soll die Auslage vergütet werden, die ihm der Zoll auf das Rohmaterial oder eine inländische Steuer veranlaßt hat. Die Produktion für den Weltmarkt soll dadurch trotz des Zolles die Vortheile des Freihandels erlangen. Aber es ist nicht immer leicht, die Menge und die Qualität des in dem Fabrikate enthaltenen Rohmaterials festzustellen. Rechnet man aber eine größere Menge davon für das Fabrikat, als wirklich darin enthalten, und das wird beim Fortschreiten der Fabrikationsmethoden früher oder später leicht eintreten, dann wird die Ausfuhrvergütung zur Ausfuhrprämie, die den inländischen Steuerzahler belastet und das Ausland mehr als jede andere Maßregel zu Repressalien reizt, weil sie eine direkte Subventionirung der Schleuderkonkurrenz durch den Staat darstellt. Was die Kartelle indirekt zu erreichen suchen, wird hier durch Staatshilfe direkt angestrebt.

Welch' wahnsinnige Verhältnisse durch derlei Ausfuhrvergütungen geschaffen werden können, zeigen die Zuckerprämien, deren Resultate — Uebertheuerung nach Innen und Ueberproduktion nach Außen, Verwirrung der internationalen Verhältnisse und die Unmöglichkeit, dem Labyrinth zu entkommen — zu bekannt sind, als daß sie hier besonders auseinandergesetzt zu werden brauchten.

Eine offene und ehrliche Politik langfristiger Handelsverträge mit Erlangung und Gewährung der Meistbegünstigung, eine Politik, die vom Gegenpart möglichst viele Zugeständnisse dadurch erreicht, daß sie selbst nicht mit solchen kargt, die durch keinen Minimaltarif beschränkt wird und jede Provozirung eines offenen Zollkrieges ebenso sorgsam vermeidet, als sie den stillen Zollkrieg durch die oben erwähnten kleinen Mittelchen verschmäht — das ist die Handelspolitik, die wir heute brauchen.

e. Schutzzoll und politische Korruption.

Eine Anwendung der oben entwickelten Grundsätze auf unsere Verhältnisse zu den einzelnen Ländern, mit denen wir in kommerzieller Verbindung stehen, läßt sich im Rahmen dieser Broschüre nicht geben. Sie würde auch eine Reihe von Detailkenntnissen erheischen, die dem Verfasser fehlen. Endlich aber würde eine Auseinandersetzung darüber zwecklos sein, da bei Handelsverträgen die Politiker außerhalb der Regierung auf die Details keinen Einfluß haben. Handelsverträge muß man als Ganzes entweder annehmen oder verwerfen, und die Interessenten betrachten die dadurch gewonnenen Konzessionen immer als zu theuer erkauft. Da, im Gegensatz zu einem Zollkrieg, wo beide Theile verlieren, bei einem Handelsvertrag, wenn er einigermaßen klug und anständig gemacht ist, beide Theile gewinnen, hält sich jeder Theil dabei für übervortheilt, weil er nur den Gewinn des anderen sieht. Wie bei jedem Zolltarif, kann auch bei einem vertragsmäßig festgesetzten die eine oder die andere Industrie Schaden leiden, die eine oder die andere übermäßig bevorzugt werden. Das wird sich nie ganz vermeiden lassen und bildet einen der nothwendigen Schäden des ganzen Schutzzollsystems. Das ganze wirthschaftliche Leben bewegt sich in engster Wechselwirkung und jede Position des Zolltarifs wirkt nicht blos auf die direkt darunter fallende Industrie, sondern auch auf viele anderen; auf jene schützend, auf diese dagegen belastend. Alle die daraus entstehenden Rückwirkungen abzuschätzen ist unmöglich, von vornherein aber kann man sagen, daß in einem industriell entwickelten Staate gerade die schwächeren

Industriezweige, die anscheinend am meisten des Schutzes bedürften, beim Freihandel am Besten fahren können. Denn der Zollschutz ist eine politische Maßregel, eine durch die Staatsgewalt bewirkte Erhöhung des Profits, der Zollschutz wird daher am ehesten jenen Erwerbszweigen zu Theil werden, die der Klinke der Gesetzgebung am nächsten stehen, die am meisten Einfluß auf die Regierung haben, das sind aber gerade die kapitalkräftigsten Industriezweige.

Der Zollschutz bildet aber auch ein Privilegium, das die Regierung als Lohn für geleistete Dienste verleihen kann. Die Gunst der Regierung zu erlangen, ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der verschiedenen Organisationen und Cliquen von Interessenten, wenn eine Aenderung des Zolltarifs in Aussicht steht. Der Kampf um den Zoll wird so zu einem der widerlichsten politischen Schachergeschäfte; das Schutzzollsystem entwickelt neben seinen ökonomischen Schädlichkeiten auch noch politische, es wird zu einer Brutstätte politischer Korruption, sowohl durch die Mittel, die es den Regierungen in den Schoß wirft, wie durch den Einfluß auf die Vertheilung des Profits innerhalb der Kapitalistenklasse, den es ihnen und den Parlamenten verleiht. Am stärksten äußert es seine korrumpirenden Wirkungen in den Ländern der autonomen Zollpolitik.

Selbst eine so ehrbare Versammlung, wie der deutsche Reichstag, wurde zum Schauplatz bedenklicher Szenen, als der Tarif von 1879 fertiggestellt wurde. Der durchaus gemäßigte Lotz sagt darüber in seinem Buch über die deutsche Handelspolitik: „Der Abgeordnete Flügge kennzeichnete die Unterhandlungen, welche zu einer Verstärkung der Majorität und zu einer Verstärkung des Zollschutzes führten, mit Worten, die sehr bekannt geworden sind: ‚Wenn die Herren hier in der Kulisse des Hauses gewesen sind vor der Verhandlung über die Eisenzölle, so ist es ihnen vielleicht ergangen wie mir, wenn ich die ehrlichen Makler einhergehen sah; der eine bot: geben Sie 50 für Roggen, gebe ich den vollen Eisenzoll, oder verwerfen Sie das v. Wedell'sche Amendement, so gebe ich Ihnen den Roggen u. s. w. Meine Herren, man zweifelte mitunter, man mußte sich besinnen, daß man sich an der Leipziger Straße befand und nicht etwa in einer sonst auch sehr achtbaren Versammlung an der Burgstraße'."

Seine Darstellung der damaligen Verhandlungen schließt Lotz mit den Worten: „Augenzeugen versicherten, daß es im Lande der Dichter und Denker damals sehr amerikanisch herging, daß — um die Majorität für den gesammten Tarif zu stärken — Schutzzölle sehr freigebig ausgetheilt wurden, sobald nur der Wunsch ohne Verletzung allzu mächtiger Interessen erfüllbar war.

Man hat wohl von gegnerischer Seite gesagt, aus dem deutschen Hamlet sei damals ein Richard III. geworden. Indeß solche zollpolitische Gelegenheitsgaben werden bei derartigen Berathungen in den gesetzgebenden Versammlungen aller Länder gespendet."

Realpolitiker, die besonders klug sein wollen, haben der Sozialdemokratie gerathen, diese Schacherpolitik mitzumachen, den Vertretern der schutzzöllnerischen Großindustrie im Reichstag ein Handelsgeschäft anzutragen: Geben Sie uns Ihre Stimmen gegen den 5 Markzoll auf Weizen, geben wir Ihnen unsere Stimmen für Eisenzölle und Garnzölle.

Die Sozialdemokratie hat den guten Rath nicht einmal der Erwägung für werth erachtet, sie fühlt nicht das mindeste Verlangen nach einer Liebeswerbung bei den Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller. Daß es Leute giebt, denen eine solche Idee überhaupt kommen kann, beweist blos, daß der parlamentarische Kampf um den Zollschutz nicht blos eine Schule der parlamentarischen Korruption, sondern auch des parlamentarischen Kretinismus ist.

---

9. Welthandel und Sozialismus.

a. Der Kampf gegen das Schutzsystem.

Im jetzigen Reichstag wird der Charakter der deutschen Handelspolitik des kommenden Jahrzehnts festgesetzt werden. Aber wenn es auf ihn und die Regierung allein ankäme, dann hätte das Kartell der Junker und Scharfmacher gewonnenes Spiel. Die Reichsregierung hat bereits vor ihnen kapitulirt, und Zentrum wie Nationalliberale haben sich den Konservativen verschrieben.

Aber noch gibt es einen Faktor im Deutschen Reich, dessen Stimme nicht ungehört verhallt, wenn sie mit gehörigem Nachdruck ertönt: Die Masse des Volkes. Diese gegen das Kartell und seine Privilegienpolitik mobil zu machen, darin beruhen die einzigen Aussichten auf Erfolg aller Derjenigen, die dem Brodwucher und einer abenteuerlichen und gewaltthätigen Handelspolitik widerstreben.

Mit der klaren, entschiedenen und rücksichtslosen Agitation der Agrarier werden aber Jene nicht fertig, die sich auf den gleichen prinzipiellen Boden mit ihnen stellen und nur um ein Mehr oder Minder von Zollschutz für den oder jenen Artikel feilschen. Der agrarischen Agitation muß man den Kampf gegen

das ganze System entgegensetzen, mit dem sie unzertrennlich verbunden ist, von dem sie blos die schönste Blüthe bildet. Man muß dem System des Schutzes der nationalen Arbeit die Maske vom Gesicht reißen, muß es brandmarken als das, was es heute für einen Industriestaat wie Deutschland geworden ist, als ein Mittel des Schutzes für einzelne Gruppen von Ausbeutern der nationalen Arbeit, als ein Mittel, die Macht gerade der mächtigsten und stärksten Ausbeuter nicht blos gegenüber dem Ausland, sondern auch gegenüber ihren Arbeitern und gegenüber der Gesammtheit zu erhöhen und trotz oder vielmehr wegen seiner künstlichen Förderung einzelner Erwerbszweige die Entwickelung der gesammten Produktivkräfte der Nation einzuengen; als ein Mittel ferner, politische Korruption zu säen, die jeder Privilegienwirthschaft folgt, als ein Mittel, die Macht der Regierungen zu stärken, die Volksvertretungen zu schwächen, indem die Zölle den Ersteren viele Hunderte von Millionen zuführen, die unabhängig sind vom Bewilligungsrecht des Parlaments; als ein Mittel, den Militarismus zu fördern, endlich als ein Mittel, die Lasten des Staates von den wohlhabenden auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen, als ein Mittel, das von vornherein in feindseligem Gegensatz zu den demokratischen, arbeitenden Klassen auftritt und daher naturgemäß in engster Verbindung mit Kampfesmaßregeln gegen diese zu finden ist.

Und weiter muß man zeigen, daß dies Bündniß der Regierung und der Scharfmacher mit den Junkern nicht auf Mißverständnissen, nicht auf der Unwissenheit der Ersteren, sondern darauf beruht, daß sie aus dem System, dem die Getreidezölle entspringen, ebenfalls Macht und Vortheile schöpfen, daß man mit den Getreidezöllen nur fertig wird, wenn man mit dem System fertig wird, dessen aufreizendste Aeußerung sie bilden, daß die Aussichten, den Brodwucher einzudämmen, um so bessere sind, je schwächer nicht blos die Junker, sondern auch die Regiernngen und die Unternehmerorganisationen.

So wird der Kampf gegen das Schutzsystem ein Kampf des Proletariats gegen dieselben Gegner, denen es auf Schritt und Tritt begegnet. Je wuchtiger es ihn führt, je größer seine Erfolge dabei, desto mehr verbessert es seine Position nicht blos als Konsument, sondern auch als Produzent. Auch da heißt es:

Brod ist Freiheit, Freiheit Brod!

Sollte es dem kämpfenden Proletariat gelingen, durch seinen Ansturm außerhalb des Reichstags diesen vor dem Schlimmsten zu bewahren, eine Erhöhung der Getreidezölle abzuwehren, eine Fortsetzung der Politik friedlicher Handelsverträge zu erreichen, so würde es dadurch aber nicht blos seinen Klasseninteressen, sondern

auch den allgemeinen nationalen Interessen einen großen Dienst erweisen.

Denn das Deutsche Reich steht vor der Gefahr, daß es zu seiner uferlosen Weltpolitik eine ebenso uferlose Zollpolitik gesellt, die hier wie dort Gewaltpolitik ist, hier wie dort das Reich in Feindseligkeiten mit dem Ausland stürzt, deren schließliche Folgen unabsehbar, deren nächste Folgen die schwersten Störungen und Belastungen des wirthschaftlichen Lebens sind.

Wir sind in eine Periode der wirthschaftlichen Krise eingetreten, die über die arbeitenden Klassen die schwersten Leiden verhängt. Das war unabwendbar, das bringt der Lauf der kapitalistischen Produktionsweise mit sich, bei der die Krise umso größer und umso näher, je größer die Prosperität. Aber die Machtmittel moderner Staatskunst sind groß genug, daß sie den Krisen nicht völlig hilflos gegenübersteht. Der moderne Staat kann durch sein Eingreifen sehr wohl die Folgen der Krisen mildern.

Wir sehen jedoch nicht, daß irgend etwas derartiges geschieht. Unsere ganze Staatskunst geht vielmehr darauf hinaus, die Krise zu verschärfen. Sie fordert Hunderte von Millionen, nicht zur Beschäftigung Arbeitsloser, sondern zur Führung eines überseeischen Krieges, der völlig zwecklos geworden ist und der bisher nur die eine Wirkung hat, ein fremdes Land, das als einer unserer meist versprechenden Kunden gilt, zu verwüsten und seinen Handel lahmzulegen.

Und nun schickt man sich an, inmitten der Krise das Brod künstlich zu vertheuern und durch Zollkriege, die um dieser Vertheuerung willen zu entbrennen drohen, zur unabwendbaren noch eine künstliche Krise zu gesellen!

Es kann keine patriotischere That geben, als diese Art „Schutz der nationalen Arbeit“ im Keime zu ersticken.

b. Das nahende Ende der Arbeitstheilung von Agrarstaat und Industriestaat.

Was Deutschland jetzt ebenso sehr wie seine Arbeiterklasse braucht, ist eine Aera friedlicher Handelspolitik, basirt auf Handelsverträgen, die allmälig das Reich und die von ihm beeinflußten Staaten dem Freihandel, oder wenn man lieber will, dem freien Verkehr zuführen.

Aber wir geben uns keineswegs der Illusion hin, daß damit für immer alle handelspolitischen Probleme gelöst wären. Im Gegentheil, bald werden neue auftauchen, die sich nicht so einfach lösen lassen.

Die Theorie des Freihandels, wie sie in England begründet wurde, beruhte auf der internationalen Arbeitstheilung von Industriestaat und Agrarstaat, von Industrieprodukte exportirendem und Agrarprodukte exportirendem Staat. Diese Theorie hat in ihrer spezifisch englischen Form Schiffbruch gelitten; in dieser Form ging sie von der Annahme aus, daß England die Werkstatt der Welt sei und alle anderen Länder als Agrarstaaten zu fungiren hätten. Neben England sind andere Industriestaaten erstanden, aber wie sehr dadurch auch die Schutzzöllnerei in ihrer neuen Form gefördert worden sein mag, jeder Industriestaat muß in irgend einer Form auch die Freihandelslehre wieder entwickeln, die von der Arbeitstheilung von Industriestaat und Agrarstaat ausgeht. Diese Erneuerung des Freihandels wird allerdings komplizirt dadurch, daß jetzt nicht ein einzelnes Industrieland das Monopol hat, die Werkstatt der Welt zu sein, sondern daß mehrere solcher Werkstätten nebeneinander in Thätigkeit sind. Aber der Grundgedanke der Handelspolitik der Industriestaaten bleibt der alte: sie bilden sich ein, sie allein seien dazu berufen, eine Exportindustrie zu entwickeln, und die andern für immer dazu bestimmt, ihnen Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern.

Das ist jedoch eine Illusion, die ebenso gewiß und vielleicht ebenso rasch zusammenbrechen muß, wie die Illusionen der Freihändler, die auf Cobden schwuren. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Stellung eines Agrarstaats einem Industriestaat gegenüber eine untergeordnete ist, daß demnach alle Länder, die sich in der ersteren Position befinden, danach trachten und trachten müssen, in die letztere aufzurücken.

Dieser Vorgang geht stetig und unaufhaltsam und immer rascher vor sich, weil er durch die wachsende Auswanderung der sich anhäufenden Kapitalien und den zunehmenden Export von Produktionsmitteln aus den alten Industrieländern gefördert wird. Dank diesem Umstande erstehen heute Industrien auch in Ländern, die sich keines oder keines erheblichen Zollschutzes erfreuen.

So zahlen z. B. in Britisch-Ostindien Eisen- und Eisenwaaren nur einen Zoll von 1 pCt. des Werthes, Maschinen sind frei, ebenso Baumwollgarne; Baumwollzeuge und andere Baumwollfabrikate zahlen $3^1/_2$ pCt. vom Werth u. s. w., und trotz dieser minimalen Zölle entwickelt sich doch eine leistungsfähige Großindustie. Die Zahl der Baumwollfabriken z. B. stieg dort von 1883—1897 von 62 auf 154, der Spindeln von 1654000 auf 3976000, der Arbeiter von 53600 auf 1149600. Die Ausfuhr von Baumwollwaaren betrug 1889 63,7 Millionen Rupien,

1896 83,4, dabei sank die Einfuhr von 315,0 auf 257,6, also die Mehreinfuhr von 251,3 auf 174,2 Millionen Rupien; die Zeit ist nicht fern, wo das vom freihändlerischen England beherrschte Ostindien in seiner Baumwollindustrie von dem herrschenden Lande unabhängig sein wird.

Weder der Mangel an einheimischem Kapital noch der Mangel an Schutzzöllen bietet heute mehr ein Hinderniß für das Aufkommen einer leistungsfähigen Großindustrie. Diese Annahme gehört in die Rumpelkammer der Nationalökonomie. Das wichtigste Hinderniß, das vielfach noch ihrer Ausbreitung im Wege steht, das ist der Mangel an leistungsfähigen Arbeitern, der Mangel an einer zahlreichen, besitzlosen und doch intelligenten und arbeitsfähigen Lohnarbeiterschaft. Wo diese fehlt, nützen alle Schutzzölle nichts, wo sie vorhanden, kann die industrielle Entwickelung auch ohne Schutzzölle ihren Gang gehn. Ihrer Arbeiterschaft danken Japan und die Vereinigten Staaten die rapide Entwickelung ihrer Industrie, sie wird auch in China bald eine starke Großindustrie schaffen, sobald es ganz in den Weltverkehr gezogen.

Wir gehen also einem Zeitpunkt entgegen, in dem die Arbeitstheilung zwischen Industriestaaten und Agrastaaten immer mehr eingeengt wird dadurch, daß die ersteren immer mehr über die letzteren überwiegen. Sobald so viele Agrarstaaten zu Industriestaaten geworden sind, daß der Rest nicht mehr ausreicht, den gesammten Export der Industriestaaten aufzunehmen und ihnen die nöthige Summe von Lebensmitteln und Rohmaterialien zu liefern, dann hat diese Arbeitstheilung ihr äußerstes Ziel erreicht.

Man glaube aber nicht, daß es sich dabei um eine Zukunft in nebelgrauer Ferne handelt. Bereits ist Amerika in die Reihe der industriell exportirenden Staaten getreten, Rußland wird in absehbarer Zeit soweit sein, seinen eigenen Industriebedarf zu decken, wenn es auch, so lange der Absolutismus herrscht, an eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht denken kann; Japan, Ostindien, Australien, Kanada, bemühen sich, Industriestaaten zu werden; selbst Mexiko, Argentinien, Chile, Südbrasilien wirken dahin und China verspricht nach wenigen Jahrzehnten eine weit größere industrielle Macht zu sein, als sie etwa Rußland heute ist. Wenn aber dieser Masse von Industriestaaten gegenüber nur noch Vorderasien, Afrika, Zentralamerika und die tropischen Theile von Südamerika als Agrarländer übrig bleiben, dann ist die Basis für die Arbeitstheilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat viel zu enge geworden.

Neben dem Austausch von Waaren ersteht freilich ein neuer Faktor für den internationalen Handel, die Ausfuhr von Kapitalien, die internationale Verschuldung. Ein reiches kapitalistisches Land kann

als Gläubiger des Auslandes noch Waaren ausführen (als Zahlung von Darlehn) und einführen (als Zahlung von Schuldenzinsen), wenn es aufgehört hat, Waaren gegen Waaren zu tauschen, und in der That wird jene Form der Ausfuhr in alten Industrieländern immer wichtiger im Verhältniß zu dieser. Aber auch diese Quelle der Ausfuhr wird schließlich versiegen, da die neuen Industrieländer alle früher oder später so weit kommen, nicht nur technisch, sondern auch ökonomisch von den alten unabhängig zu werden, nicht nur selbst Alles zu produziren, was sie an Massenartikeln brauchen, sondern auch ihre Schulden ans Ausland zu bezahlen.

Die Vereinigten Staaten, die bis vor Kurzem noch die Schuldner Europas waren, fangen an, die Rolle eines Gläubigers im internationalen Kreditverkehr zu spielen. Wir wollen ganz absehen davon, daß es noch andere Formen giebt, die Zahlung von Zinsen los zu werden, als die der Zahlung der Schulden. Wenn die aufstrebenden Industriestaaten alle früher oder später dazu gelangen, ihre Schulden zu bezahlen, so gelangen vielleicht die an das agrarische Stadium gefesselten Agrarstaaten am ehesten zur Schuldenfreiheit durch den Staatsbankerott. Von der Neigung und Geschicklichkeit dafür haben gerade die oben als letzte Agrarstaaten bezeichneten Landstriche schon genügende Proben abgelegt.

Es ist nicht zu erwarten, daß der aus den internationalen Verschuldungsverhältnissen entspringende Waarenhandel den aus der Arbeitstheilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat entspringenden lange überlebt.

Damit fallen aber die Grundlagen weg, die bisher jene rasche Ausdehnung des industriellen Exports ermöglichten, welche eine Lebensbedingung entwickelter kapitalistischer Industriestaaten geworden ist.

Was dann?

Dann muß unfehlbar der Augenblick kommen, wo das jetzige Handelssystem ebenso zusammenbricht, wie das Manchesterthum in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammengebrochen ist.

Unsere bürgerlichen Oekonomen und Staatsmänner erkennen das selbst an, daher sehn sie sich denn auch schon nach Mitteln um, den Augenblick des Zusammenbruchs wenigstens für ihr Land möglichst hinauszuschieben. Diese Mittel streben aber alle nach einer Verschärfung der Richtung, welche die neuere Schutzpolitik eingeschlagen. Diese trachtet danach, durch Staatshilfe den großen Industrien die Monopolisirung des inneren Marktes zu ermöglichen. Nun soll den großen Industrien durch Staatshilfe auch die Monopolisirung eines ausgedehnten äußeren Marktes ermöglicht werden. Kommt die neuere Schutzpolitik nur den großen, kartellirten Industrien auf Kosten der Gesammtheit und der schwächeren Industrie-

zweige zu gute, so ist diese neueste Phase der Schutzpolitik nur für die größten der industriellen Großstaaten möglich — Amerika, England, Deutschland.

c. Neuere Zollvereinsbestrebungen.

Eine Reihe von Ideologen haben zur Erreichung dieser Monopolisirung eines äußeren Marktes das friedliche Mittel eines Zollvereins vorgeschlagen. So entstanden in den Vereinigten Staaten die panamerikanischen Pläne, das Streben, alle Staaten Nord- und Süd-Amerikas in einen Zollbund zusammenzufassen, in dem die Union natürlich die Rolle des Industriestaates zu spielen hätte, die anderen sich mit der bescheidenen von Agrarstaaten begnügen müßten. Aehnliche Bestrebungen lagen den Plänen zur Schaffung eines „größeren Britannien" zu Grunde, eines Zollvereins, der England mit seinen Kolonien umfassen sollte. Für Deutschland endlich sollte ein mitteleuropäischer Zollverein einen großen äußeren Markt schaffen, von dem es die englische und amerikanische Konkurrenz fernhalten könnte.

Diese Pläne sind auf den ersten Blick sehr bestechend, und der Schreiber Dieses muß gestehen, daß er wenigstens den amerikanischen und englischen auch eine zeitlang einige Bedeutung beigemessen hat. Aber bei näherem Zusehen erweisen sie sich als vollständig utopisch.

Der Hinweis auf den 1833 begründeten deutschen Zollverein ist völlig unangebracht; dieser hatte ganz andere Aufgaben und entsprang ganz anderen Voraussetzungen, als die heutigen Zollvereinspläne. Er war ein Produkt der eigenartigen politischen Zerstückelung Deutschlands, das in unzählige, bunt durch einander gewürfelte Landfetzen zerfiel, die alle zusammen ein einheitliches Wirthschaftsgebiet bildeten und die in ihrer Trennung weder ein selbständiges politisches noch ein selbständiges wirthschaftliches Leben zu führen vermochten.

Die heutigen Zollvereinspläne wollen dagegen Staaten in einer Zolllinie zusammenfassen, von denen jeder ein selbständiges politisches und ökonomisches Leben führt, die auf den verschiedensten Stufen der Entwickelung stehen, von denen daher jeder einer anderen Handelspolitik bedarf. Alle handelspolitischen Gegensätze, die innerhalb eines Staates als Klassengegensätze auftreten können, finden sich hier als staatliche Gegensätze. Den gegensätzlichen Klassen wird schließlich durch eine herrschende Klasse, welche die Staatsgewalt besitzt, eine einheitliche Handelspolitik aufgezwungen; bei einem Zollverein souveräner Staaten könnte die Einheitlichkeit der Handelspolitik nur durch freiwillige Vereinbarung erreicht

werden. Man versuche einmal, eine solche zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen Grundbesitzern einerseits, Importeuren von Lebensmitteln und Exporteuren von Industrieprodukten andererseits herbeizuführen.

Bei den heutigen hochgradigen handelspolitischen Gegensätzen führt politische Selbständigkeit stets auch zu selbständiger Handelspolitik, ist die politische Zusammenfassung und Unterordnung unter eine gemeinsame Staatsgewalt die Vorbedingung der Zollgemeinsamkeit, und nicht umgekehrt, wie es im alten deutschen Zollverein der Fall gewesen. Während unsere deutschen Ideologen vom Fallen der Zollschranken zwischen den Staaten Mitteleuropas träumen, ist die einzige Veränderung in den Zollschranken, die immer näher rückt, das Aufrichten neuer. Die politische Unabhängigkeit Ungarns von Oesterreich zieht das Streben der Ungarn nach Schaffung eines eigenen Zollgebiets mit eigener Handelspolitik nach sich.

Aber unsere Konkurrenten sind nicht besser daran. Die panamerikanischen Pläne, die vor zehn Jahren so lebhaft waren, sind seitdem wieder eingeschlafen. Die verschiedenen amerikanischen Länder zeigen gar keine Lust, die Vereinigten Staaten als die einzige Werkstatt für sie und sich blos als Lieferanten für diese Werkstatt zu betrachten.

Und dasselbe gilt vom größeren Britannien. In England wurde der Gedanke eines das ganze Reich mit seinen Kolonien umfassenden Zollvereins im letzten Jahrzehnt lebhaft propagirt. Aber er hat in den Kolonien keine Gegenliebe gefunden. Als gelegentlich des Jubiläums der Königin 1897 die Premierminister der Kolonien sich in London zusammenfanden, legte Chamberlein ihnen den Plan vor, aber die Kolonialminister fanden es nicht einmal der Mühe werth, ihn in einer Kommission zu begraben, sondern l hnten ihn von vornherein ab. Seitdem ist es ganz still geworden von der Idee eines britischen Reichszollvereins.

d. Weltkrieg oder Sozialismus.

Sind aber die Bestrebungen der industriellen Großmächte, durch einen friedlichen Zollverein selbständiger Staaten einen Theil des Weltmarkts zu monopolisiren, in letzter Zeit mehr in den Hintergrund getreten, so ist zu umso größerer Bedeutung die Idee gelangt, dasselbe Ziel durch das Mittel der Eroberung von Agrarländern zu erreichen, durch die Politik der Expansion, des gewaltthätigen Imperialismus. Amerika hat seine panamerikanische Politik fallen gelassen, aber Cuba, Portorico und die Philippinen annektirt, in England beschäftigt man sich nicht mehr mit dem

Zollverein, sondern mit der Eroberung der Burenrepubliken, und Deutschland hat eine Bahn der Welt- und Flottenpolitik eingeschlagen, die zu ähnlichen Zielen zu führen verspricht. Auf dieser Bahn giebt es kein Aufhalten, hat man sie einmal betreten. Es wachsen Kapital und Arbeit im eigenen Lande, es wächst die Zahl der konkurrirender Industrieländer, indeß die der Agrarländer sich verringert. Bald werden diese, soweit sie noch frei, völlig aufgetheilt sein, und dann giebt es zur weiteren Ausdehnung des monopolisirten Gebiets nur noch einen Weg: nicht mehr den Kampf zwischen Industriestaat und Agrarstaat, sondern den blutigen Kampf der großen Industriestaaten untereinander, also den Weltkrieg.

Dies ist das unvermeidliche Ziel der heutigen Weltpolitik; nicht die Launen einzelner Machthaber drängen dahin, sondern die eherne Nothwendigkeit der ökonomischen Bedürfnisse, die die modernen Industrienationen dem Verderben entgegentreibt, selbst wenn sie es erkennen sollten. Auch Oekonomen und Politiker, die einsehen, daß ein Weltkrieg heute ein unabsehbares Elend schaffen, daß er für die ganze Kulturmenschheit die Zustände des dreißigjährigen Kriegs erneuern mußte, auch sie drängen zum Wettrüsten, zur Expansionspolitik, und sie müssen es thun — wenn sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehen.

Denn nur vom Standpunkt der heutigen Produktionsweise, die auf der Arbeitstheilung von Industriestaaten und Agrarstaaten und auf steter Zunahme der industriellen Ausfuhr aus den ersteren, der agrarischen Ausfuhr aus den letzteren ausgebaut ist, nur von diesem Standpunkt aus ist der Weltkrieg unvermeidlich.

Er ist aber nicht unvermeidlich vom proletarischen, vom sozialistischen Standpunkt aus. Der Weltkrieg ist nur die eine Alternative des heutigen, seinem Zusammenbruch entgegeneilenden Welthandelssystems; die andere ist die sozialistische Gesellschaft.

Alle die Gegensätze, die in der heutigen Gesellschaft zum Weltkrieg treiben, hören in einer sozialistischen Gesellschaft auf.

Die Nothwendigkeit, die industrielle Ausfuhr und die agrarische Einfuhr stetig zu steigern, die das kapitalistische System für jeden Industriestaat mit sich führt, besteht in einer sozialistischen Gesellschaft nicht. Es ist die stete Anhäufung und Ausdehnung des Kapitals, welche diese Nothwendigkeit heute erzeugt. Die Triebkraft der Produktion bildet unter dem kapitalistischen System das Streben nach Kapitalprofit. Das Verlangen nach Erweiterung des Kapitalprofits ist maßlos, daher auch das kapitalistische Streben nach Erweiterung der Produktion und Erweiterung des Marktes, wobei aber die Erweiterung der Produktion, wenn

Kapital und Arbeitskräfte in genügendem Maße vorhanden, stets noch rascher voranzugehen strebt, als die Erweiterung des Marktes, was zu Krisen führt, die sich immer wieder erneuern.

In einer sozialistischen Gesellschaft bildet dagegen nicht der Profit, sondern das Bedürfniß der Gesellschaftsmitglieder die Triebkraft der Produktion. Ihre Art und ihr Umfang wird nur durch dieses bestimmt; sie erweitert sich nur in dem Maße, in dem der Bedarf der Gesellschaftsmitglieder wächst. Der innere Markt — wenn man in einer sozialistischen Gesellschaft von einem solchen sprechen kann — wird jetzt ausschlaggebend für die Produktion; das Bedürfniß, Industriewaaren im Uebermaß zu erzeugen, um sie den Agrarländern aufzudrängen, existirt nicht, ebensowenig die Nothwendigkeit der Arbeitstheilung von Industrieland und Agrarland. Die Gegensätze zwischen Exportindustrien hier und aufkeimenden Industrien dort, ebenso wie die zwischen inländischer und auswärtiger Landwirthschaft, die heute so schroffe nationale Gegensätze erzeugen, sie hören auf und damit wird die bedeutendste der heutigen Ursachen von Kriegen verstopft, wird die Nothwendigkeit großer Weltkriege beseitigt.

e. Export von Waaren oder von Menschen.

Freilich, es giebt Leute, welche da meinen, unser heutiges Handelssystem entspringe nicht sozialen, sondern natürlichen Ursachen. Unsere Bevölkerung wachse zu rasch, darum reiche die Landwirthschaft Deutschlands nicht aus, sie zu ernähren; Deutschland habe blos die Wahl, entweder Industrieprodukte auszuführen, um dafür jene Lebensmittel einzukaufen, die es nicht in genügendem Maaße hervorbringen könne, oder Menschen auszuführen. Mit einem Worte, unser heutiges Welthandelssystem entspringe nicht dem Kapitalismus, sondern der Uebervölkerung.

Wäre das richtig, dann umsomehr schlimmer für Deutschland, dann könnte keine soziale Aenderung ihm helfen, dann bliebe ihm aber schließlich auch kein anderer Ausweg übrig, um seiner wachsenden Bevölkerung Ellbogenraum zu schaffen, als eben — der Weltkrieg, um auf Kosten Englands oder Frankreichs oder Amerikas einen größeren Markt für seine Industrieprodukte, eine größere Menge Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln für seine Konsumenten zu monopolisiren.

Aber zum Glück ist die obige Annahme ebenso falsch, wie sie weit verbreitet ist.

Die deutsche Landwirthschaft in ihrer heutigen Form ist allerdings unfähig, das deutsche Volk völlig zu ernähren. Aber

man vergesse nicht, daß der deutschen Lebensmitteleinfuhr heute eine stattliche, vom Staate geförderte Ausfuhr agrarischer Produkte gegenübersteht, worunter in erster Linie der Zucker zu nennen. Wenn diese, kapitalistischen Bedürfnissen entspringende Ausfuhr aufhörte und die dadurch freiwerdende Bodenfläche zur Produktion von Lebensmitteln für den Konsum der deutschen Bevölkerung verwendet würde, so könnten durch diese Umwandlung allein schon erhebliche Mengen Lebensmittel für den inneren Konsum erzeugt werden.

Der Bau von Zuckerrüben erforderte 1898/1899 426 458 Hektar. Von dem Produkt von 1 627 000 Tonnen Zucker gingen nicht weniger als 939 000 in Ausland, also das Produkt von rund 250 000 Hektar. Diese könnten bei rationeller Kultur 400 000 Tonnen Getreide bringen, also mehr als ein Drittel unserer Weizenmehreinfuhr entbehrlich machen.

Aber noch viel mehr könnte durch eine rationellere Bodenkultur geleistet werden. Daß die heutige landwirthschaftliche Produktion in Deutschland noch eine sehr irrationelle ist und durch eine Verbesserung der Betriebstechnik noch weit höhere Erträge erzielt werden könnten, wird Niemand bestreiten wollen. Professor Th. v. d. Goltz, keineswegs ein Phantast, sondern ein sehr nüchterner Fachmann, berechnete 1893, daß es sehr leicht wäre, „durch bessere Kultur die Getreideerträge um 4—8 Zentner pro Hektar durchschnittlich zu steigern . . . Bei einem Mehrertrag von 8 Zentner beträgt die Erhöhung der Produktion bei sämmtlichem Getreide rund 109 Millionen Zentner. In letzterem Fall würde das Deutsche Reich seinen Bedarf an Getreide, sofern dieser sich in Zukunft nicht erhöht, reichlich zu decken im Stande sein, ja noch ein Beträchtliches für die Ausfuhr übrig behalten".

Wir sehen hier ganz ab von kühneren Berechnungen, die auf großen technischen Neuerungen, z. B. der Einführung der Elektrizität in die Landwirthschaft, basiren.

Aber alle diese Verbesserungen der Landwirthschaft würden einen Aufwand von viel Kapital und Arbeitskräften erfordern, und den kann die Landwirthschaft heute schwer aufbringen, weil die Grundrente sie belastet und das Anwachsen der Exportindustrie naturnothwendig billige Lebensmittel und Rohstoffe ins Land bringt und der Landwirthschaft Arbeitskräfte entzieht. Wir müssen nicht Industrieprodukte exportiren, weil wir Lebensmittel und Rohstoffe importiren, sondern wir müssen umgekehrt diese importiren, weil wir jene exportiren. Getreidezölle verschlimmern nur das Uebel durch Steigerung der Grundrente.

Erst der Sozialismus kann da gründlichen Wandel schaffen, indem er die Grundrente beseitigt, den Gegensatz von Stadt und

Land aufhebt und der Landwirthschaft neue Arbeitskräfte zuführt, endlich indem er die industrielle Ueberproduktion und die Nothwendigkeit der steten Erweiterung des industriellen Exports beseitigt.

Wenn Deutschland heute Lebensmittel importiren muß, so ist das eine soziale, nicht eine natürliche Nothwendigkeit, eine Nothwendigkeit, die nur so lange dauert, wie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen.

Man kann noch auf anderem Wege zu dem gleichen Ergebniß kommen: Die kapitalistische Großindustrie und damit die Nothwendigkeit des industriellen Exports wächst in Deutschland rascher als die Bevölkerung.

Während die Gesammtbevölkerung von 1882—1895 um 14,5 pCt. wuchs, nahm die Zahl der Erwerbsthätigen um 17,8 pCt. zu, die Zahl der Erwerbsthätigen in der Industrie wuchs sogar um 29,5 pCt., die Zahl der Lohnarbeiter um 67,8 pCt., und endlich die Zahl der Arbeiter in den gewerblichen Großbetrieben um 88,7 pCt. Man sieht, das Wachsthum der Bevölkerung ist ganz unzureichend, das Wachsthum der Großindustrie und damit auch des Exports zu erklären.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus; das Wachsthum der Großindustrie erzeugt das Wachsthum der Bevölkerung. Da das natürliche Wachsthum der letzteren allein nicht hinreicht, dem anwachsenden Kapital die nöthigen Arbeitskräfte zu liefern, zieht es noch Arbeitskräfte von anderen Bevölkerungsschichten heran.

Während die Gesammtbevölkerung um 14,5 pCt. wuchs, vermehrte sich die Zahl der im Kleingewerbe beschäftigten Personen nur um 10 pCt. Man wird also wohl sagen können, daß rund ein Drittel des natürlichen Bevölkerungszuwachses im Kleingewerbe von dem aufstrebenden Großgewerbe in Anspruch genommen wurde. Die landwirthschaftliche Bevölkerung hat aber direkt abgenommen, von 19 225 000 Personen auf 18 501 307. Da kein Grund vorhanden ist, anzunehmen, daß der natürliche Zuwachs der Landbevölkerung ein geringerer war, als der durchschnittliche, so wird er von 1882—1895 ungefähr 2 750 000 Köpfe betragen haben. Da aber gleichzeitig die landwirthschaftliche Bevölkerung eine Abnahme von 724 000 aufwies, hat sie binnen 13 Jahren rund 3 500 000 Personen an andere Berufe abgegeben, sicher den Löwenantheil davon an das Großgewerbe.

Aber auch das genügte nicht seinem Menschenhunger. Ausländer müssen noch herangezogen werden, theils um sein Ausbeutungsbedürfniß zu stillen, theils um die Lücken auszufüllen, die es in der Landbevölkerung reißt. Die Zahl der Ausländer in

Deutschland betrug 1871 206755, 1895 486190, sie hat sich me
als verdopelt, während die Gesammtbevölkerung nur um ei
Viertel wuchs.

Und da behauptet man, das Wachsthum der Exportindust
sei eine Folge des natürlichen Wachsthums der Bevölkerung!

Wenn dem so wäre, woher kommt es, daß wir in alle
kapitalistischen Industrieländern das Streben nach steter Erweiterung
des industriellen Exports finden, ganz einerlei, wie sich das Ver-
hältniß zwischen natürlichem Wachsthum der Bevölkerung und dem
der im Inlande produzirten Lebensmittelmenge gestaltet? Wir finden
es nicht blos in Deutschland und England, sondern auch in Frank-
reich, dessen Bevölkerung stille steht, zeitweise schon zurückgeht, und
auch in den Vereinigten Staaten, die doch einen recht erklecklichen
Ueberschuß an Lebensmitteln erzeugen.

Das Wort Caprivi's, wir hätten nur die Wahl, Industrie-
produkte zu exportiren oder Menschen zu exportiren, ist also grund-
falsch, wenn als absolute Wahrheit genommen; es ist ein Erzeugni
des liberalen Gedankenganges, der es liebt, soziale Gesetze als
Naturgesetze aufzufassen.

Die Nothwendigkeit, Industrieprodukte auszuführen, um sie
gegen agrarische Produkte auszutauschen, ist ein Produkt der fort-
schreitenden Akkumulation des Kapitals und wird mit de
kapitalistischen Produktionsweise verschwinden.

Damit wird aber nicht der gesammte Welthandel verschwinden.
Auch in der heutigen Gesellschaft ist der aus der Arbeitstheilung
von Industriestaat und Agrarstaat, sowie der aus der Ausfuhr von
Kapitalien entspringende Welthandel nur ein Theil des gesammten
Welthandels; neben ihm erhält sich und entfaltet sich mit der
Verbesserung und Erweiterung der Mittel des Weltverkehrs jener
Welthandel, der nicht auf sozialer, sondern auf natürlicher Arbeits-
theilung beruht, auf den Verschiedenheiten der Klimate, der Boden-
gestaltung, des Bodenreichthums. Diese Art Welthandel wird
unter einem sozialistischen Regime noch wachsen, weil unter ihm
die Kultur wachsen wird, die Bedürfnisse sich mannigfaltiger ge-
stalten werden. Sie wird aber keine Handelseifersucht, keine
nationalen Gegensätze, keine Handelskriege erzeugen, denn dieser
Welthandel braucht nicht dem Auslande Erzeugnisse aufzudrängen,
welche dieses selbst hervorbringen kann, sie braucht nicht danach
zu streben, die industrielle Entwickelung des Auslandes zu hemmen,
denn das Wachsthum der Produktivkräfte des Auslandes liegt
dann im Interesse auch des Inlandes.

Der Weltfrieden und der soziale Frieden, den der bürger-
liche Freihandel zu bringen glaubt, wird dann zur Wahrheit
werden.

Von dem Zeitpunkt, in dem das Proletariat die politische Macht erobert und damit die Bahn zur Entwickelung der sozialistischen Gesellschaft eröffnet, hängt es ab, ob uns die Schrecken eines oder einer Reihe von Weltkriegen, Krisen und Katastrophen erspart werden oder nicht. Die Art der sozialen Entwickelung der nächsten Jahrzehnte hängt davon ab, ob das klassenbewußte, organisirte Proletariat rascher erstarkt als die Machtmittel des kämpfenden Kapitals wachsen, ob es der Arbeiterklasse gelingt, die Staatsgewalt von sich abhängig zu machen, ehe noch das heutige System der gewaltsamen Expansionspolitik und der gewaltsamen Handelspolitik die Kulturnationen für lange hinaus in unabsehbare Verwirrung, Zwietracht und Verwüstung getrieben hat.

Der Sozialismus wird und muß kommen, aber die soziale Entwickelung wird eine ganz andere, beglückendere und schmerzlosere sein, wenn er aus dem politischen Sieg des erstarkten Proletariats im Klassenkampf und nicht aus dem Zusammenbruch des heutigen ökonomischen Systems im Völkerkrieg hervorgeht, wenn sein neues Leben nicht aus Ruinen erwächst, sondern aus der überwältigenden Kraft des größten Kulturfaktors unserer Zeit, des kämpfenden Proletariats.

Druck von Max Baring, Berlin S.W.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 19.

In unserem Verlage erscheinen zum Gebrauche für
Gewerkschaften, Vereine, Arbeiter

Billige Führer durch die Versicherungsgesetze.

Populäre Erläuterungen der Gesetze nach der Materie geordnet.

Bis jetzt erschienen:

Führer durch das Invaliditätsversicherungs-Gesetz . . . . . Preis 25 Pfg.

Führer durch das Gewerbeunfallversicherungs-Gesetz . . . . . Preis 25 Pfg.

Führer durch das Bauunfallversicherungs-Gesetz. Mit Musterformularen. Preis 25 Pfg.

Führer durch das Forst- und Landwirthschafts-Unfallversicherungs-Gesetz. Mit Musterformularen . . . . . Preis 25 Pfg.

Diese Führer empfehlen sich besonders den Arbeitern, Gewerkschaften und Vereinen, da der umfangreiche Inhalt der Gesetze nicht nach dem Wortlaute der Hunderte von Paragraphen geordnet ist, sondern **zusammengefaßt nach der Materie** in einzelnen Kapiteln **gemeinverständlich** erläutert wird. Ein **ausführliches Sachregister** und **Musterformulare** für Eingaben, Rekurse ꝛc. ermöglichen jedem Arbeiter, in allen vorkommenden Fällen sich zu instruiren und Rath zu holen.

Es handelt sich hier um Gegenstände, mit denen die Arbeiter sich immer mehr vertraut machen müssen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen; die Gesetze sind so umfangreich, daß die Arbeiter sie nur in solcher Zusammenfassung lesen und verstehen und damit also ihre Rechte und Pflichten kennen lernen.

Bei Vertheilung durch Gewerkschaften und Vereine an ihre Mitglieder gewähren wir besondere Preisvergünstigung.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

Das kommunistische Manifest.

Von Karl Marx und F. Engels.

Preis: Mk. 0,15.

Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der sozialistischen Literatur. Trotz der 45 Jahre Zeitfortschritt haben die darin aufgestellten allgemeinen Grundsätze im Ganzen heute noch ihre Richtigkeit; und die hier in unerreichter Meisterschaft und programmatischer Kürze entwickelte Marx-Engels'sche Auffassung ist heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Parteien aller Länder geworden.

Zu herabgesetzten Preisen

liefern wir die von uns erworbene **kleine Restauflage** von

Aus ländlichen Hütten.

Dorfbilder von Henrik Pontoppidan.

Preis 50 Pfg., Porto 10 Pfg. (früher Mk. 1,—).

Gebunden 80 Pfg. (früher Mk. 1,50).

Diese Dorfbilder aus dem Dänischen sind Meisterstücke moderner Novellistik; sie schildern in ergreifender Wahrheit das geistige und leibliche Elend der Armen und Kleinen auf dem Lande.

Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland.

Von

Paul Kampffmeyer.

Preis brosch. Mk. 1,50. Porto 10 Pfg.

Es ist ein Stück Kulturgeschichte, was der durch eine Reihe früherer Arbeiten bekannte Verfasser in seinem neuesten Buch bietet. Gestützt auf reiches Material, gründlich und dabei doch allgemein verständlich, schildert der Verfasser Entstehung, Blüthe und Auflösung der mittelalterlichen Produktionsweise in Landwirthschaft und Handwerk, die Entstehung und die durch Verwaltung und Gesetzgebung unterstützte Entwicklung des modernen Kapitalismus in Stadt und Land die dadurch hervorgerufene Revolutionirung des ganzen öffentlichen und privaten Lebens und schließt mit einer glänzenden Darlegung des Widerspruchs, in den heute schon die hochentwickelten Produktionsverhältnisse und das Erwachen der unteren Volksklassen die bürgerliche Gesellschaft versetzt haben, aus dem es nur einen Weg zur Befreiung giebt: die Sozialistrung der Gesellschaft, deren Grundlinien er in kurzen kräftigen Zügen markirt.

Der ausführl. Verlags-Katalog steht gratis u. franko zur Verfügung.

Druck von Max Bading, Berlin S.W.

8 04. 83

26. Nov. 1973

Entsäuerung
14. Aug. 2000

SBB
N12<136786151010

BUCHBINDEREI
Gerhard Winter
Berlin O 34, Revaler Str. 101
Telefon 67 49 85